

BÜSO-WEISSBUCH 2010:

Bundeswehr raus aus Afghanistan!

**Deutschlands Interesse:
Eurasische Entwicklung statt britische Geopolitik**

**Bürgerrechtsbewegung Solidarität
www.bueso.de**

INHALTSVERZEICHNIS

- 1 VORWORT: Afghanistan: „Totenacker der Imperien“
- 3 I. AFGHANISTAN: ZENTRUM DES INTERNATIONALEN RAUSCHGIFTANBAUS
- 3 Krieg dem Rauschgift in Afghanistan und sofortiger Abzug der Bundeswehr!
5 Afghanistan: Rußland fordert internationale Anti-Drogen-Koalition
6 Russischer Antidrogen-Chef: bis zu 200 Drogenlabors in Nordafghanistan
7 Banken am Tropf der Drogenmafia? Keine Steuergelder für die Pleitebanken!
7 Immer mehr afghanische Kinder werden rauschgiftsüchtig
8 Afghanistan braucht wirtschaftliche Entwicklung!
9 Statt britischer Geopolitik: Eurasische Landbrücke auf die Tagesordnung!
- 10 II. WIRD AUS DER GLOBALEN FINANZKRISE DER 3. WELTKRIEG?
- 12 Der Fall McChrystal: Wachsender Widerstand in den USA gegen Obamas
britische Afghanistanpolitik
13 „Das afghanische Fiasko: Ist Obama schwerhörig?“
15 LaRouche und das Schattenkabinett für die Zeit nach Obama
- 16 III. LAROUCHES VIER MÄCHTE-ALLIANZ FÜR EURASISCHE ENTWICKLUNG
- 16 „Wenn wir Drogen tolerieren, werden wir als Kultur nicht überleben“
18 LaRouche im Dialog mit Rußland und Indien: eine Presse-Auswahl
20 Afghanische Abgeordnete: britische Truppen bildeten Experten für
Opiumanbau in Helmand aus
21 LaRouche im Interview mit Zavtra: Das imperiale System ist am Ende -
Vier-Mächte-Allianz jetzt!
22 China, Rußland und Indien verstärken Zusammenarbeit bei der
Drogenbekämpfung und der wirtschaftlichen Entwicklung Eurasiens
- 23 IV. DOKUMENTATION: RAUSCHGIFT, TERROR UND DAS EMPIRE
- 23 Das britisch-saudische Netzwerk hinter den Taliban
26 London: Zentrum des internationalen Terrorismus
27 Wer schützt die Rauschgift-AG?
28 Guardian berichtet über Londons Rolle im internationalen Terrorismus
29 200 Jahre britische Opiumkriege: Der Opiumkrieg des Britischen Empire
gegen China
33 Erst kommen die Menschen! – Das Kurzprogramm der BüSo

VORWORT

Afghanistan: „Totenacker der Imperien“

VON HELGA ZEPP-LAROCHE, 2. AUGUST 2010

Es gibt keinen einzigen Grund, warum auch nur ein einziger Bundeswehrsoldat auch nur einen Tag länger in Afghanistan eingesetzt bleiben sollte. Denn dieser Krieg, der überhaupt nie hätte angefangen werden dürfen und von dessen angeblichen Kriegszielen nach neun langen Jahren niemand mehr spricht, ist nichts weiter als eine Falle für 42 der 43 am Einsatz beteiligten Nationen - ein Konflikt, der nicht zuletzt dazu dient, den dritten Opiumkrieg des britischen Empires zu unterstützen.

Der Krieg in Afghanistan muß im Kontext der seit 1839 andauernden Serie von Afghanistan- und Südwestasienkriegen gesehen werden, die das Britische Empire im Rahmen des „großen Spiels“ in dieser Region angezettelt hat - von der britischen Manipulation der Jungtürken über das imperiale anglofranzösische Sykes-Picot-Abkommen bis zum gegenwärtigen Krieg in Afghanistan, der zur Zeit der Carter-Administration von Zbigniew Brzezinski zusammen mit dem Vereinigten Königreich lanciert wurde.

Zum jetzigen Zeitpunkt, an dem nur Träumer nicht erkennen, daß das globale Finanzsystem zusammenbricht, ist der Krieg in Afghanistan, mit all den Schrecklichkeiten, die in den über 90.000 veröffentlichten Geheimdokumenten noch einmal bestätigt wurden, trotzdem nur ein Nebenschauplatz der strategischen Lage. Der Hauptkampf, von dem auch der weitere Verlauf der Dinge in Afghanistan abhängen wird, findet in den USA statt.

Die alles entscheidende Frage ist, ob es den patriotischen Kräften in Amerika rechtzeitig gelingt, Präsident Obama samt seiner anglophilen Politik aus dem Amt zu drängen. Denn der in der Geschichte der US-Präsidenten beispiellose Absturz Obamas in den Umfragen von 74% Zustimmung beim Amtsantritt auf jetzt gerade noch 10% beruht auf der Einsicht in der Bevölkerung, daß Obama sich noch weniger um das Gemeinwohl kümmert als sein verhaßter Vorgänger Bush. Tiefe Ernüchterung und Enttäuschung folgte auf die allgemeine Erkenntnis, daß Obama im Zweifelsfalle immer die britischen Interessen voranstellt. Er hat sich für die absolute Mehrheit der Amerikaner als die größte Mogelpackung aller Zeiten herausgestellt.

So überließ er während der größten Umweltkatastrophe im Golf von Mexiko British Petroleum drei Monate lang die Verantwortung, anstatt seine eigene Verantwortung als Präsident wahrzunehmen und Armee, Staatsanwaltschaft und internationale Expertenteams einzusetzen. Desgleichen setzte er die Politik der Rettungspakete für die Banken - und damit des von London und der Wall Street dominierten Finanzsystems - fort, während gleichzeitig gegenüber der Bevölkerung brutalste Sparpolitik und Kürzungen des Lebensstandards durchgesetzt werden. Und so ist letztlich auch die Verstärkung der US-Truppen in Afghanistan eine Unterstützung für die Opiumproduktion und den Opiumhandel, die in einer britisch kontrollierten Provinz Afghanistans ihren primären Ursprung haben.



Die Bundesvorsitzende der Bürgerrechtsbewegung Solidarität, Helga Zepp-LaRouche

Inzwischen ist die Existenzkrise der USA, in der die Bundesstaaten, die Städte und Gemeinden ihre ureigensten Aufgaben für das Gemeinwohl nicht mehr wahrnehmen können und täglich Polizisten, Feuerwehrleute und Mitarbeiter von Notdiensten entlassen müssen, an einem absoluten Krisenpunkt angekommen. Eine große Zahl führender Persönlichkeiten stimmt Lyndon LaRouche zu, daß die USA als Nation nicht überleben werden, falls Obama über den Herbst hinaus im Amt bleibt. Mit der Androhung eines Impeachment-Verfahrens, für das es mehrere gute Gründe gibt, könnte er nach dem Beispiel Nixons dazu gedrängt werden, selber zurückzutreten.

Von der Frage, ob sich in den USA die Interessen des britischen Empire in Form der von London und der Wall Street dominierten Hochrisiko-Spekulation oder die patriotischen Kräfte in der Tradition Franklin D. Roosevelts durchsetzen, hängt nicht nur das Schicksal Amerikas ab. Wenn die USA in einer Systemkrise kollabieren, würde das auch die Eurozone und anschließend den Rest der Welt in ein finstres Zeitalter stürzen lassen. Umgekehrt, wenn Obama zum Rücktritt überredet werden kann und sich eine überparteiliche Mehrheit auf die Wiedereinführung des Glass-Steagall-Standards, eines Trennbankensystems, verständigt, wofür es weitreichende Vorbereitungen gibt, dann können durch eine solche positive Signalwirkung auch in Kontinentaleuropa die dringend notwendigen Reformen des Finanzsystems durchgeführt werden.

Im Kontext dieser alles entscheidenden Schlacht in den USA ist der Afghanistankrieg nur ein Prädikat. Das Problem ist nur, daß die Bundeswehr in diesen aussichtslosen langen

und schmutzigen Krieg hineingezogen wurde und die Soldaten nicht nur täglich ihr Leben riskieren, sondern die allermeisten dadurch völlig traumatisiert zurückkommen und aus ihrer Lebensperspektive geworfen werden. Dieser Zustand muß auf der Stelle beendet und die Bundeswehr sofort abgezogen werden.

Krieg dem Rauschgift!

Wie in dem vorliegenden Weißbuch dokumentiert wird, kann dieser Krieg nicht zuletzt deswegen nicht gewonnen werden, weil seine Kriegsziele falsch definiert sind. Der Afghanistankrieg ist kein „normaler“ Krieg, sondern die alles entscheidende Frage bei diesem Krieg ist der Anbau von Cannabis und Opium, der rund 90% (!) des weltweiten Heroinkonsums abdeckt. Die Einnahmen aus diesem Drogenanbau und -handel sind nicht nur die Haupteinnahmequellen der Taliban, sondern auch der diversen Terrornetzwerke, die in der ganzen Region, einschließlich Zentralasiens, operieren. Laut UNO sterben jährlich 100.000 Menschen allein an den Folgen des Konsums von Heroin aus Afghanistan, und nach Angaben des Chefs der russischen Drogenbekämpfungsbehörde (FDCS), Viktor Iwanow, 40.000 Menschen allein in Rußland.

Rußland hat den von Afghanistan ausgehenden Drogenhandel als das größte nationale Sicherheitsproblem bezeichnet und die USA und die NATO beschuldigt, nicht gegen die Drogennetzwerke vorzugehen. Aber auch für China und vor allem die Provinz Xinjiang, durch die die Drogenrouten führen, für Pakistan, den Iran und weitere Länder in der Region ist die wachsende Drogenabhängigkeit der Bevölkerung ein gigantisches Problem. Es ist durchaus gerechtfertigt, von einem dritten Opiumkrieg vor allem gegen Rußland und China, aber natürlich auch gegen den Rest der Welt zu sprechen.

Die Drogenhändler, zu denen auch der in Kandahar lebende Halbbruder von Präsident Karsai gehört, sind mit dem organisierten Verbrechen in Pakistan, Zentralasien und Rußland verbunden. Das aus dem Drogenhandel stammende Geld fließt über Dubai, Karatschi und Mumbai in das westliche Bankensystem und stellte nach Aussagen des Leiters der UN-Drogenbekämpfungsbehörde Costa nach Ausbruch der Finanzkrise zeitweise die wichtigste Liquiditätsquelle für Problembanken dar. Man muß also die Verwendung von Drogengeldern als ein weiteres kriminelles Element in einem Finanzsystem sehen, das von kriminellen Machenschaften nur so strotzt.

Es scheint beinahe in Vergessenheit geraten zu sein, daß einer der ursprünglichen Gründe für den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan das sogenannte „nation-building“ - die Entwicklung der Nation durch große Aufbauprojekte - war. Das hat nicht stattgefunden; im Gegenteil, der Einfluß der Taliban ist größer denn je, und die deutschen Soldaten werden von der Bevölkerung längst nicht mehr als Helfer beim Aufbau des Landes, sondern als Teil der NATO- und US-Truppen und als Besatzungsmacht wahrgenommen.

Darüber hinaus hat sich dieser lange Krieg, den der frühere US-Präsident Bill Clinton zu recht mit dem Vietnamkrieg verglichen hat, für Deutschland inzwischen zu einem wahren Grab von Steuergeldern erwiesen. Das *Manager Magazin* berichtet unter Verweis auf eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), daß der Bundeswehreininsatz in Afghanistan den deutschen Steuerzahler pro Jahr

nicht eine, wie offiziell behauptet, sondern drei Milliarden Euro kostet und bisher insgesamt rund 36 Milliarden Euro gekostet hat. Dafür hätte man eine Transrapidstrecke von München nach Hamburg und von Hamburg nach Berlin bauen können.

Die Ankündigungen, daß die USA 2011 mit dem Truppenabzug beginnen und Afghanistan ab 2014 selber für seine Sicherheitsangelegenheiten sorgen soll, hat zudem dazu geführt, daß die Bevölkerung sich mit denen arrangiert, von denen sie weiß, daß sie im Unterschied zu den ausländischen Besatzungstruppen dauerhaft vor Ort bleiben werden - den Taliban.

Der sofortige Abzug der Bundeswehr und aller Hilfsorganisationen bedeutet nicht, daß man das afghanische Volk seinem Schicksal überlassen muß. Die einzig realistische Chance für einen wirklichen Wirtschaftsaufbau liegt allerdings in der Verwirklichung eines Gesamtentwicklungsplans für die ganze Region, wie es nur im Rahmen des Ausbaus der Eurasischen Landbrücke möglich sein wird. Nur wenn sich die Politik der USA grundlegend ändert, wenn sie, statt endlose Rettungspakete für die Banken aufzulegen, den realwirtschaftlichen Aufbau im eigenen Land in Angriff nimmt und mit Rußland, China, Indien und anderen Staaten Eurasiens wirtschaftlich kooperiert, gibt es Hoffnung für Afghanistan. Den Bauern, die jetzt unter der Kontrolle der Taliban und Drogenbarone Drogen anbauen, muß eine wirkliche Alternative für einen Wechsel zum Anbau von Lebensmitteln geboten werden.

Wie gesagt, die Entscheidungsschlacht, nicht nur für Afghanistan, sondern auch für den Rest der Welt, wird in den nächsten Wochen und Monaten in den USA geschlagen. Wenn es gelingt, die USA zu den Wurzeln der Amerikanischen Revolution und damit zum Kampf gegen das Britische Empire zurückzuführen, kann die Welt selbst aus dem jetzigen desolaten Zustand herausgeführt und auf einem glücklicheren Weg gebracht werden.

Falls dies unmöglich sein sollte, dann wird nicht nur Afghanistan zum „graveyard of empires“, zum Todesacker der Imperien, dann wird es die ganze Welt.

Imperium Britannicum delenda est!

I. AFGHANISTAN: ZENTRUM DES INTERNATIONALEN RAUSCHGIFTANBAUS

Der afghanische Opiumanbau bedroht nicht nur die Gesundheit und das Leben von Millionen Menschen in aller Welt, er bedroht auch den Weltfrieden, denn er finanziert die Terrororganisationen, die Rußland und andere Staaten durch ihre Anschläge destabilisieren. Trotzdem weigert sich die NATO bisher, etwas dagegen zu unternehmen. Solange dies nicht geschieht, hat die Bundeswehr am Hindukusch nichts verloren!

Krieg dem Rauschgift in Afghanistan und sofortiger Abzug der Bundeswehr!

VON HELGA ZEPP-LAROCHE, 10. APRIL 2010

Kann ein Krieg gewonnen werden, bei dem 1. der Gegner, 2. die Art der Bedrohung und 3. die Kriegsziele falsch definiert sind? Offensichtlich nicht! Genau dies erlebt man jetzt im Fall des Krieges in Afghanistan, von dem jetzt Bundesverteidigungsminister zu Guttenberg meinte, daß man das, was dort stattfindet, „umgangssprachlich“ als Krieg bezeichnen könne!

Solange diese drei Fehldiagnosen nicht behoben sind, werden die Gefahren, die von Afghanistan ausgehen, zunehmen, und Bundeswehrsoldaten werden weiter ihr Leben aufs Spiel setzen und verlieren - für einen militärischen Auftrag, der so gar nicht erfüllt werden kann!

Das Hauptproblem in Afghanistan ist der Drogenanbau und -handel: 90% der Weltheroinproduktion finden hier statt und stellen die hauptsächliche Finanzierungsquelle u.a. für die Terroranschläge in der Moskauer U-Bahn und in anderen Städten in Rußland und dem Kaukasus dar. Die bisherige Weigerung der NATO sowie der britischen und amerikanischen Regierung, gemeinsam gegen Drogenanbau und -handel vorzugehen, droht sich zu einem ernsthaften strategischen Konflikt mit Rußland auszuweiten. Allerdings reagieren neuerdings wichtige Militärkreise in den USA mit wachsender Offenheit auf die Vorschläge von Lyndon LaRouche, daß nur ein gemeinsames amerikanisch-russisches Vorgehen gegen die Drogenproduktion, das auch die ebenfalls betroffenen Staaten Iran, China und Indien mit einbezieht, die Gefahr besiegen kann.

Inzwischen hat sich deutlich herauskristallisiert, wer die Drogen als Hauptproblem bezeichnet, und wer die Drogenlobby beschützt. Der Chef der russischen Drogenbekämpfungsbehörde (FDCS), Viktor Iwanow, der Kommandeur der US-Truppen in Europa (EUCOM), Admiral James Stavridis, und der ehemalige Drogenbeauftragte Präsident Clintons, General Barry McCaffrey, sind sich einig darin, daß die größte Bedrohung aus der Produktion und dem Handeln von Opium, Heroin und Haschisch in Afghanistan herrührt, daß diese Drogen nicht nur mehr Opfer fordern als die militärischen Operationen, sondern hier auch die Finanzierungsquelle für die jüngsten Terroranschläge in Rußland und Zentralasien liegt. Sie stimmen ferner überein, daß in Afghanistan überhaupt nichts erreicht werden kann, wenn es nicht zu einer international abgestimmten Zerschlagung des Drogenhandels kommt. Aber das ist keineswegs der Auftrag der ISAF-Truppen, seit die Obama-Administration



UN-Vertreter bei einer Trauerfeier für Mitarbeiter, die in Afghanistan getötet wurden. UN PHOTO/ERIC KANALSTEIN

die Programme zur Drogenvernichtung abgebrochen hat.

Iwanow betonte, die Drogen seien Massenvernichtungswaffen einer besonderen Art, die Lage für Rußland habe die Dimension einer nationalen Katastrophe erreicht. Tatsächlich sind in Rußland alleine im letzten Jahr 30.000 Abhängige im Alter von 18-24 Jahren an einer Überdosis Heroin gestorben; laut offiziellen Statistiken gibt es 2,5 Millionen Drogenabhängige, eine Zahl, die explosionsartig ansteigt. Laut McCaffrey bringt das afghanische Heroin pro Jahr etwa 10.000 Menschen in den NATO-Mitgliedstaaten um, und damit fünfmal so viele, wie die NATO in allen Kampfhandlungen verliert.. Nicht minder dramatisch für die nationale Sicherheit in Rußland ist die Tatsache, daß die Terroranschläge, die in den vergangenen Wochen Rußland erschütterten, von terroristischen Kreisen verübt wurden, die aus den Erlösen des afghanischen Drogenhandels finanziert werden.

Beim Treffen des NATO-Rußland-Rates in Brüssel am 24. März bot Iwanow den NATO-Staaten die Zusammenarbeit seines Landes bezüglich der Bekämpfung des Drogenanbaus in Afghanistan an. Die Weigerung der westlichen Staaten, sich aktiv an der Zerstörung der Opiumfelder zu

beteiligen, veranlaßte dann am folgenden Tag (25. März) das russische Außenministerium zu einer Erklärung, in der diese Entscheidung verurteilt und der Vorwurf gegenüber den USA erhoben wird, mit den Drogenbossen in Afghanistan gemeinsame Sache zu machen.

Aber während EUCOM-Chef Admiral Stavridis auf einer Konferenz warnte, daß sich der Kaukasus zu einer „Zone des Terrorismus“ entwickle und insbesondere das Heroin aus Afghanistan sowie der damit verbundene Menschen- und Waffenschmuggel zur wachsenden Instabilität der Region beitrüge und die NATO mehr gegen den Heroinzufluß aus Afghanistan unternehmen müsse, sehen weder General McChrystal, der Chef der ISAF-Truppen in Afghanistan, noch Richard Holbrooke, Sonderbeauftragter der Obama-Administration für Afghanistan und Pakistan, einen Grund, gegen die Drogen vorzugehen. So bestreitet Holbrooke, daß Opiumproduktion und -handel eine nennenswerte Finanzquelle für die Taliban seien, während unter dem Kommando von General McChrystal die US-Truppen unter dem expliziten Befehl stehen, die Schlafmohnfelder unangetastet zu lassen.

Im Januar 2009 hatte General Bantz John Craddock, der Oberkommandeur der NATO in Europa (SACEUR), militärische Operationen der NATO gegen die Drogenbarone, Drogenhändler, Rauschgiftlabors und -lager in Afghanistan genehmigt. Aber schon im selben Monat wurde dem Magazin Der Spiegel ein diesbezügliches Geheimdokument der NATO zugespielt, und kurze Zeit später endete Craddocks Zeit als Chef von SACEUR - und damit der Versuch, den Drogenanbau zu bekämpfen.

Kurz darauf, im März 2009, gab Richard Holbrooke in Brüssel bekannt, der Kampf gegen den Opiumanbau in Afghanistan werde eingestellt, weil er zuviel koste, den afghanischen Bauern die Lebensgrundlage entziehe und sie so in die Arme der Taliban treibe. Im Mai 2009 entließ Obama plötzlich den Kommandeur des Afghanistan-Einsatzes, General David McKiernan, der das Vorgehen gegen Drogenbarone und Labors unterstützt hatte, und ersetzte ihn durch Gen. Stanley McChrystal, unter dessen Kommando die Truppen explizit angewiesen sind, Mohnanbaufelder, Labors und Lager „in Ruhe zu lassen“.

Tatsache ist, daß die Opiumproduktion seit Beginn der US- und NATO-Besetzung 2001 in Afghanistan um das 40fache(!) angestiegen ist. Tatsache ist auch, daß im Hauptanbaugebiet, der seit 2005 britisch kontrollierten Provinz Helmand, rund 60% der Gesamtproduktion, nämlich ca. 4000 Tonnen Opium pro Jahr, produziert werden. So gehören die Briten denn auch zu den entschiedensten Gegnern der Drogenbekämpfung. „Niemand weiß besser als die afghanischen Politiker über die Geschichte des Landes und den Lebensstil der Menschen bescheid. Deshalb sollen sie selbst, ohne Einmischung von außen, entscheiden, was mit den Anbaufeldern geschehen soll“, so Richard Connelly, britisches Mitglied der ISAF.

Laut eines Berichtes der UN-Drogenbekämpfungsbehörde (UNODC) hat sich die Kontrolle des Drogenhandels seit 2005 konsolidiert, „eine aus den Verkaufserlösen finanzierte Pyramide von Drogenbaronen sei entstanden, Polizeichefs der Distrikte und lokale Polizei wirken als Schutzorganisation für Anbau, Handel und das sogenannte Hawala-System, über das Drogen und Geld transferiert werden und das eng mit den Finanzzentren von Karachi, Dubai, Mumbai und London verknüpft ist. Der Chef des UNODC, Antonio Maria

Costa, erklärte gegenüber dem österreichischen Magazin Profil, wo das reingewaschene Drogengeld dann landet: Es gebe Hinweise darauf, daß man in der seit dem Ausbruch der Finanzkrise aufgetretenen Kreditklemme vor allem im Interbankbereich Gelder aus dem Drogenhandel und anderen illegalen Bereichen benutzt habe, um einige Banken zu „retten“.

Wenn man die Rolle des Britischen Empires in den Opiumkriegen des 19. Jahrhunderts gegen China bedenkt, dann ist die britische Schutzpolitik für den Drogenanbau in Afghanistan ebensowenig eine Überraschung wie die Rolle des gewaschenen Drogengeldes für das Finanzsystem. Ein weiterer dringender Grund, eine Pecora-Kommission einzusetzen, die alle diese Zusammenhänge aufklären muß.

Für Afghanistan kann es nur eine Lösung geben, wenn die von LaRouche, Iwanow und McCaffrey vorgeschlagenen Maßnahmen umgesetzt werden. Die Schlafmohn- und Cannabisfelder müssen durch bewährte Methoden eliminiert werden. Die Heroinlabors und Vorratsgebäude müssen aus der Luft zerstört werden, die Befugnis und Verpflichtung dazu müssen in das ISAF-Mandat aufgenommen werden. Insbesondere die USA und Rußland müssen bei diesem Programm zusammenarbeiten.

Für eine Alternativ-Ernte müssen den Bauern ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden. Erst wenn die USA, Rußland, China, Indien und Iran bei der Umsetzung dieser Politik zusammenarbeiten und der Drogenapparat einschließlich der Geldwäsche zerschlagen ist, kann es zu einem wirklichen Wiederaufbauprogramm, vor allem dem Ausbau von Infrastruktur, Energie- und Stromerzeugung, und der Schaffung von mindestens zwei Millionen Arbeitsplätzen kommen.

Solange diese Voraussetzungen nicht erfüllt sind, hat die Bundeswehr am Hindukusch nichts verloren, sie muß sofort abgezogen werden. Erst nach der Eliminierung von Drogenanbau und -handel kann ein für diesen Zweck zu schaffendes Pionierkorps der Bundeswehr beim wirtschaftlichen Aufbau Afghanistans eingesetzt werden!

Die Tatsache, daß die Opiumproduktion seit Beginn des Krieges 2001 um das 40fache gestiegen ist, daß laut Aussagen McCaffreys 68% der afghanischen Bevölkerung niemals Frieden kennengelernt haben, die Lebenserwartung bei 44 Jahren liegt und Afghanistan die höchste Müttersterblichkeit der Welt hat - dies alles macht unmißverständlich deutlich: Der Afghanistankrieg ist völlig gescheitert, weil die Kriegsziele falsch definiert waren.

Das Leben keines einzigen Bundeswehrsoldaten darf mehr diesem neuen Opiumkrieg geopfert werden, den die Nutznießer gegen die gesamte menschliche Zivilisation führen!

RUFEN SIE UNS AN!

**Bundesgeschäftsstelle:
06131-237384**

BW: 0711-6773726
Bayern: 089-7254011
Berlin: 030-8023405
Hamburg: 040-18200658

Hessen: 0611-7169744
Niedersachsen: 0163-7774034
NRW: 0201-3619753
Sachsen: 0351-4278140

Afghanistan: Rußland fordert internationale Anti-Drogen-Koalition

Beim Treffen des Nato-Rußland-Rats in Brüssel am 24. März 2010 bot der Vorsitzende der russischen Drogenbekämpfungsbehörde (FDCS), Viktor Iwanow, den NATO-Staaten die Zusammenarbeit seines Landes bezüglich der Bekämpfung des Drogenanbaus in Afghanistan an. Die Weigerung der westlichen Staaten, sich aktiv an der Zerstörung der Opiumfelder zu beteiligen, veranlaßte dann am folgenden Tag (25. März) das russische Außenministerium zu einer Erklärung, in der man diese Entscheidung verurteilt und den USA vorwirft, mit den Drogenbossen Afghanistans gemeinsame Sache zu machen. Im folgenden veröffentlichen wir Auszüge der Rede Iwanows vom 24. März 2010.



Die Drogenbeauftragten Rußlands, Viktor Iwanow (links), und der USA, Gil Kerlikowske, bei einer gemeinsamen Pressekonferenz in Moskau. US-BOTSCHAFT MOSKAU

Richtlinien der Zusammenarbeit zwischen Rußland und der NATO zur Eliminierung des globalen Phänomens afghanischer Drogenproduktion

Sehr geehrter Herr Generalsekretär,
sehr geehrte Delegierte!

Sehr bald, nämlich am 8. Mai, wird die Welt das 65. Jubiläum des Sieges der Alliierten im Zweiten Weltkrieg feiern. [...]

Es scheint, als sollte jetzt ein neues, breites Bündnis - aber diesmal gegen Drogen statt gegen Hitler - errichtet werden.

Dabei ist uns wichtig, sowohl bestehende Bündnisse und Traditionen der Zusammenarbeit aufrechtzuerhalten, als auch uns der Tatsache bewußt zu sein, daß die Drogenproduktion in Afghanistan ein solch ungeheures Maß angenommen hat, daß sie zum fundamental zerstörerischen Faktor für die Bevölkerungen unserer Länder geworden ist.

Als Sachkundige begreifen wir die Notwendigkeit einer angemessenen Reaktion auf diese wachsende Bedrohung und streben wirkungsvolle Lösungen an, um unsere Bürger zu schützen.

Vor einigen Tagen bin ich aus Kabul zurückgekehrt, wo ich dieses Problem mit Vertretern der Einrichtungen für Drogenbekämpfung von Rußland, der ISAF-Länder, Afghanistans sowie der UN-Mission diskutiert habe.

Lassen Sie mich daher einige Worte zu den offiziellen Schätzungen bezüglich der Drogenherstellung in Afghanistan sagen, die eine gemeinsame Herausforderung für unsere 29 Länder darstellt.

Laut UNO sterben jedes Jahr 100.000 Menschen an afghanischem Heroin. Inzwischen sind etwa 1 Million Menschen an Drogen aus Afghanistan gestorben, während 16 Millionen mental oder physisch geschädigt wurden.

[Der Anteil afghanischen Heroins] am internationalen Konsum betrug 2008: 21 Prozent in Rußland (70 Tonnen), 26 Prozent in Europa ohne Rußland und Türkei (88 Tonnen), 6 Prozent in USA und Kanada (22 Tonnen).

Demzufolge machen die heute an diesem Ort vertretenen Länder mehr als die Hälfte des weltweit konsumierten Heroins aus.

Unsere Länder haben den größten Anteil am Weltmarkt für Opiate: etwa 20 Mrd.\$ von insgesamt 65 Mrd.\$ in Europa; 13 Mrd.\$ in der russischen Föderation; 8 Mrd.\$ in den USA und Kanada. Das heißt, unsere Länder machen 59% des Weltmarktes für Opiate aus.

Wenn man von Bedrohungen und Herausforderungen spricht, denen sich unsere Länder ausgesetzt sehen, dann sollte man die Zahlen der Verluste an Menschenleben durch Vorgänge in Zentralasien miteinander vergleichen. So ist es erschreckend, daß in NATO-Ländern jährlich 50mal soviel Zivilisten an Heroin-Überdosen sterben, als Soldaten in Afghanistan. Das wird durch die Zahlen des Leiters des UN-ODC, Antonio Costa, bestätigt: 10.000 Bürger aus Ländern des Nordatlantischen Bündnisses sterben jedes Jahr an Drogen aus Afghanistan. Offensichtlich sollten Militäroperationen in dieser Region nicht dem Selbstschutz dienen, sondern dem Schutz der Menschen in den oben erwähnten Ländern, die außerdem als Steuerzahler für die Operationen ihrer Soldaten aufkommen.

Man sollte indessen die Tatsache besonders betonen, daß außer dem unmittelbaren Schaden für Leben und Gesundheit unserer Bürger, die Drogenherstellung in Afghanistan sowohl die transnationale organisierte Kriminalität schafft und stärkt, aber auch - und das ist höchst gefährlich - massive finanzielle und menschliche Ressourcen für terroristische und extremistische Organisationen verfügbar macht, zur Beschaffung von Waffen, Sprengstoff und Kommunikationseinrichtungen, die dann in Operationen gegen die friedliche Bevölkerung zum Einsatz kommen.

Indessen zeugt der Mangel an Erfolgen bei internationalen Anti-Drogen-Einsätzen in der Region über lange Zeit, genauer gesagt in den letzten achteinhalb Jahren, von der

Unzulänglichkeit angewandter Sicherheitsmethoden. Zusammengefaßt kann allgemein gesagt werden, daß die bestehende Ordnung nicht nur ineffizient ist, sondern sogar negative Ergebnisse liefert...

1998 wurden politische Maßnahmen zur Bekämpfung der Drogengefahr festgelegt.

Als Resultat verringerte sich die in Afghanistan produzierte Menge Opium um den Faktor 12. Wurden 1998 noch 2693 Tonnen Opium hergestellt, so waren es 2001 nur 185 Tonnen.

Ein neuer Maßnahmenkatalog, der von der internationalen Gemeinschaft im bedeutungsvollen Jahr 2001 angenommen wurde, führte zu einem drastischen Anstieg der Opiumherstellung, nämlich auf ein Vierzigfaches. Medizinisch ausgedrückt, kann daher gesagt werden, daß sich das angewandte Heilmittel als schädlicher als die zuvor diagnostizierte Krankheit erwiesen hat...

In der gegenwärtigen Lage möchte ich dem Nato-Rußland-Rat die Hauptbestandteile des russischen Plans zur Eliminierung der afghanischen Drogenproduktion als praktische Grundlage für die Zusammenführung der Bemühungen Rußlands und der NATO-Staaten vorlegen:

1. Anhebung der Einstufung der afghanischen Drogenproduktion auf die einer Bedrohung für den globalen Frieden und die globale Sicherheit durch den UN-Sicherheitsrat.
2. Ausweitung und Umsetzung eines Programms zur wirtschaftlichen Entwicklung Afghanistans durch den Ausbau der Infrastruktur, vor allem der Energie- und Stromerzeugung, sowie die Schaffung einer ausreichenden Zahl von Arbeitsplätzen für afghanische Bürger (mindestens zwei Millionen).

3. Eliminierung des Schlafmohn-Anbaus durch bewährte Methoden, wobei die Effizienz von 3% auf mindestens 25% gesteigert werden sollte.

4. Eintragung all derjenigen Landbesitzer in die Sanktionsliste der UN, die auf ihrem Land Mohnanbau zulassen. Zu diesem Zweck Einführung einer besonderen Kataster-Registrierung des Gebiets der südlichen Provinzen Afghanistans.

5. Aufnahme der Befugnis und Verpflichtung zur Zerstörung des Schlafmohnanbaus in Afghanistan in das ISAF-Mandat...

[Es folgen zwei weitere Punkte, zum Nachrichten- und Datenaustausch sowie zur Ausbildung der afghanischen Drogenpolizei. Anm. d. Red.]

Die Umsetzung dieses Plans mag die Schaffung einer Kommission oder Agentur zur Zerstörung des afghanischen Rauschgifthanbaus mit einer klaren Zielsetzung für die nächsten fünf Jahre erfordern.

Wenn dieser Plan unterstützt und angenommen wird, bin ich sicher, daß einer solchen Anti-Drogen-Koalition ein effektives Instrumentarium für den Erfolg zur Verfügung steht.

Der heute von unserem Kollegen, Herrn Rasmussen, gepriesene Erfolg der Moshtarak-Operation, der die Provinz Helmand von Aufständischen befreit hat, fand zufällig gerade in der Region statt, in der 75% des afghanischen Opiums produziert wird.

So können wir bereits heute große Möglichkeiten zur Realisierung von Punkt 3 unseres Planes sehen, nämlich der Ausrottung von 60% der Weltrogenproduktion.

Vielen Dank.

Russischer Antidrogen-Chef: bis zu 200 Drogenlabors in Nordafghanistan

Am 10. April 2010 schlug Viktor Iwanow, der oberste russische Drogenbekämpfer, in einem Interview mit der Tageszeitung *Die Welt* erneut Alarm über die Lage in Afghanistan und das Rauschgiftproblem. Für Deutschland besonders bedeutsam, wies er darauf hin, daß es im Norden des Landes, wo die Deutschen stationiert sind, zwischen 150-200 Drogenlabors gibt! Die Provinz, in der 60% des Rauschgifts von Afghanistan produziert wird, ist die seit 2005 britisch kontrollierte Helmand-Provinz.

Iwanow sagte, das Argument der Amerikaner, „man dürfe die afghanischen Farmer ihrer einzigen Einkommensquelle nicht berauben, ist nicht überzeugend. Wegen der stark gefallen Preise für Opium verarmen die Bauern auch so, sollen sie nun noch mehr Mohn anbauen, um ihren ärmlichen Lebensstandard zu bewahren? Gleichzeitig argumentiert die NATO, die Zerstörung der Mohnfelder und Drogenlabors sei Sache der afghanischen Regierung. Aber die NATO trägt doch die Verantwortung für die Sicherheit in Afghanistan!“

Kürzlich habe er bei einem Besuch in Berlin in Gesprächen festgestellt, daß Beamte des BND seine Forderung unterstützten, „die Mohnfelder abzufackeln... Aber auf politischer Ebene heißt es dann: Nein, das werden wir nicht tun. Und so unternimmt auch niemand etwas gegen

die 150 bis 200 Drogenlabors, die in Nordafghanistan existieren, wo die deutschen Truppen stehen.“

Iwanow sagte, die Drogen-Produktion in Afghanistan nähme in solch einem Maße zu, daß „gegenwärtig nur ein Drittel der Produktion im Ausland abgesetzt werden kann, zwei Drittel werden in schwer zugänglichen Bergregionen gelagert. Nach UN-Schätzungen sind das mehr als 12.000 Tonnen Opium, zwei komplette Jahresproduktionen.“

„Über die praktisch offene Grenze mit Kasachstan gelangen die Drogen nach Sibirien. In jüngster Zeit beobachten wir eine Umleitung des Drogenstroms in die nordkaukasischen Republiken. So ist die Menge des nach Dagestan gelieferten Heroins im vergangenen Jahr um das 20-fache gestiegen.“ Iwanow wies auf eine Verbindung zu terroristischen Aktivitäten im Nord-Kaukasus hin. Ein weiterer russischer Diplomat, Anwar Azimow, der Botschafter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), hatte tags zuvor in Wien das afghanische Drogenproblem als eine „globale Sicherheitsbedrohung“ bezeichnet.

Viktor Iwanow schlug im *Welt*-Interview eine gemeinsame Anti-Drogen-Koalition zwischen Rußland und Deutschland/Europa vor, „weil in Rußland und in der EU 60% des afghanischen Heroins verbraucht werden. Wir sollten deshalb gemeinsam dagegen vorgehen.“

Banken am Tropf der Drogenmafia? Keine Steuergelder für die Pleitebanken!

VON HELGA ZEPP-LAROCHE, FEBRUAR 2009

Es reicht nun wirklich: seit achtzehn Monaten eskaliert die weltweite Zusammenbruchskrise des Finanzsystems. Die Zentralbanken und Regierungen haben inzwischen mehrere tausend Milliarden Dollar an Steuergeldern ausgegeben, um die maroden Banken zu retten, ohne daß es den freien Fall der Realwirtschaft hätte aufhalten können - was ohnehin von Anfang an klar war. Wenn die führenden Nationen dieser Welt jetzt nicht sehr bald das Programm zur Konkursreorganisation des Weltfinanzsystems aufgreifen, das Lyndon LaRouche seit langem vorgeschlagen hat, droht die Welt in das Chaos eines neuen dunklen Zeitalters abzustürzen - und die jetzigen Regierungen werden ohnehin hinweggefegt werden.

Wenn es noch eines Beweises für die geballte Inkompetenz der Repräsentanten der Globalisierung bedurft hätte, dann wurde sie beim sogenannten Wirtschaftsgipfel in Davos verschwenderisch geboten. Rund 2500 Spitzenvertreter aus Wirtschaft und Politik, u.a. 40 Staatschefs, kamen zusammen und bewiesen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, noch nicht einmal Einsicht in die Gründe ihres Scheiterns. Die erfreuliche Ausnahme stellte der italienische Finanzminister Tremonti dar, der mit Nachdruck betonte, die neuerdings überall geforderten „Bad Banks“, in die der „Giftmüll“ der Banken entladen werden soll, dürften auf keinen Fall Belastungen für die Steuerzahler mit sich bringen. Der einzige Ausweg bestehe darin, diesen Giftmüll zu „sterilisieren“, d.h. de facto abzuschreiben, weil er ohnehin wertlos sei. Dies sei die einzig mögliche Vorgehensweise, weil der Umfang dieser Derivate so gewaltig sei (mindestens 1,4 Billionen Dollar, HZL), daß ohnehin niemand, nicht einmal der Staat, diese Titel refinanzieren könne....

Jetzt hat sich der oberste UN-Drogenbekämpfer, Antonio Maria Costa, u.a. im österreichischen Wochenmagazin *Profil* zu Wort gemeldet und darauf hingewiesen, daß beachtliche Summen an Drogengeldern in den Wirtschaftskreislauf eingespeist werden. Costa unterstrich, es gebe vielerlei Hinweise, daß man in der seit dem Ausbruch der Finanzkrise aufgetretene Kreditklemme vor allem im Interbankbereich Gelder aus dem Drogenhandel und anderen illegalen Aktivitäten benutzt habe, um einige Banken zu „retten“.

Auf seiner Webseite schrieb Costa bereits im November 2008: „Die Bankiers haben nicht nur monströse Finanzinstrumente geschaffen, deren Ausmaß, Komplexität und Besitzverhältnisse niemand verstehen oder beherrschen konnte. Allzu viele von ihnen haben sich an etwas beteiligt, was gleichzeitig dumm und teuflisch war. Sie haben zugelassen, daß die Verbrechenswirtschaft der Welt Teil der globalen Wirtschaft wurde. Investmentbanker, Fondsmanager, Warenhändler und Immobilienmakler - zusammen mit Aufsichtsbeamten, Buchhaltern und Rechtsanwälten - haben Syndikaten dabei geholfen, die Einnahmen aus Verbrechen zu waschen und legitime Geschäftspartner zu werden.“ Die Zahlen, die Costa nennt, sind enorm. So liege der Großhandelswert illegaler Drogen mit rund 90 Milliarden Dollar auf demselben Niveau wie der gesamte weltweite Export von

Fleisch und Getreide, und das Volumen des Straßenverkaufs liege bei schätzungsweise 320 Mrd. Dollar - in Wirklichkeit dürfte die Zahl noch um ein Vielfaches höher liegen.

Zu einem Zeitpunkt, wo ehrliche mittelständische Unternehmen keine Kredite von den Banken erhalten, obwohl diese mit Milliarden von Steuergeldern unterstützt werden, bedeutet diese allgemeine Kreditklemme die Gefahr, daß die Drogen- und Drogenlegalisierungs-Mafia immer größere Teile der Weltwirtschaft übernimmt, denn der Drogenhandel sei die einzige Wachstumsbranche mit wenig Arbeitslosigkeit, so Costa.

Wenn man dann die andere Seite der Medaille betrachtet - daß die Einnahmen aus Produktion und Handel mit Opium allein in Afghanistan, wo fast 95% der Weltproduktion von Opium stattfindet, die Taliban, ihre Waffen und Kämpfer finanzieren, die Tagelöhner auf dem Feld, Laborarbeiter, die aus Opium Heroin herstellen, bestochene Polizisten und Regierungsvertreter bis ins nahe Umfeld von Präsident Karzai -, dann sollte deutlich werden, daß der Kampf gegen den Drogenanbau und -handel eine oberste Priorität ist,

Immer mehr afghanische Kinder werden rauschgiftsüchtig

Das in Afghanistan angebaute Opium ist nicht nur verheerend für die Bevölkerungen Zentralasiens, Rußlands und des Iran, sondern auch für die Afghanen selbst. Eine US-Forschungsgruppe hat kürzlich bei einer Erhebung in Afghanistan schon bei 14 Monate alten Kindern Opium und Heroin im Blut festgestellt. Einer der Leiter der Studie, Bruce Goldberger von der Universität von Florida, dazu: „Das war völlig unerwartet. Bisher hatte niemand diese Art von Belastung bei kleinen Kindern festgestellt... Diese Kindergeneration ist dem Untergang geweiht. Diese Kinder sind klassische Opium- oder Heroinsüchtige. Sie brauchen die Droge. Wenn die Droge abgesetzt wird, haben sie Entzugerscheinungen.“

Das US-Außenministerium, das die Studie in Auftrag gegeben hatte, schreibt in einer Erklärung, in 31 von 42 Haushalten mit erwachsenen Drogenabhängigen gebe es Hinweise auf erhebliche Drogenbelastung bei Kindern. In diesen Haushalten waren Kleinkinder und sogar Säuglinge durch die erwachsenen Süchtigen Heroin und Opiaten ausgesetzt. Experten für Drogenbekämpfung sagten, das sei für das Land ein neuartiges Problem. Afghanische Flüchtlinge, die wegen des Krieges nach Pakistan und in den Iran geflohen waren, wurden im Ausland drogenabhängig und brachten das Problem bei ihrer Rückkehr mit nach Haus zurück. Immer mehr Opium wird bereits in Afghanistan zu Heroin verarbeitet.

Sieht so der Aufbau des Landes aus?

wenn die Welt nicht bald von Terroristen, Geldwäschern und Drogenlegalisierern beherrscht werden soll...

Der gegenwärtige Streit in der NATO über das richtige Vorgehen gegen die Drogenmafia in Afghanistan wäre unnötig, wenn der politische Wille mobilisiert werden könnte, gemeinsam gegen Drogenanbau, Drogenhandel und Wäsche der Drogengelder vorzugehen. Dann gäbe es auch keinen Grund, warum deutsche und andere Soldaten sinnlos in einem Krieg ohne klare Ziele ihr Leben lassen müssen. Wenn es der Schweizer Polizei schon gelingt, mit Hilfe von „Google Earth“ (!) eine Marihuanaplantage im Kanton Thurgau ausfindig zu machen, dann hätte man schon seit mindestens 25 Jahren die Satellitenphotos der NASA benutzen können, um jeden Blumentopf mit Marihuana auf jedem Balkon zu erkennen - wie gesagt, wenn der politische Wille aufgebracht würde.

Wie Costa in einem weiteren Interview mit *ap* betonte, besteht für ihn nach seiner jahrelangen Zusammenarbeit mit Spezialisten für organisiertes Verbrechen in Staatsanwaltschaften und Polizeibehörden in vielen Ländern kein Zweifel daran, daß die Bankoffiziellen sich absolut im klaren darüber sind, wenn Gelder aus dubiosen Quellen wie Drogenhandel, Menschenhandel, Waffenschmuggel und anderen illegalen Geschäften kommen.

Aber auch viele andere Bereiche bedürfen dringend der weiteren Aufklärung. So verlangt der Dachverband der britischen Gewerkschaften (TUC) derzeit, daß die britischen Banken ihre Aktivitäten in Steuerparadiesen offenlegen müssen. Und erboste europäische Investoren verlangen Auskunft darüber, wieso JP Morgan Chase, mehrere Monate bevor der Madoff-Skandal aufflog, aus zwei Hedgefonds, über die Anleger in Madoffs Kettenbrief in Anlagen mit hoher Rendite investiert hatten, Millionen von Dollar abgezogen habe. Man vermutet nicht ohne Grund Insider-Wissen.

Untersuchungskommissionen dringend notwendig

Diese Mischung - die dubiosen Finanzpraktiken wie das gesamte Derivatgeschäft (wobei vor allem im außerbilanz-

lichen OTC-Bereich keine Regierung oder Zentralbank den geringsten Überblick hat), kriminelle Schwindelgeschäfte wie Enron und Madoff und die haarsträubenden Erkenntnisse des obersten UN-Drogenbekämpfers Costa über die Rolle von Drogengeldern bei „Rettungsaktionen“ von Banken - all dies macht deutlich, warum das Problem nicht gelöst werden kann, indem man einfach nur eine große oder viele kleine „Bad Banks“ schafft. Notwendig ist vielmehr eine internationale Zusammenarbeit von Untersuchungsausschüssen („Pecora-Kommissionen“), die mit integren Personen bestückt werden müssen, die mit dem ganzen Paradigma der Globalisierung nichts zu tun haben. Diese Kommissionen müssen rückhaltlos aufdecken, wo die kriminellen Kontaminationen sind, und diese Lücken müssen dann umgehend durch eine entsprechende Gesetzgebung behoben werden.

Was auf dem Spiel steht, ist unser aller Zukunft. Die Realwirtschaft befindet sich weltweit im freien Fall. ... Was droht, ist weltweites Chaos, in dem viele Hunderte von Millionen, wenn nicht einige Milliarden Menschen ihr Leben verlieren werden. Ist es angesichts dieser existentiellen Gefahr für die Menschheit nicht angebracht, daß die Regierung ihre Fehler eingesteht und kompetente Hilfe akzeptiert?

Das beste, was die Bürger jetzt tun können, besteht darin, der BüSo zu helfen, eine breite Diskussion über diese Fragen in Gang zu bringen. Wir haben nicht viel Zeit.

**Unterstützen Sie
unseren Aufruf für ein globales
Trennbankensystem
(„Glass-Steagall“-Standard)!**

www.bueso.de

Afghanistan braucht wirtschaftliche Entwicklung!

Der Chef der russischen Drogenbekämpfungsbehörde Iwanow legte sein 7-Punkte Programm zur effektiven Bekämpfung des Drogenanbaus in Afghanistan am 14.4.2010 auch dem EU-Parlament in Brüssel vor. Bei der anschließenden Pressekonferenz zusammen mit dem Europaabgeordneten und ehemaligen Chef des UN-Büros für Drogen- und Verbrechenbekämpfung, Pino Arlacchi, betonte er auch, wie wichtig es sei, die afghanische Wirtschaft wiederaufzubauen. Rußland sei bereit 142 Projekte, die von sowjetischen Spezialisten bis in die achtziger Jahre in Afghanistan gebaut wurden, wieder herzustellen. Das betreffe u.a. das Bewässerungssystem von Jalalabad, die hydroelektrische Anlage von Naglu, die Mineraldüngeranlage von Mazar-e-Sharif und den Salang-Tunnel.

„Wir sind bereit, in den Wiederaufbau dieser Objekte zu investieren und hoffen, dass die NATO unsere Sicherheit in Afghanistan garantieren wird... Diese 142 Objekte, welche früher von Rußland aufgebaut wurden, sind heute die Basis der gesamten afghanischen Wirtschaft.“

Sowjetische Ingenieure waren zwischen 1952 und 1988 am Bau von insgesamt 142 Industrie- und Infrastrukturanlagen in Afghanistan, die von der sowjetischen Regierung finanziert wurden, beteiligt. Das Pul-i-Kumri Wasserkraftwerk am Fluß Kundus, der Naglu-Damm am Fluß Kabul und eine Kunstdüngerfabrik in der Stadt von Mazar-e-Sharif sind unter den Einrichtungen, so wie Autobahnen, Stromleitungen, Gas- und Ölpipelines. Nach Schätzungen russischer Experten repräsentierten diese Einrichtungen in den siebziger und achtziger Jahren mehr als 60% des afghanischen Bruttoinlandsprodukts.

Der EU-Abgeordnete Arlacchi forderte Europas Unterstützung für Rußlands Krieg gegen das Rauschgift. Der Haupt„abnehmer“ afghanischer Drogen ist nach Rußland Europa.

Statt britischer Geopolitik: Eurasische Landbrücke auf die Tagesordnung!

SCHON 2005 FORDERTE DIE BÜSO-VORSITZENDE DEN
ABZUG DER BUNDESWEHR AUS AFGHANISTAN

„(...) Der britische Premierminister Blair, der schon den Irakkrieg energisch forcierte, trägt... nach Kräften dazu bei, das Umfeld für einen solchen Angriffskrieg [gegen den Iran] psychologisch aufzubereiten... Blair sagt natürlich nicht - einmal ganz ungeachtet der Frage, wer die wirklichen Architekten dieser Terrorakte [des 11. September 2001] sind -, daß der islamische Extremismus das Langzeitresultat der Politik von Zbigniew Brzezinski und Bernard Lewis ist. Diese beiden Geopolitiker spielten in den siebziger Jahren die sogenannte „islamische Karte“ gegen die damalige Sowjetunion. Danach bildeten anglo-amerikanische Kreise islamische Mudschaheddin für den Kampf in Afghanistan aus und schufen damit erst die radikal-islamischen Netzwerke, die sich nach dem Zerfall der Sowjetunion in der ganzen Region von Afghanistan bis Tschetschenien ausbreiteten. Und Blair sagt natürlich auch nicht, daß viele terroristische Organisationen seit vielen Jahren ihr Hauptquartier in London unterhalten - mit der offensichtlichen und oft kritisierten Duldung der britischen Regierung...

Eine nüchterne Analyse der ursprünglichen Zielsetzungen dieser Stationierung [von Bundeswehrsoldaten in Afghanistan] ergibt eindeutig, daß die Lage in Afghanistan vollkommen aus dem Ruder gelaufen ist. Es kann jeden Moment zu einer Katastrophe kommen, z.B. einem größeren Angriff oder Anschlag auf die in Afghanistan stationierten Bundeswehrtruppen oder dort operierende Hilfsorganisationen.

Nicht nur angesichts der offensichtlichen Fragwürdigkeit der Begründung, die zu der Anforderung deutscher Truppen gemäß Artikel 5 der NATO-Charta geführt hat, muß der deutsche Truppeneinsatz in Afghanistan neu überprüft werden. Tatsache ist auch, daß der ursprünglich geplante wirtschaftliche Wiederaufbau Afghanistans nicht stattgefunden hat. Mit dem Ausbleiben nötiger wirtschaftlicher Entwicklung hat der Drogenanbau statt dessen Rekordausmaße erreicht. Afghanistan ist zu 80 Prozent in der Hand mächtiger Kriegsherren, die den Drogenanbau und -handel

kontrollieren. Die Verbitterung der Bevölkerung wächst, und sie könnte sich nun auch gegen die Bundeswehr richten, die bislang noch nicht als Besatzungstruppe empfunden wurde...

Es muß bezweifelt werden, daß sich Afghanistan unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen überhaupt stabilisieren läßt. Auf jeden Fall werden essentielle deutsche Sicherheitsinteressen heute weniger denn je am Hindukusch verteidigt. In Wirklichkeit gab es dort nie essentielle deutsche Sicherheitsinteressen, die eine Stationierung der Bundeswehr rechtfertigen könnten. Gegenwärtig sitzen Bundeswehr und deutsche Hilfsorganisationen in Afghanistan in einer Falle, die aber zum Glück noch nicht endgültig zugeschnappt ist. Das Gebot der Stunde wäre, ohne Verzug einen geordneten Rückzug von Bundeswehr wie Hilfsorganisationen aus Afghanistan in Gang zu setzen. Noch haben wir eine Chance, die wir nicht verspielen dürfen...

Dies bedeutet nicht, daß wir Afghanistan seinem Schicksal überlassen müssen. Aber eine realistische Chance für den wirtschaftlichen Aufbau des Landes kann es nur geben, wenn der Ausbau der Eurasischen Landbrücke von den Regierungen Eurasiens gemeinsam auf die Tagesordnung gesetzt wird. Nur wenn es ein übergeordnetes Interesse an der wirtschaftlichen Entwicklung aller beteiligten Nationen gibt, werden die Rahmenbedingungen für die Lösung der Probleme Afghanistans geschaffen. Und nur wenn die mächtigen Staaten Eurasiens zusammenarbeiten, kann der Drogenanbau und -handel, der heute eine der ergiebigsten Geldquellen für den internationalen Terrorismus darstellt, ausgetrocknet werden. Die afghanische Bevölkerung würde mit Sicherheit lieber Landwirtschaft betreiben und die Industrie entwickeln, als Sklave der Drogenbarone zu sein.

Die Afghanistanpolitik Deutschlands ist nur eines der vielen politischen Themen, an denen deutlich wird, daß es pragmatische Lösungen innerhalb eines Systems, das auf falschen Axiomen aufgebaut ist, auf Dauer nicht geben kann...“

Videos auf www.bueso.de:

- * Das neue Wirtschaftswunder in Asien
- * Vom Mond zum Mars: Die neue Renaissance
- * 1989 – Die verpaßte Chance
- * Das neue dunkle Zeitalter

<http://www.bueso.de/multimedia>

Lesen Sie dazu auch:

*„Nein zum europäischen Empire!
EU-Militarisierung muß gestoppt werden!“
Erklärung von Helga Zepp-LaRouche
vom 14. 3. 2008 gegen den Vertrag von Lissabon
in der Broschüre „Nein zur EU-Diktatur!“
http://bueso.de/webfm_send/2562
(PDF-Format).*

II. WIRD AUS DER GLOBALEN FINANZKRISE DER DRITTE WELTKRIEG?

VON HELGA ZEPP-LAROCHE, 17. APRIL 2010

Während das Ende des Finanzsystems näher rückt, kann die Kombination einer Eskalation des Afghanistankrieges und eines geplanten Militärschlages gegen den Iran eine Kettenreaktion auslösen, die die Welt in ein neues finsternes Zeitalter stürzt. Jedenfalls wird derzeit systematisch daran gearbeitet, das politische Klima zu schaffen, um die Öffentlichkeit auf derartige Militäraktionen vorzubereiten.

In der Geschichte gibt es eine ganze Reihe von Beispielen dafür, daß sich aus großen Wirtschafts- und Finanzkrisen Kriege oder sogar, wie im 20. Jahrhundert, Weltkriege entwickeln. Während es immer deutlicher wird, daß eine Serie von drohenden Staatsinsolvenzen das Ende des Finanzsystems einläutet, droht die Kombination einer Eskalation des Afghanistankrieges und eines sich abzeichnenden Militärschlages gegen den Iran eine Kettenreaktion auszulösen, die die Welt in ein neues finsternes Zeitalter zu stürzen droht.

Zuverlässigen Quellen zufolge waren sowohl ein geplanter Irankrieg als auch die bereits gestartete Frühling-/Sommer-Großoffensive in Afghanistan Gegenstand zahlreicher Diskussionen während des Gipfeltreffens zur nuklearen Sicherheit, das soeben in Washington stattfand, um die Koalitionen für diese Militäroperationen festzuzurren. Darüber hinaus wird ein Umfeld aufgebaut, in dem die Bedrohung durch eine angeblich bald zur Verfügung stehende iranische Atombombe den Kontext für den baldigen Militärschlag abgeben soll - ganz wie seinerzeit die britische Propaganda über die „Massenvernichtungswaffen“ des Irak. Bekanntermaßen waren diese Waffen dann nirgendwo zu finden, und auch heute bleibt der amerikanische National Intelligence Estimate (NIE), die Zusammenfassung der Einschätzungen der verschiedenen US-Geheimdienste durch den Nationalen Geheimdienst, bei der Einschätzung, daß der Iran noch 3-5 Jahre von der Möglichkeit des Baus einer Atomwaffe entfernt ist.

Sowohl die *New York Times* als auch die israelische Zeitung *Ha'aretz* berichteten, daß der Chef des World Jewish Congress, Ronald Lauder, vor der Veröffentlichung eines Offenen Briefes an Präsident Obama in der *Washington Post* und im *Wall Street Journal* sich die Zustimmung des israelischen Premierministers Netanjahu zum Inhalt dieses Briefes einholte. Darin wird vor den „atomaren Ambitionen“ eines iranischen Regimes gewarnt, das keinen Zweifel an seinen völkermörderischen Absichten gegenüber Israel lasse. Ferner werden die USA daran erinnert, daß sie sich verpflichtet hätten, nicht zuzulassen, daß der Iran über Atomwaffen verfügen könne.

Zu dem Aufbau eines Klimas für einen Militärschlag gehört weiterhin der Versuch der amerikanischen UN-Botschafterin Susan Rice, in einer dreistündigen Sitzung am 14. April von den Vertretern Chinas, Rußlands, Frankreichs, Großbritanniens und Deutschlands die Zustimmung für die Verschärfung von Sanktionen gegen den Iran seitens des UN-Sicherheitsrats zu bekommen. Zu den verlangten Maßnahmen gehören ein Waffenembargo, das Recht, Schiffe zu beschlagnahmen, in denen Materialien vermutet werden, die etwas mit dem Atomprogramm zu tun haben, Verhin-

derung von neuen Investitionen im Energiesektor, Maßnahmen gegen führende Mitglieder der Revolutionären Garde sowie gegen Firmen und Finanzinstitute des Iran.

In dieselbe Kerbe schlägt ein Brief, den 76 US-Senatoren und 333 Kongreßabgeordnete an Präsident Obama geschickt haben, in dem sie mit oder ohne Zustimmung des UN-Sicherheitsrates „lähmende Sanktionen“ gegen den Iran fordern, und daß Obama das von ihnen verabschiedete Iran-Erdöl-Sanktionsgesetz unterzeichnen soll, das jegliche Geschäfte mit Firmen im In- und Ausland verbietet, die etwas mit der iranischen Ölindustrie zu tun haben. Bezeichnend ist nur, daß die Veröffentlichung dieses Briefes vom American Israel Political Action Committee (AIPAC) finanziert wurde.

Bei all dem Trommelfeuer für eine Verschärfung der Sanktionen ist es wichtig, daß China diese ablehnt, und daß der türkische Außenminister Ahmet Davutoglu die Presse in Washington daran erinnerte, daß Sanktionen auch Kinder umbringen, wie seinerzeit im Irak. Nach dem ersten Irakkrieg kamen schätzungsweise eine Million Zivilisten durch die Sanktionen um, darunter eine sehr große Zahl von Kindern. Die Autorin dieses Artikels hatte damals das Komitee zur Rettung der irakischen Kinder initiiert, das umfangreiche Hilfslieferungen in den Irak organisierte sowie verletzte und kranke irakische Kinder zur medizinischen Versorgung nach Europa und in die USA brachte.

Jetzt beschuldigt Israel Syrien, Scud-Langstreckenraketen an die Hisbollah im Libanon geliefert zu haben - was von der syrischen Regierung kategorisch bestritten wird. Laut *New York Times* argumentierte ein nicht genannter israelischer Offizieller, das Arsenal der Hisbollah, die vom Iran unterstützt werde, diene einem Gegenschlag gegen Israel im Falle eines israelischen Angriffs auf die Nuklearanlagen des Iran. Jüngste Äußerungen Obamas vom vergangenen Dienstag, der Nahostkonflikt betreffe „vitale Sicherheitsinteressen der USA“, was die *NYT* als „weitgehende Änderung“ der US-Politik bezeichnete, könnten den Vorwand für ein sogenanntes „break-away-ally-Szenario“ liefern, also ein Szenario, in dem Israel als „abtrünniger Verbündeter“ angeblich ohne Übereinstimmung mit den USA handelt.

Am vergangenen Mittwoch kündigte General Petraeus eine massive Ausweitung und Aufrüstung der Militäroperationen für eine Frühling-/Sommer-Offensive der US-Truppen in Kandahar an. Tatsächlich hat diese Offensive bereits mit Operationen der Spezialtruppen gegen Talibanführer begonnen, die die Offensive allgemeiner Truppen vorbereiten. Zu diesen Spezialtruppen gehören die Delta Force der Armee, das SEAL Team Six der Navy, Truppen des Joint Special Operation Command (JSOC) sowie Army Rangers.

Ein Artikel in der britischen Zeitung *Guardian* weist darauf hin, daß - ungeachtet des von Obama angegebenen Zeitplan für einen Abzug aus Afghanistan ab 2011 - der massive Ausbau von Landebahn und Kasernen in Camp Leatherneck in Helmand drauf hindeute, daß die Militärführer sich darauf einrichten, noch viele Jahre in Afghanistan zu bleiben.

In die richtige Richtung geht dagegen eine von Senator Russ Feingold und den Kongreßabgeordneten Jim McGovern und Walter Jones eingebrachte Gesetzesvorlage, in der ein Ende des als „kontraproduktiv“ bezeichneten Krieges in Afghanistan gefordert wird.

Es besteht aber kein Zweifel an der großen Gefahr, daß die Bundeswehr kurzfristig noch weiter in einen so nicht zu gewinnenden, weil falsch definierten Krieg in Afghanistan hineingezogen werden soll. So wird General McChrystal noch in dieser Woche nach Berlin kommen, um den Bundestag sein Konzept von „Partnering“ vorzustellen, welches im wesentlichen besagt, daß die Bundeswehrtruppen sich prinzipiell gemeinsam mit US- und NATO-Truppen an den Kämpfen beteiligen.

Der tragische Tod von vier weiteren Bundeswehrsoldaten in Kundus, bei dem die Soldaten mit ihrem gepanzerten Fahrzeug in einen Hinterhalt der Taliban geraten waren, gibt einen Vorgeschmack, was dann auf die Bundeswehr zukommt. Das Fahrzeug, das von einer Panzerfaust getroffen wurde, ist vom gleichen Typ *Eagle IV*, von dem Bundesverteidigungsminister zu Guttenberg soeben noch weitere 60 in der Schweiz bestellt hat, um den Schutz der deutschen Truppen zu „verbessern“.

Wenn es zu militärischen Schlägen gegen den Iran kommen sollte, wäre eine unkalkulierbare Kettenreaktion die Folge. Schon jetzt ist die ganze Region von Afghanistan, Pakistan, Iran, Irak, aber auch Kirgisien - von dem Präsident Medwedew gewarnt hat, daß es zu einem neuen Afghanistan zu werden droht - ein einziges Pulverfaß. Deutschland kann es sich weder leisten, tiefer in den Krieg in Afghanistan hineingezogen zu werden, noch in eine neue Koalition, diesmal gegen den Iran.

Als im 14. Jahrhundert das damalige Finanzsystem der Bankhäuser Bardi und Peruzzi durch Manipulationen der damaligen Führungsmacht Venedig zusammenbrachen, kam es zu einem finsternen Zeitalter, in dem ein Drittel der gesamten Bevölkerung von Indien bis Irland durch Schwarze Pest, Hunger, Aberglauben, Irrationalität, Hexenverbrennungen, Flagellantentum u.ä. ausgelöscht wurden. Auf den Bildern von Bosch und Breughel kann man den Wahnsinn in den Gesichtern der abgebildeten Menschen erkennen. Wenn wir verhindern wollen, daß es erneut zu einem Absturz in ein solches finsternes Zeitalter kommt, und das wäre die Folge eines neuen Kriegs in Südwestasien, müssen wir die Finanz- und Wirtschaftskrise schleunigst durch ein globales Trennbankensystem und ein neues Kreditsystem beenden.

Bezüglich Afghanistans müssen die USA und der Westen auf das Angebot des Chefs der russischen Anti-Drogenbehörde eingehen, gemeinsam Opium- und Cannabisproduktion und -handel in Afghanistan zu zerstören und damit die Finanzierungsquelle der Taliban und des Terrorismus gegen Rußland und andere Staaten auszutrocknen. Erst danach kann es zu einem sinnvollen Wiederaufbauprogramm in Afghanistan kommen.

Auch wenn es für den Normalbürger schwer ist, hinter den scheinbar selbstevidenten Ereignissen der Tagespolitik die wirkliche historische Dynamik zu erkennen, die

sich auswirkt: Der Blick zurück auf die Geschichte erlaubt es, viel besser zu verstehen, wie es zu Kriegen kommt. Die Vorgeschichte des Ersten und des Zweiten Weltkrieges kann da sehr hilfreich sein. Von diesem Blickwinkel her muß man die Äußerungen derjenigen heute ernst nehmen, die wie Bertrand Russell in Kriegen ein adäquates Mittel der Bevölkerungsreduktion sehen:

„Demgegenüber läßt sich einwenden, daß schlechte Zeiten keine Dauer-, sondern Ausnahmestände sind und man ihnen auch mit außergewöhnlichen Mitteln zu begegnen hat. Während der Flitterwochen der Industrialisierung war dies Verfahren mehr oder weniger angemessen; wenn sich aber die Bevölkerungszunahme nicht sehr erheblich verlangsamten läßt, dann verliert dieser Einwand an Bedeutung. ... Die Kriege haben bis heute keinen wesentlichen Einfluß darauf gehabt, denn die Zunahme hielt während beider Weltkriege unvermindert an. ... aber vielleicht ist der bakteriologische Krieg wirkungsvoller. Würde man in jeder Generation einmal den Schwarzen Tod über die Welt schicken, dann dürften die Überlebenden fröhlich weiterzeugen, ohne die Welt allzu eng zu machen. ... Es würden sich zwar etwas unangenehmere Zustände entwickeln, aber was macht das schon? Die in Wahrheit hochherzigen Leute sind gegen das Glück immun, vor allem wenn es das Glück anderer ist...“ (Bertrand Russell, *Wissenschaft wandelt das Leben*, 1953).

In der nächsten Zukunft wird sich das Auseinanderbrechen der Eurozone nicht länger verbergen lassen, der Krise in Griechenland werden schlimmere in Portugal, Spanien und Irland folgen, aber auch die potentiellen Insolvenzen Großbritanniens und der USA werden deutlich machen: Entweder können die wichtigsten Staaten rechtzeitig den LaRouche-Plan für ein neues Kreditsystem durchsetzen, oder ein Absturz in ein neues finsternes Zeitalter ist die Folge. Ein eskalierter Krieg in Afghanistan plus eine durch einen Militärschlag gegen den Iran ausgelöste unkalkulierbare Kettenreaktion bedeutete genau die imperiale Überdehnung und den plötzlichen Kollaps des Finanzsystems, wovon der britische Historiker Niall Ferguson kürzlich in seinem Artikel in *Foreign Affairs* gesprochen hat. Dazu darf es nicht kommen! Deshalb:

* Bundeswehr sofort aus Afghanistan abziehen!

* Beteiligung am Wiederaufbau in Afghanistan erst, nachdem die USA und Rußland gemeinsam Opiumproduktion und -handel eliminiert haben.

* Sofortige Durchsetzung des Trennbankensystems und der Souveränität über die eigene Währung, die D-Mark!

Videos auf www.bueso.de:

* Massenstreik in den USA

* LaRouche bei Frankfurter Glass-Steagall-Seminar

* 1932 – Die wahre Geschichte der USA

<http://www.bueso.de/multimedia>

Der Fall McChrystal: Wachsender Widerstand in den USA gegen Obamas britische Afghanistanpolitik

Lyndon LaRouche, der den Widerstand in den USA gegen die zerstörerische, britisch-inspirierte Politik der Obama-Administration anführt und die rasche Amtsenthebung des Präsidenten fordert, hat in einer neuen Studie „Über den Wahnsinn langer Kriege“ (siehe <http://www.larouchepac.com>) auch zu den Umständen der McChrystal-Entlassung Stellung genommen.

Zunächst schreibt er, die jüngste Fortsetzung des jahrzehntelangen Krieges in Afghanistan durch die USA sei „die Fortsetzung einer mehr als hundertjährigen Serie von ‚Nahost‘-Kriegen, die die britische Monarchie erstmals in der letzten Dekade des 19. Jahrhunderts entfesselte. Der damalige Deckmantel war die ‚Jungtürken‘-Operation des imperialen London. Diese Operation wurde in der ganzen ‚Nahost‘-Region und in den Nachbargebieten bis auf den heutigen Tag fortgesetzt. Den Rahmen dafür bildete das berühmte anglo-französische Sykes-Picot Abkommen.“ Das sei auch die Quelle dessen, was Zbigniew Brzezinskis in den 80er Jahren unter der US-Regierung Carter und in Abstimmung mit der britischen Monarchie in Gang gesetzt hatte. Unter Präsident Obama habe sich „der durch seinen Befehl geschützte britische Opiumhandel von der Primärquelle in einer unter britischem Schutz stehenden Provinz in Afghanistan nach Europa ausgebreitet.“

McChrystal und Petraeus bezeichnete LaRouche als „Generäle der Kabinettskriegsführung“. McChrystal sei im wesentlichen jedoch „Profi mit einem - als loyaler Bürger und US-Berufsmilitär - großen Engagement für seine Profession“ geblieben, „wie sehr er auch in anderen Belangen irrte.“ Bei seinen Ausführungen gegenüber der Zeitschrift „Rolling Stone“ scheine McChrystal sein Verhalten genau an den Vorschriften für Generäle unter solchen Umständen ausgerichtet zu haben.

LaRouche bewertete das Verhalten von McChrystal auf dem folgenden Hintergrund. Der Präsident der Vereinigten Staaten, Barack Obama, habe ursprünglich US-Streitkräfte mit der Anweisung nach Afghanistan geschickt, sich nicht in die Opiumproduktion des Britischen Empire in einer von den Briten kontrollierten Region Afghanistans einzumischen. Dieses Arrangement habe eine aussichtslose Lage für die US-Truppen hervorgebracht, die dem geopfert wurden. Deshalb hatte McChrystal die moralische Verpflichtung, etwas zu tun, um die relevanten Institutionen der US-Regierung vor den Auswirkungen von Präsident Obamas implizit verräterischer Afghanistanpolitik zu warnen, so LaRouche.

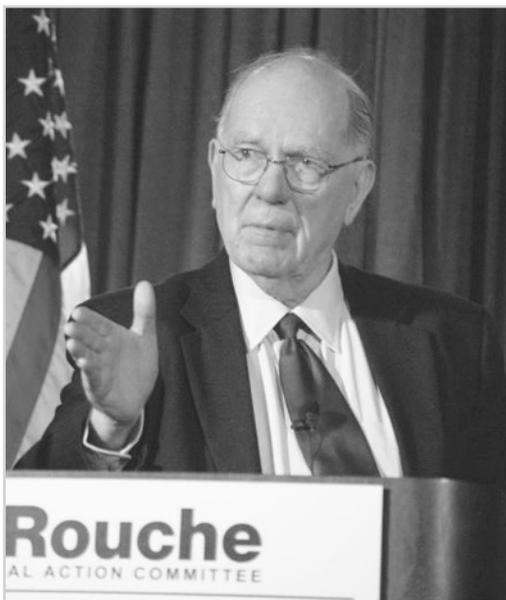
„So weit er mit seinen Äußerungen ging, wie sie von *Rolling Stone* berichtet wurden, erfüllte McChrystal seine Pflicht als

Kommandeur im Dienste der Vereinigten Staaten. Der Fehler in dieser Angelegenheit lag vollständig auf seiten Präsident Obamas.“ Der Präsident habe weder wirkliche Gründe noch Mittel, um ein politisch erfolgreiches Militärgericht über General MacChrystal abzuhalten. General McChrystals Schritt habe Präsident Obamas sowieso schon abstürzende Popularität noch weiter vermindert, was den Prozeß der Amtsenthebung des Präsidenten beschleunige und damit einen Beitrag dazu leiste, die USA vor dem ansonsten sicheren Untergang zu retten.

In *Newsweek* (Wochenendausgabe vom 17. Juli) rief Richard Haass, der Präsident des einflußreichen New Yorker CFR (Council of Foreign Relations), zu einem schnellen Abzug aus Afghanistan auf. Haass macht Obama persönlich verantwortlich für die dramatische Verschlechterung der Lage und sagt, dieser Krieg könne nicht gewonnen werden. „Afghanistan überdenken“ titelte *Newsweek* und schrieb: „Wir siegen nicht. Es ist es nicht wert; So können wir aus Afgha-

nistan abziehen.“ Zunächst zitiert Haass den Chef der US-Republicaner, Michael Steele, der durch Äußerungen, Afghanistan sei ein „von Obama erwählter Krieg, der nicht gewonnen werden könnte“, in die Kritik sowohl seiner Parteifreunde als auch der Demokraten gekommen war. Haass: „Es sind Steeles Kritiker, die hier falsch liegen. In der Substanz der Sache kommt der Republikanerchef der Wahrheit näher... Der Krieg, der heute von den Vereinigten Staaten in Afghanistan geführt wird, unterscheidet sich fundamental und ist auch ambitiöser als alles, was die Bush Administration unternommen hat. Daß Obama Afghanistan zu seinem persönlich erwählten Krieg erkor, machte er jüngst mit der Ernennung von General Petraeus deutlich, mit dem Auftrag, einen intensiveren Anti-Terrorkrieg zu führen. Nach nunmehr fast neun Jahren Krieg ist eine dauerhafte Verbesserung der Lage, die den Verlust an Soldaten und den finanziellen Aufwand rechtfertigen würde, nicht wahrscheinlich – egal, ob wir so weitermachen wie bisher oder das amerikanische Engagement noch verstärken. Es ist an der Zeit, unsere Ambitionen dort herabzustufen, unser Eingreifen zu begrenzen, um dem Ganzen eine neue Richtung zu geben...“

Der Krieg, den die USA jetzt in Afghanistan führt, erreicht nichts und ist es nicht wert, fortgeführt zu werden. Die Zeit ist gekommen, die amerikanischen Zielvorgaben zurückzuschrauben und den Einsatz unserer Truppen massiv zu verringern. Afghanistan kostet zu viele amerikanische Soldaten das Leben, beansprucht zuviel Beachtung und absorbiert zu viele Ressourcen.“



Lyndon LaRouche

„Das afghanische Fiasko: Ist Obama schwerhörig?“

Der folgende Hintergrundartikel des EIR-Redakteurs Ramtanu Maitra beleuchtet die Auseinandersetzung in den USA, die Entwicklung in Afghanistan und die Gefahr, daß der „afghanische Virus“ weitere Staaten Zentralasiens destabilisiert, wie die Unruhen in Kirgistan bereits zeigen. Außerdem weist er auf die geopolitische Rolle der Soros-Stiftung in dieser Region hin. Der Artikel erschien auf deutsch am 7.7.2010 in der Wochenzeitung „Neue Solidarität“.

Am 23. Juni hat US-Präsident Obama General Stanley McChrystal als militärischen Oberbefehlshaber in Afghanistan fristlos entlassen, nachdem ein Artikel über den General im Gegenkulturmagazin *Rolling Stone* erschienen war. Der Artikel enthielt abfällige Bemerkungen des Generals und seines Stabes über einige der wichtigsten zivilen Ratgeber Obamas, darunter Vizepräsident Joe Biden. McChrystal wurde vom bisherigen Chef des US-Zentralkommandos, General David Petraeus, als US-Oberbefehlshaber in Afghanistan abgelöst, der 2007/2008 Oberkommandierender der Alliierten Streitkräfte im Irak gewesen war.

Bei der Ernennung von Petraeus gab Obama eine Erklärung ab, die zeigte, wie wenig er sich der militärischen Lage vor Ort in Afghanistan bewußt ist. Er sagte, die Auswechslung des Befehlshabers werde die Kriegsstrategie der US-Regierung nicht ändern, der Krieg werde wie vorgesehen im kommenden Jahr in eine Übergangsphase eintreten. Obama sagte, Petraeus „versteht die Strategie, weil er sie selbst mit entworfen hat“. Er fügte hinzu: „Zur Zeit sind wir dabei, auf der Jagd nach einem strategischen Sieg den Kampf auf der taktischen Ebene zu verlieren. Wie lange läßt sich das durchhalten?“

Petraeus' Ernennung machte deutlich, daß die Methode der Aufstandsbekämpfung - mit dem Kürzel COIN (für Counterinsurgency) -, die die Regierung Obama seit dem letzten Herbst im Afghanistankrieg anwendet, nicht geändert werden soll. Wie ein ungenannter ziviler Ratgeber des US-Militärs in Afghanistan der *Washington Post* am 23. Juni sagte, „die Strategie, die McChrystal entworfen hat, ist eine Strategie der Aufstandsbekämpfung, und Petraeus ist der Pate der Aufstandsbekämpfung.“

Konkret bedeutet das: Der aufreibende Krieg wird weitergehen, mit den Folgen eines weiteren Ruins der US-Streitkräfte, mehr Opium von den Feldern Afghanistans, mehr Heroinsüchtigen auf der ganzen Welt, der Schwächung ganzer Nationen und satten Gewinnen für Banker in der Londoner City und der Wallstreet.

Wir fragen in unserer Titelüberschrift mit gutem Grund, ob Präsident Obama schwerhörig ist. Schließlich ist ein offensichtlicher Grund für McChrystals „verächtliche Bemerkungen“, daß die ganze Kriegsplanung ohne Ziel und ohne Aussicht auf Erfolg ist. McChrystal führte nach eigener Aussage gleichzeitig einen Kampf gegen Al Kaida, die Taliban, Washingtons Sondergesandten Richard Holbrooke, Vizepräsident Joe Biden und den US-Botschafter in Kabul Karl Eikenberry. Der General wollte direkten Zugang zum Präsidenten, aber das wurde ihm vom Weißen Haus verwehrt. Wie eine Washingtoner Quelle sagte: In diesem Weißen Haus wird Doppelzüngigkeit nicht nur hingenommen, sondern gilt als Notwendigkeit. Hätte Obama sich bemüht, zuzuhören, oder zu lesen, was Augenzeugen über die Lage vor Ort berichteten,

dann wäre ihm klar geworden, daß es in diesem Krieg nichts zu gewinnen gibt. Vielmehr werden Afghanistan und die ganze Region sehr viel verlieren, wenn er weitergeht.

Man muß kein Experte sein, um zu sehen, daß die COIN-Strategie gescheitert ist. Das heißt allerdings nicht, daß die von anderen einflußreichen Kreisen in Washington vertretene Methode der „Terrorismusbekämpfung“ - rohe Gewalt - mehr Sinn und Verstand hätte. Wie McChrystal im *Rolling Stone* sagte: „Die Russen töteten eine Million Afghanen, und es half ihnen nichts.“ Die Russen verfolgten in Afghanistan fast ein Jahrzehnt lang eine „Antiterrorstrategie“, bis sie schließlich den Afghanen ihre abgekämpften, verwundeten Rücken zuwandten und durch den Salang-Tunnel - die wichtigste Nord-Süd-Verbindung in Afghanistan nördlich von Kabul - nach Hause trotteten.

Das Scheitern der COIN-Strategie zeigt der Fall Marja. Am 13. Februar begann die Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe (ISAF) - ein Gemisch aus US-/NATO-Truppen und der Afghanischen Nationalarmee (ANA) - in der südlichen Provinz Helmand einen militärischen Feldzug (Operation Muschtarak), den einige Verantwortliche als die wichtigste Militäroperation in Afghanistan seit dem Einmarsch 2001 bezeichneten. Als Hauptziel der Offensive galt der Ort Marja in Zentral-Helmand, der sich seit Jahren unter der Kontrolle von Taliban und Drogenhändlern befand. Der mit großen Fanfaren eingeleitete Feldzug zielte darauf ab, die „Herzen und Köpfe“ der örtlichen Paschtunen zu gewinnen. Die afghanischen Streitkräfte übernahmen eine Führungsrolle und stellten 60% der Bodentruppen. Zählt man die amerikanischen, britischen und anderen Koalitionsstreitkräfte hinzu, so waren etwa 8000 Soldaten als Bodentruppen und 7000 weitere als Unterstützungseinheiten beteiligt.

Schwächung des US-Militärs

Mittlerweile, vier Monate später, hat sich die Situation in Marja bis zu dem Punkt verschlechtert, daß die ISAF-Truppen sich quasi eingemauert haben und ständig bedroht sind von Hunderten Aufständischen, die sie von allen Seiten beschießen. Das Ziel „erobern, halten, verwalten“ - die Zauberformel von COIN - mußte aufgegeben werden. Die US- und NATO-Truppen versuchen nur noch dazusitzen und zu überleben.

Wie konnte es zu einer derart kläglichen Lage kommen? Augenzeugenberichte geben eine Antwort. So beschrieb z.B. C.J. Chivers, der für die *New York Times* aus Marja berichtet, am 23. Juni die Bedingungen vor Ort und damit die angeschlagene Moral der Truppe, der diese unmögliche Mission aufgebürdet wurde. „Junge Offiziere und freiwillige Soldaten und Marines, die gewöhnlich unter Bedingung der Anonymität sprechen, um ihren Job nicht zu verlieren, sprechen davon, daß man ih-

nen ‚Handschellen anlegt‘, daß ihre Vorgesetzten ihnen nicht trauen und daß von ihnen verlangt wird, gegen einen schlaun und böartigen Feind einen ‚fairen Kampf‘ zu führen.“

Die Regeln, mit denen die Prinzipien der COIN-Aufstands-bekämpfung in die tägliche Praxis umgesetzt werden, sollen Opfer in der Zivilbevölkerung verhindern. Aber die Soldaten erklären, daß diese Regeln nicht nur Zivilisten, sondern auch die Taliban schützen. Früher hätten die Feuergefechte eine „Halbwertszeit“ gehabt, sagte ein Major, der eine Infanteriekompanie befehligt hatte, der *Times*, d.h. Scharmützel dauerten oft nur etwa eine halbe Stunde. Die Taliban griffen Patrouillen an, verzogen sich aber wieder, wenn Unterstützung der westlichen Truppen z.B. aus der Luft kam.

Jetzt, da diese Unterstützung seltener ist, hätten die Taliban sichtlich weniger Angst vor einem amerikanischen Gegenschlag, sagen viele Soldaten. Oftmals zögen sich Feuergefechte über Stunden hin und kosteten zusätzliche Menschenleben. Der Materialvorteil der US-Streitkräfte werde nicht wirklich genutzt, die Truppen müßten Kämpfe Mann gegen Mann führen, bei denen der Feind den Vorteil der Geländekenntnis habe. Ein Leutnant der Marineinfanterie in Marja sagte Chivers, er fordere bei Gefechten kaum noch Luftunterstützung an. Er vergeude zuviel Zeit am Sprechfunkgerät mit der Begründung der Anforderung, und die Luftunterstützung käme entweder gar nicht, zu spät, oder die Piloten zögerten, ihre Feuerkraft einzusetzen.

Die Finanzierung der Killer

Zusätzlich wurden nun auch die skandalösen Umstände der Versorgungstransporte - die in anderen Teilen der Welt seit Jahren bekannt sind - auch der amerikanischen Öffentlichkeit enthüllt. Im Juni wurde ein entsprechender Bericht der Mehrheitsfraktion im Unterausschuß für Nationale Sicherheit und Auswärtige Angelegenheiten unter Vorsitz des Abgeordneten John F. Tierney (Demokrat aus Massachusetts) vorgelegt. Darin wird darauf hingewiesen, daß die Aufgabe der Versorgung der mehr als 200 vorgeschobenen US-Posten in Afghanistan - in schwierigem, feindlichem Gebiet mit nur minimalem Straßennetz - von einer Gruppe namens Host Nation Trucking (HNT) wahrgenommen wird. Das Auftragsvolumen von 2,16 Mrd.\$ teilen sich dabei acht afghanische, amerikanische und nahöstliche Unternehmen. Die von ihnen als Subunternehmer beauftragten Expeditionen heuern gewöhnlich örtliche afghanische Sicherheitsdienste an, um den bewaffneten Schutz für ihre Konvois zu organisieren.

Der Transport von wertvollen und sensitiven Versorgungsgütern in abgelegene und unsichere Gegenden erfordert außergewöhnliche Sicherheitsmaßnahmen. Ein typischer Versorgungskonvoi mit 300 LKWs von Kabul nach Kandahar z.B. hat 400 bis 500 Mann bewaffnetes Begleitpersonal in Dutzenden LKWs, bewaffnet mit schweren Maschinengewehren und Panzerfäusten. Als „Sicherheitsleute“ für diese Konvois dienen Aufständische, die auf diese Weise mit amerikanischen Steuergeldern bezahlt werden - und dieselben Aufständischen töten dann später amerikanische Soldaten. Das wurde zugelassen und läuft so weiter, weil es leider keine bessere Methode gibt, heißt es aus Washington.

Der Krieg in Afghanistan ist nicht zu gewinnen, weil es nichts zu gewinnen gibt. Das einzig legitime Ziel für Präsident Obama als Oberkommandierenden ist die Zerstörung des afghanischen Opiums, das in den vergangenen Jahren besonders in der britisch besetzten Provinz Helmand enorm

zunahm. Die Opiumschwemme in Afghanistan ist eine bewußte britische Politik von den höchsten Stellen, in alter Kolonialtradition. Es wird den US-Truppen mittlerweile klar, und sie beklagen sich bitter darüber, daß sie ihr Leben riskieren, um Drogenbarone und -händler zu schützen.

Im Grunde hat sich die Regierung Obama nur dieser britischen imperialen Politik angeschlossen, indem sie die Streitkräfte zum Schutz der Drogenhändler einsetzt, die Unmengen an Cash für die bankrotten Banker der Londoner City und der Wallstreet generieren. Darauf hat der Drogenbeauftragte der Vereinten Nationen, Antonio Maria Costa, schon vor mindestens einem Jahr hingewiesen.

Indem Obama über die explosive Zunahme des afghanischen Opiums „freundlich hinweg sieht“, ruiniert er nicht nur das US-Militär, er stößt auch Afghanistan weiter an den Rand des Abgrunds. Diese seit 30 Jahren vom Krieg heimgesuchte Nation hat keine Institutionen, keine Infrastruktur, eine verheerte Landwirtschaft und Hunderttausende von Opiumsüchtigen. Drogensucht ist ein Teil der Gesellschaft geworden - mittlerweile zählen selbst schon Kleinkinder zu den Süchtigen, wie Dr. Bruce Goldberg von der Universität von Florida jüngst in einer Studie belegte. Mit anderen Worten: Was die Regierung Obama in Afghanistan zuläßt, ist die reine Kriminalität.

Es geht kein Weg daran vorbei: Der erste und wichtigste Schritt bei der Schaffung von Institutionen in Afghanistan wird die Eliminierung der Drogen sein. Ohne die völlige Vernichtung des Opiums gibt es für Afghanistan keine Hoffnung, und die Gefahren für die gesamte Region werden zunehmen.

Jüngst ergab ein Bericht des U.S. Geological Survey, daß Afghanistan riesige Vorkommen an Eisen, Kupfer, Kobalt, Gold und wichtigen Alkalimetallen wie Lithium hat. Die Reserven sind so groß und beinhalten so viele für die moderne Industrie wichtige Rohstoffe, daß Afghanistan nach Ansicht von US-Vertretern eines der wichtigsten Bergbauländer der Welt werden könnte.

Sowjetische Bergbauexperten hatten diese Daten über die Rohstoffvorkommen schon während der sowjetischen Besetzung Afghanistans gesammelt, seit 2004 werden sie von amerikanischen Fachleuten erneut gesichtet. „Das wird das Rückgrat der afghanischen Wirtschaft werden“, sagte Jalil Jumriany, Berater des afghanischen Bergbauministers.

Nächstes Ziel: das Ferghana-Tal

Um es jedoch dahin zu bringen, muß der Krieg beendet werden und das von den Briten gesteuerte Opiumgeschäft muß aufhören. Wenn beides weitergeht, werden bald auch die zentralasiatischen Nationen, die an China und Rußland grenzen, mit hineingezogen. Die Unruhen in Süd-Kirgistan im Juni waren praktisch die Eröffnungsfanfare der Drogenmafia und ihrer Kollaborateure. Das Ziel ist die Entfesselung eines langen Krieges im Ferghana-Tal, in den Usbekistan, Tadschikistan und besonders Kirgistan verwickelt werden, und eine Afghanistan vergleichbare Opiumschwemme in diesen Nationen. Im Ferghana-Tal werden bereits hunderte von Tonnen Opium produziert, außerdem ist es ein wichtiges Durchgangsgebiet für das afghanische Heroin auf dem Weg nach Rußland.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurde das Ferghana-Tal zwischen drei Ländern geteilt, und es folgten Unstimmigkeiten zwischen den Staaten, die jeweils einen Teil bekamen. Das Tal ist das fruchtbarste Gebiet mit reichlich Wasser in dem ansonsten wasserarmen Zentralasien. Der Streit zwischen den Nationen über den Besitz des Tales

rief ausländische NGOs auf den Plan. So besteht seit mindestens zehn Jahren ein Ferghana-Tal-Projekt des Förderers der Drogenlegalisierung George Soros.

Die Soros Foundation befaßt sich mit „der Unterstützung und Entwicklung der sozio-ökonomischen Infrastruktur“ der Gebiete um Osch und Dschalalabad, wo es im Juni zu gewalttätigen Ausschreitungen kam. 2005 gab es Berichte, daß Soros' Open Society Foundation die jetzt hinfällige Tulpenrevolution in Kirgistan finanziell unterstützte. Soros' Stiftung, die die Legalisierung der Opiumproduktion fördert, „um die finanziellen Probleme der Bauern zu erleichtern“ zog offensichtlich gegenüber der Mafia den kürzeren. Man könnte aber auch fragen: Wurde die Tulpenrevolution organisiert, um Südkirgistan der Drogenmafia zu übergeben? Falls das die Absicht war, dann muß man heute feststellen, daß sie ihr Ziel im wesentlichen erreicht hat.

Zusätzlich wurde eine Allianz zwischen der Drogenmafia und britischen Kräften geschmiedet. Chef der Drogenmafia ist Maxim Bakijew, jüngerer Sohn des vertriebenen Präsidenten Kurmanbek Bakijew. Maxim ist auch Besitzer eines britischen Fußballvereins, dem Blackpool Football Club, dem wie etlichen anderen britischen Vereinen Verbindungen zu Drogengeldern nachgesagt werden. Maxim Bakijew suchte in Großbritannien um Asyl nach und wird jetzt von britischen Grenzschutztruppen geschützt.

Unter den gegenwärtigen Umständen werden alle negativen Kräfte stärker. Die Rekordmengen von Opium und Heroin aus Afghanistan stärken nicht nur die Drogenmafia, die Banker und weitere mit diesem Geschäft verbundene Kreise, sondern auch die von Hizb ut-Tahrir repräsentierten islamischen Fundamentalisten, die ihr Hauptquartier in Großbritannien haben.

LaRouche und das Schattenkabinett für die Zeit nach Obama

Der amerikanische Ökonom und Staatsmann Lyndon LaRouche machte am 6. Juli zu Beginn der Internet-Fernsehsendung *Weekly Report* des LaRouche-Aktionskomitees (LPAC) eine Ankündigung, die seine konkrete Rolle für den Wiederaufbau der USA in der Zeit nach Obama verdeutlicht. LaRouche verwies auf seinen Dialog mit führenden US-Ökonomen sowie Vertretern aus China, Rußland und Indien am 29. April (siehe www.solidaritaet.com). Das von ihm in dieser Veranstaltung skizzierte Programm bilde die Grundlage einer Vereinbarung, die sofort greifen werde, wenn US-Präsident Barack Obama auf verfassungsgemäße Art und Weise aus dem Amt entfernt sei.

„Diese besondere Veranstaltung hat sich als eine der wichtigsten strategischen Entwicklungen der jüngsten Zeit erwiesen, weil sie nicht nur für diese [anwesenden] Personen, sondern für Institutionen allgemein ein Muster gesetzt hat, was folgen würde, wenn Präsident Obama rechtzeitig abgesetzt wird oder abdankt. Unter diesen Bedingungen, die mir gut bekannt sind, würde ich in einer Regierung nach Obama eine Schlüsselrolle spielen - nicht als Regierungsmitglied, sondern als Berater mit vielfältigen Verbindungen, bei dem viele Fäden zusammenlaufen, um Rat zu geben, wie wir die Welt aus diesem akuten Schlamassel herausholen.“

Das Gefährliche dabei ist: Wenn das nicht irgendwann zwischen Ende Juli und Ende September geschieht, werden die Vereinigten Staaten zerfallen. Westeuropa wird wahrscheinlich noch vor den Vereinigten Staaten zerfallen. Die ganze atlantische Region wird sich in Auflösung befinden. Und als Folge des fortgeschrittenen Zusammenbruchs der Weltwirtschaft im transatlantischen Bereich wird dann auch der transpazifische Bereich und die Region des Indischen Ozeans kollabieren. Das würde ein langes finsternes Zeitalter nach sich ziehen, nach dem wir wahrscheinlich statt [jetzt] 6,8 Milliarden weniger als 2 Milliarden Menschen auf diesem Planeten haben werden. Darauf läuft es hin.“

Während der einstündigen Sendung kam LaRouche wiederholt darauf zu sprechen, mit welchen Aufgaben man ihn betrauen werde, um eine erfolgreiche Erneuerung der Weltwirtschaft zu leiten - angefangen mit der Wiedereinführung von Glass-Steagall-Maßnahmen und dann der Ausgabe gro-

ßer Mengen staatlich abgesicherten Kredits für den Wiederaufbau der amerikanischen Realwirtschaft. Er führte aus:

„Wenn wir erst das ganze wertlose Geld ausgemerzt haben und uns an die Maßstäbe von Glass-Steagall halten, wird die Bundesregierung in der Lage sein, die Vergabe von Kredit zu autorisieren, mit dem wir eine Reihe von Programmen beginnen: Wir können Banken, die eigentlich bankrott sind, unter staatlichen Sanierungsschutz stellen; wir können diese Banken wieder solvent machen, indem wir ihnen treuhänderisch Bundesgelder leihen, damit sie ihre Geschäfte weiterbetreiben. Wir werden Richtlinien haben, wofür sie dieses Geld verwenden werden. Das wird hauptsächlich für Infrastrukturprojekte sein, die notwendig sind, um allgemein die Industrie und Landwirtschaft auf- und auszubauen. Das sollte die Priorität sein. Wir werden es [die Kredite] auch für andere notwendige Dinge verfügbar haben, um den wirtschaftlichen Aderlaß zu beenden.“

In diesem Zeitraum haben wir jetzt noch die Chance, die Vereinigten Staaten zu retten; und wenn wir die USA retten, kann ich dafür garantieren, daß Länder wie Rußland, China und Indien dabei unsere Partner sein werden. Wenn es rechtzeitig geschieht, rettet man auch Deutschland und Frankreich - der gegenwärtige französische Präsident ist jetzt in einer unsicheren Position, er könnte ausgetauscht werden -, und es gibt Kräfte in Italien, die dabei nützlich sein werden.“ Von Seiten Asiens würden sich Südkorea, Japan und andere Länder am Pazifik und am Indischen Ozean beteiligen wollen.

LaRouche weiter: „Mit dieser Kombination, verbunden mit bestimmten Ländern in Europa und mit den USA, haben wir die Voraussetzungen, um das System zu retten. Es ist unsere letzte Chance... Meine Rolle bei all dem wird nicht sein, Präsident zu werden - schließlich werde ich am 8. September 88 Jahre alt, und das ist für mich nicht mehr eine angemessene Berufsperspektive. Aber ich habe für diese Situation das Wissen, das anderen fehlt, und ich pflege eine Zusammenarbeit mit Leuten in verschiedenen Ländern, so daß ich mir sehr deutlich eine wahrscheinliche Kettenreaktion der Erholung vorstellen kann, sobald Obama aus dem Amt ist. Und ich habe eine ganz spezifische Rolle dabei zu spielen, die wirtschaftliche Seite dieser Erholung zu organisieren.“

III. LAROUCHES VIER MÄCHTE-ALLIANZ FÜR EURASISCHE ENTWICKLUNG

Den folgenden Aufsatz übermittelte Lyndon LaRouche als Grußbotschaft und Memorandum an die Konferenz „Internationales Forum über Drogenproduktion in Afghanistan: Eine Herausforderung für die internationale Gemeinschaft“, die vom 9.-10. Juni 2010 in Moskau stattfand. Sie wurde veranstaltet von der Nachrichtenagentur Nowosti, mit offizieller Unterstützung des russischen Präsidenten Dimitri Medwedjew. Leiter des Konferenzorganisationskomitees war Viktor P. Iwanow, Vorsitzender der russischen Drogenkontrollbehörde, der sich dafür einsetzt, eine internationale Koalition zur Bekämpfung des aus Afghanistan nach Rußland strömenden Heroins aufzubauen.

„Wenn wir Drogen tolerieren, werden wir als Kultur nicht überleben“

VON LYNDON H. LAROUCHE JR., 1. JUNI 2010

An Viktor P. Iwanow

Ich stimme vollkommen mit Ihrer erklärten Absicht überein, gezielte Sofortmaßnahmen zur Ausschaltung des Opiumanbaus und -schmuggels in und aus Afghanistan zu ergreifen.

Ich möchte betonen, daß ein solches Vorgehen wesentlich mehr ist als nur eine notwendige soziale Reform; es ist eine dringend erforderliche, unerbittliche Anstrengung, ein bestehendes, globales Übel auszumerzen, welches sowohl als solches wie auch in seiner breiteren strategischen Bedeutung ein zentrales Element anderer Faktoren ist, die bei den verschiedenen, gegenwärtig akuten Gefahren für die Zivilisation allgemein höchste Priorität haben.

Ich glaube, wir sind uns einig, daß die derzeitigen Kampfhandlungen in Afghanistan mittlerweile den weltweit längsten ständigen Kriegszustand der neueren Zeit darstellen. Der Opiumanbau und der damit verbundene Drogenhandel in dieser Region Asiens und darüber hinaus ist mit der Art und Weise, wie dieser anhaltende Krieg ursprünglich begonnen und bis zum heutigen Tage fortgeführt wurde, untrennbar verbunden.

Alle zivilisierten Länder, besonders die Nationen des asiatischen Kontinents, aber auch alle anderen führenden Nationen der Erde sollten die von der russischen Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen als Angelegenheit größter Dringlichkeit betrachten.

Diese einleitenden Bemerkungen mögen für den unmittelbaren Anlaß genügen, langfristig sind jedoch weitergehende Betrachtungen notwendig, wozu die folgenden Ausführungen dienen sollen.

Meines Erachtens müssen sich die angesprochenen Regierungen darauf einstellen, sich längerfristig mit entscheidend wichtigen, weiter zurückliegenden und umfassenderen weltstrategischen Aspekten der heutigen globalen Bedrohung für die gesamte Zivilisation zu beschäftigen, die gegenwärtig in Afghanistan zum Ausdruck gelangt.

Ich möchte diese tieferen, globalen Zusammenhänge wie folgt darstellen.

In den Monaten vor dem Attentat auf den amerikani-



*Lyndon LaRouche spricht beim
World Public Forum Dialogue of Civilizations*

schen Präsidenten John F. Kennedy hatten Kennedy und der US-Armeegeneral Douglas MacArthur in der Frage des Indochina-Konflikts eine klare Vereinbarung getroffen. Der Präsident und General MacArthur kamen überein, daß sich die USA jeglicher Anstrengungen für einen langen Kriegseinsatz auf dem asiatischen Kontinent enthalten sollten; sie und andere, die mit dieser Ansicht übereinstimmten, konnten den Vorstoß einer transatlantischen, anglo-amerikanischen, oligarchischen Fraktion für einen solchen Kriegsein-

satz aufhalten, solange Präsident Kennedy am Leben war, aber nicht wesentlich länger.

Von diesem zehn Jahre währenden Krieg haben sich die Vereinigten Staaten niemals erholt, weder realwirtschaftlich, noch was die moralischen Folgen für ihre Bürger angeht. Dieser Krieg hat die Wirtschaft und die öffentliche Moral der Vereinigten Staaten weitgehend ruiniert.

Diese von Präsident Kennedy abgelehnte Kriegspolitik war ursprünglich bereits am Tag nach dem Tod von Präsident Franklin D. Roosevelt in Gang gesetzt worden. Die radikale Wende von der antiimperialistischen Politik Franklin Roosevelts hin zu der von Churchill bestimmten gegenteiligen Politik Amerikas unter Präsident Harry Truman äußerte sich darin, daß Truman Churchill half, den britischen, holländischen und französischen Imperialismus der Vorkriegszeit wiederherzustellen, obwohl der gerade verstorbene Präsident Roosevelt beabsichtigt hatte, unmittelbar nach Kriegsende jeglichen territorialen Imperialismus abzuschaffen.

Der große Krieg der USA in Indochina, der nach Präsident Kennedys Ermordung entfesselt wurde, wurde praktisch zu einem Mittel der Vergeltung des Britischen Empires gegen die Vereinigten Staaten. London wollte sich so für die erklärte Absicht Präsident Franklin Roosevelts rächen, nach dem Krieg die imperialen Systeme, wie das britische, rasch abzuschaffen, sobald die Kriegshandlungen eingestellt wären.

Diese Tatsachen müssen uns daran erinnern, daß die kontinentaleuropäischen Länder, Rußland eingeschlossen, bis auf den heutigen Tag wiederholt ähnlich ruinöse Erfahrungen mit dem gemacht haben, was die Briten verschlagen „auswärtige Beziehungen“ zwischen den Nationen nennen - ich beschreibe es wie folgt.

Zwischen 1492 und 1648 tobte in Europa ein langer Religionskrieg. Es folgte der sogenannte Siebenjährige Krieg, auf dessen Pariser Friedenskonferenz von 1763 das neu entstandene Britische Empire des Lord Shelburne über nahezu alle Nationen des europäischen Kontinents triumphierte. Später folgten die imperialen Kriege Napoleon Bonapartes, die im Grunde ein neuer „Siebenjähriger Krieg“ waren, der das Britische Weltreich wie zuvor bei der Pariser Friedenskonferenz auf Kosten der betrogenen Nationen Kontinentaleuropas immens stärkte.

Später warnte der gerade entlassene Reichskanzler Bismarck einsichtsvoll, die britische Monarchie verfolge Pläne für „einen neuen Siebenjährigen Krieg“, daraus wurde dann der Weltkrieg in Europa und Asien der Jahre 1895-1917/18. Anschließend wurde der Große Krieg [die russische Bezeichnung des 2. Weltkriegs] von 1939-45 in Gang gesetzt, nachdem die Briten das Hitler-Regime zunächst unterstützten. Praktisch sofort bei Kriegsende schlossen sich Großbritanniens Premierminister Winston Churchill und sein Bewunderer und Komplize, US-Präsident Harry S Truman, mit dem bössartigen Bertrand Russell zusammen, um den Kalten Krieg der Jahre 1946-1989 anzuzetteln - ein weiteres, jüngeres Beispiel für den gleichen strategischen Irrsinn „langer Kriege“ in der Tradition des „neuen Siebenjährigen Krieges“, auf den sich der entlassene Kanzler Bismarck bezogen hatte. Der lange Krieg, der heute in den Schlafmohnfeldern Afghanistans gekämpft wird, stellt einen weiteren Fall von Irrsinn der kaum zurechnungsfähigen Nachkriegsmächte dar.

Die anhaltenden Kriege im sogenannten „Nahen Osten“ unter den als Sykes-Picot-Vertrag bekanntgewordenen britisch-imperialen Manipulationen vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis zum heutigen Tage mündeten jetzt in

die neue Runde anglo-amerikanischer Machenschaften in Afghanistan. Dieser noch andauernde Krieg ist im wesentlichen als Fortsetzung einer sehr alten, törichten Praxis langer, verzehrender Kriege zu betrachten, wie etwa des Prozesses, der zum Untergang des Achämenidenreichs führte, später zum Untergang des antiken Rom, des antiken Byzanz und des Osmanischen Reichs, und dann den beiden „Großen“ Kriegen, einschließlich des britisch-japanischen Pakts, den der damalige Prinz von Wales, Albert Edward, nicht nur gegen China, Korea und Rußland schloß, sondern der Teil des Gesamtprozesses war, der sich als langer Krieg in der Pazifikregion über den ganzen Zeitraum von 1895 bis 1945 hinzog. Damit verbunden begannen die Briten mit Hilfe von Churchills Wallstreet-Marionette, US-Präsident Harry Truman, ihre subversiven Operationen gegen die Vereinigten Staaten der Zeit nach 1941-45.

Man muß hier daran erinnern, daß Großbritannien und Japan den Plan für den japanischen Angriff auf den amerikanischen Marine-Stützpunkt Pearl Harbor vom 7. Dezember 1941 ursprünglich schon bei den Verhandlungen über die Marinestärken Anfang der zwanziger Jahre vorbereitet hatten. Die massive japanische Aufrüstung für den Angriff auf Pearl Harbor im Dezember 1941 lief bereits während des gesamten Zeitraums seit diesen Verhandlungen Anfang der zwanziger Jahre.

Als Punkt von Bedeutung für die akute globalstrategische Lage bei der Beschäftigung mit den Folgen der afghanischen Opiumproduktion ist anzumerken, daß die Geschichte des „neuen Weltkriegs“ von 1939-45 folgenden außergewöhnlichen Aspekt hatte. Entscheidend für das Verständnis dieses Abschnitts der Weltgeschichte ist, daß im Zuge der Ermordung Präsident William McKinleys zwar die britischen Marionettenpräsidenten Theodore Roosevelt und Woodrow Wilson (ein Ku-Klux-Klan-Fanatiker) sowie später Calvin Coolidge und Herbert Hoover an die Macht kamen, daß aber mit der Wahl Präsident Franklin Roosevelts die patriotische amerikanische Opposition gegen den britischen Imperialismus in den Vereinigten Staaten zurück an die Macht gelangte.

Dieselbe britische Monarchie, die unter Prinz Albert Edward (dem späteren König Edward VII.) den später so genannten „Ersten Weltkrieg“ eingefädelt hatte, baute Hitler auf und steuerte ihn, in der ursprünglichen Absicht, daß Deutschland und die Sowjetunion sich in einem langen, verheerenden Krieg gegenseitig vernichten sollten.

Aber aufgrund der Rolle von Franklin Roosevelt als Präsident erfuhren diese britischen Pläne eine wichtige Änderung, nachdem die profaschistische Regierung in Frankreich eine Absprache mit dem Hitler-Regime traf, welche den relativ schwächeren deutschen Truppen 1940 den Sieg über die relativ überlegene anglo-französisch-belgische Streitmacht ermöglichte. Diese Entwicklung führte dazu, daß Winston Churchill sich in einem dramatischen Hilferuf an US-Präsident Franklin Roosevelt wenden mußte und damit das britisch-japanische Bündnis hinfällig wurde.

Japan, das bis dahin sowohl mit der britischen Monarchie als auch mit dem Hitler-Regime verbündet war, hielt weiter an dem seit langem vorbereiteten Ziel fest, den amerikanischen Einfluß im Pazifik auszuschalten. Nachdem sich Churchill an die USA um Hilfe für das im Grunde bereits geschlagene Großbritannien gewendet hatte, betrachtete Japan seinen bisherigen britischen Verbündeten nun als Gegner in dem beabsichtigten Krieg gegen die USA.

Betrachtet man heute die Entwicklungen seit August 1945,

muß ein weiterer, neuer globaler strategischer Faktor bei der Führung „langer, verzehrender Kriege“ berücksichtigt werden.

Die britische imperiale Tradition der langen Kriege und des Drogenhandels seit Lord Shelburnes Britischer Ostindien-Gesellschaft ist zwar bis heute ein ausgeprägtes, oligarchisches Merkmal des Empire geblieben, doch die objektiven strategischen Voraussetzungen für die Führung solcher imperialen Kriege haben sich tiefgreifend, qualitativ verändert. Es ist zu einer entscheidenden Realität geworden, daß sich unter den durch Kernwaffen definierten Bedingungen kein umfassender imperialer Krieg mehr erfolgreich führen läßt.

Schauen wir auf den Moment des Todes von Präsident Franklin Roosevelt zurück; bedenken wir die Tatsachen, die

uns heute eine Warnung sein sollten, daß die vermeintlichen wirtschaftlichen und strategischen Grundsätze strategischer Konflikte - vom Peloponnesischen Krieg bis zum heutigen Tage - auf tief verwurzelten, strategischen Annahmen beruht haben, von denen man heute feststellen muß, daß sie in mancher Hinsicht absurd sind. Halten die Regierungen und andere führende Kreise an diesen bisher verbreiteten Annahmen fest, könnte sich dies schon bald für die gesamte Zivilisation als fatal erweisen.

Die Besonderheiten der weltweiten Drogenkriege, bei denen derzeit die Mohnfelder Afghanistans strategisch im Mittelpunkt stehen, sind in diesem historischen Rahmen zu beurteilen.

LaRouche im Dialog mit Rußland und Indien: Eine Presse-Auswahl

Das monatlich erscheinende russische Magazin *WWP* bringt in seiner jüngsten Ausgabe einen Artikel mit dem Titel „Endspiel für die Finanz-Globalisierung“ (Quelle: www.bueso.de, 17.7.2010). Der Autor *Alexej Perochinij* beginnt den Artikel mit einem Zitat aus einer Rede, die Lyndon LaRouche in der Duma am 6. Juni 1995 gehalten hatte: „Besonders seit 1987, mit der so genannten Derivatspekulation, ist die Wachstumsrate von Finanztiteln, die reine Spekulation sind, drei mal größer als das Sozialprodukt der ganzen Weltwirtschaft. Wenn Sie sich mal das Wachstum dieser Finanztitel betrachten, sehen sie ein hyperbolisches Wachstum. Wenn man sich das dann im Verhältnis zur physischen Produktion pro Kopf anschaut, ist es noch schlimmer. Wenn man so etwas in einem physikalischen Prozeß sieht, würde man sagen: Hier ist eine Diskontinuität, eine Singularität, wir sind am Ende des Systems.“

Im weiteren Verlauf des Artikels zieht Perochinij den Vergleich zwischen der jetzigen Krise und dem wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenbruch im 14. Jahrhundert. „LaRouche hat in der Vergangenheit immer wieder betont, daß das, was wir zur Zeit erleben, weder eine Rezession noch eine Depression sei, sondern daß wir mit einer Zusammenbruchskrise konfrontiert sind, die nur mit dem wirtschaftlichen und zivilisatorischen Zusammenbruch in der Mitte des 14. Jahrhunderts vergleichbar ist.“

Das Magazin zirkuliert mit einer Auflage von 20.000 Exemplaren vor allem in Regierungs- und Parlamentarierkreisen. Der Name *WWP* bezeichnet die russische Abkürzung für Bruttoinlandsprodukt (BIP), kann aber auch als die Initialen von Wladimir (Wladimirowitsch) Putin gelesen werden.

Am 9. Juni veröffentlichte die prominente russische Wochenzeitung *Zavtra* ein Interview mit Lyndon LaRouche. Es erschien unter dem Titel: „Lyndon LaRouche: die räuberischen Handlanger des Systems - der bekannte amerikanische Antiglobalist beantwortet Zavtras Fragen“. Alexander Nagorny, stellv. Chefredakteur, führte das Gespräch. LaRouche ging darin auf den völligen systemischen Bankrott des britischen Finanzempire ein, das seit der endgültigen Zerstörung des Betton-Woods Systems 1971 die Welt dominiert hat, sowie auf die Rolle der Inter-Alpha-Banken-Gruppe. LaRouche stellt dem das Potential eines Vier-Mächte-Abkommens zwischen den

USA, Rußland, China und Indien dar. Besonders betonte er die führende Rolle Russlands unter den „natürlichen Partnern“ „seiner“ USA, wozu LaRouche die Bush's und Obamas ausdrücklich nicht einbezieht.

Die englische Ausgabe der russischen *Pravda* gab am 13. Mai die Pressemitteilung des LaRouche Political Action Committee (LPAC) zur Glass-Steagall-Auseinsetzung in den USA in voller Länge wieder. Unter der Überschrift: „Obama will Glass-Steagall verhindern und befördert gleichzeitig Weimarer Hyperinflation“ fasst die Zeitung den Inhalt folgendermaßen zusammen: „Lyndon LaRouche hat heute das Weiße Haus und das Finanzministerium massiv angegriffen, da sie eine üble Kampagne führten, um das Glass-Steagall-Amendment zu Fall zu bringen, das die Senatoren Maria Cantwell (D-Wash.) und John McCain (R-Ariz.) eingebracht haben. Gleichzeitig boxen sie eine „Super-TARP“-Finanzrettungsaktion Europas auf Kosten der amerikanischen Steuerzahler durch.“

In russischer Sprache finden die Presseerklärungen des LaRouche Political Action Committees (www.larouchepac.com) weite Verbreitung im Internet, so z.B. auf der russischen Anti-Globalisierungswebseite sowie auf der Webseite der ukrainischen sozialistischen Politikerin Natalia Vitrenko, die über die Glass-Steagall-Auseinandersetzung berichtet. In seiner Frühjahrsausgabe veröffentlichte auch das serbische Magazin „*Geopolitika*“ einen ausführlichen Artikel über Lyndon LaRouches Wirtschaftskonzept und seine Analysen.

Und ein bekannter früherer indischer Botschafter, K. Gajendra Singh, schrieb einen ausführlichen Artikel über die europäische Schuldenkrise, in der er an hervorgehobener Stelle aus einer Erklärung Lyndon LaRouches vom 10. Mai zitiert, in der diese die britische Finanzempirefraktion für den erneuten Weimarer Hyperinflationspolitik verantwortlich machte und die sofortige Einführung von Glass Steagall zur Rettung der europäischen Volkswirtschaften wie auch der USA selbst gefordert hatte. Der Artikel wurde auf der Internetseite der Gruppe *Media with Conscience* (Medien mit Gewissen), www.mwcnews.net, veröffentlicht und erscheint beim Google News Alert über Glass-Steagall an prominenter Stelle. Zu den regelmäßigen Autoren der Internetseite gehören u.a. Francis Boyle, Greg Palast und Uri Avnery.

Was läuft falsch in der Ökonomie?

Wie der Historiker im US-Außenministerium Herbert Feis dargestellt hat, war Rosa Luxemburg die bemerkenswerteste Persönlichkeit ihrer Zeit, die im Gegensatz zu ihren britisch-imperialen oder sozialistischen Zeitgenossen ein kompetentes, realwirtschaftliches Verständnis des modernen europäischen Imperialismus hatte, statt sich fälschlich auf finanzielle Maßstäbe zu stützen.

Der große Fehler der meisten angeblichen Ökonomen und ähnlicher Fachleute von heute wurzelt im Einfluß der irrationalen Lehre des Begründers des neuzeitlichen europäischen Liberalismus, Paolo Sarpi. Allerdings war Sarpis Dogma, das des neuzeitlichen britischen Liberalismus, lediglich ein skurriler Ersatz für das noch ältere Dogma, das man gewöhnlich mit dem aristotelischen Erbe verbindet.

Für die heutige Zeit ist der Punkt hervorzuheben, daß die entscheidende Funktion der Realwirtschaft im naturwissenschaftlichen Sinne keine Übereinstimmung mit dem Geldwertsystem des neuzeitlichen Sarpischen Liberalismus hat, wie er sich etwa bei Lord Shelburnes Britischer Ostindiengesellschaft und Shelburnes Laufburschen Adam Smith ausdrückt.

Das heißt insbesondere: der entscheidende physische Faktor für das Wachsen oder Schrumpfen einer modernen Volkswirtschaft liegt in dem implizit meßbaren Anstieg oder letztendlichem Stillstand oder Rückgang der physisch-produktiven Arbeitskraft pro Kopf und pro Quadratkilometer.

Seit der langen Vorherrschaft des delphischen Apollo-Kultes beim Aufstieg der um das Mittelmeer konzentrierten europäischen Kultur bis zur Zeit des Hohepriesters Plutarch sind Geldwerte nicht an meßbare realwirtschaftliche Werte pro Kopf und pro Quadratkilometer, sondern an das Äquivalent von Preisen im Seehandel gebunden.

Die notwendige realwirtschaftliche, d.h. naturwissenschaftliche Bewertung einer Volkswirtschaft heute hängt mit dem relativen Zuwachs realer Steigerungen der potentiellen relativen Bevölkerungsdichte pro Kopf und pro Quadratkilometer zusammen. Diese Bemessung ist begrenzt durch die zunehmende Erschöpfung der verwendeten Rohstoffe einerseits und durch Produktivitätssteigerungen infolge des wissenschaftlich-technischen Fortschritts andererseits, welcher sich in der relativen Energieflußdichte von Kraftquellen in der Produktion und dem Umfeld an grundlegender wirtschaftlicher Infrastruktur ausdrückt.

Die Vorstellung moderner Volkswirtschaften im Rahmen des vorherrschenden Einflusses der europäischen Zivilisation seit der Renaissance des 15. Jahrhunderts, wie sie vor allem bei den Nachfolgern der Begründer der modernen europäischen Wissenschaft und Wirtschaft wie Filippo Brunelleschi und Nikolaus von Kues zum Ausdruck gelangt, ist als langfristiger Maßstab für die modernen europäischen und transatlantischen Volkswirtschaften am besten geeignet. Der beste Ansatz zum Verständnis der physischen Prinzipien hinter einem wirklich kompetenten Studium der Ökonomie muß heute auf die Bedeutung der Arbeiten W.I. Wernadskijs für die Wirtschaft zurückgeführt werden.

Im heutigen „Raumfahrt-Zeitalter“ ist es vor allem erforderlich, die Frage der Realwirtschaft in den Kontext gegenwärtiger Grenzbereiche der Weltraumforschung zu stellen. So muß man beispielsweise künftige Reisen menschlicher Raumfahrer zwischen Erde und Mars nicht in einen fiktiven leeren Raum, sondern in das Umfeld der kosmischen Strahlung einordnen; gleichzeitig muß man in den Elementen

des von Dmitrij Mendelejew eingeführten Periodensystems entsprechende Singularitäten kosmischer Strahlung sehen, und nicht bloß Teilchen im Sinne der fanatisch reduktionistischen und positivistischen Ideologen von Bertrand Russells Schule der sog. „Systemanalyse“.

Seit den erfolgreichen Reformen von US-Präsident Franklin D. Roosevelt in seiner Amtszeit zwischen 1933 und 1945 ist eine wirksame Wirtschaftspolitik immer im Zusammenhang mit dem von Roosevelt eingeführten Glass-Steagall-Gesetz für den Bankensektor und dem Ziel eines globalen Systems fester Wechselkurse zwischen den Währungen souveräner Nationalstaaten zu betrachten.

Vor diesem wissenschaftlichen Hintergrund liefern die Arbeiten von Rosa Luxemburg und Herbert Feis über den Imperialismus uns noch heute den Schlüssel zur Überwindung der Folgen des neuzeitlichen europäischen Imperialismus, insbesondere der britischen Variante, die die gesamte Welt beherrscht. Seit dem Pariser Frieden von 1763, mit dem Lord Shelburnes Britische Ostindiengesellschaft praktisch zum Weltreich wurde, war diese imperiale Sichtweise abgesehen von kurzen Zwischenzeiten bis heute, wenn diese Zeilen geschrieben werden, immer mehr oder weniger vorherrschend, heute beispielsweise über die inzwischen nicht mehr lebensfähige britisch-imperiale Inter-Alpha-Bankengruppe.

Die immer schwierigere, elende Lage der Bevölkerung im heutigen Großbritannien ist ein Beleg dafür, daß der europäische Imperialismus in allen seinen Formen seinem Wesen nach niemals eine Angelegenheit von Volkswirtschaft war, sondern stets das Nebenprodukt eines supranationalen Wirtschaftssystems, das auf der Macht einer supranationalen, monetaristischen Oligarchie beruht.

Ein solches System beherrscht Europa seit der Zeit der venezianischen Finanzoligarchie um 1000 n.Chr., die u.a. das „neue finstere Zeitalter“ des 14. Jahrhunderts in Gang setzte. Heute droht der ganzen Welt, allem voran ihrem transatlantischen Teil, wieder ein Sturz in den Abgrund eines finsternen Zeitalters, womit auch der Rest des Planeten einen Weg in eine Hölle auf Erden anträte.

Die gegenwärtige Weltgeschichte

Die transatlantische Welt treibt auf eine allgemeine Katastrophe zu, die, wenn sie nicht sofort durch geeignete Reformen abgewendet wird, sehr bald alle Nationen und Völker des Planeten in das finsterste aller finsternen Zeitalter stürzen wird, das wir aus der bisherigen Zivilisationsgeschichte kennen.

In den Jahrtausenden europäischer Geschichte seit dem Peloponnesischen Krieg drohte immer wieder die Gefahr neuer „finsterner Zeitalter“ – anchmal nur in begrenzten Teilen des Planeten, manchmal, wie auch heute wieder, als Bedrohung für die Nationen und Völker des gesamten Planeten.

Ein Hauptkennzeichen der meist oligarchisch geprägten Gesellschaften in der bekannten Geschichte der europäischen Zivilisation ist insbesondere seit den antiken Kulturen an den Küsten des Mittelmeers die Politik, die der große Dramatiker Aischylos beispielhaft in den überlieferten Teilen seiner Prometheus-Trilogie beschrieben hat. Die wichtigste Aussage dieser Trilogie war der Angriff auf die maritime Oligarchie der Olympier, die den unterworfenen, versklavten Klassen das Wissen um den Gebrauch des Feuers untersagte.

Das Ironische einer solchen „Klassengesellschaft“ ist, daß der wesentliche Unterschied zwischen Menschen und Affen gerade darin liegt, daß der Menschen bewußt das Feuer

nutzt - oder, wie wir es heute ausdrücken, daß die vom Menschen genutzte relative Energieflußdichte pro Kopf und pro Quadratkilometer in Sprüngen ansteigt.

So wie unter der legendären - vielleicht auch gar nicht nur legendären - Herrschaft des Zeus wird heute der Fortschritt bei Anwendungen mit immer höherer Energieflußdichte pro Kopf und Quadratkilometer unterdrückt, insbesondere in der wirtschaftlichen Grundinfrastruktur, d.h. steigender Energieflußdichte in Stromversorgung, Wasserversorgung und Verkehr. Dieser Fortschritt ist jedoch die wesentliche Voraussetzung, um lange Perioden barbarischer Lebensbedingungen für den größten Teil der Menschheit zu verhindern, und der entscheidende Schutz vor Zusammenbruchsrisiken wie derjenigen, die das britisch dominierte, imperiale Weltsystem seit den sechziger Jahren herbeigeführt hat und die derzeit den gesamten Planeten mit zunehmender Geschwindigkeit in die Fänge eines neuen finsternen Zeitalters zu treiben droht.

Zur Veranschaulichung betrachte man die verheerenden Folgen der Politik der britischen Marionettenregierung in den USA unter einem Barack Obama, dessen baldiger Sturz wegen des wachsenden Drucks einer mißhandelten und wütenden amerikanischen Bevölkerung immer wahrscheinlicher wird. Dieses Schauspiel ist vor dem Hintergrund eines wiederauflebenden britisch-imperialen Opiumkrieges gegen die Menschheit zu betrachten, für den die Tatsache beispielhaft ist, daß ein britischer Marionettenpräsident Obama in den USA sich hinter den britischen Opiumhandel aus einer britisch besetzten Region in Afghanistan stellt und nicht will, daß die US-Truppen in Afghanistan, die er in den Treibsand eines sinnlosen „Landkriegs in Asien“ schickt, diesen Handel stören.

Man denke an die Opiumkriege, die Lord Palmerstons Handlanger gegen China führten - dieser Opiumhandel, den die Britische Ostindiengesellschaft im letzten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts begann, dauert bis heute an. Insofern ist die britische Königin heute faktisch die führende, offizielle und imperiale „Drogenkönigin“ der Welt. Man denke nur an

die Folgen, die der britische Drogenhandel für die Nation und Bevölkerung Chinas im 19. Jahrhundert und seither bis heute gehabt hat. Man denke an ähnliche Folgen für die Völker anderer nationaler Kulturen, wie wir sie jetzt sehen.

Betrachten wir drei wesentliche Faktoren, welche die Folgen des britischen Imperialismus für die heutige Welt insgesamt definieren:

Erstens, die Beherrschung der Bevölkerung durch verschiedene Formen von Verdummung und Zerstörung des geistigen Potentials von Individuen und Kulturen, wie es sich im Fortschritt der geistigen und physischen Lebensbedingungen der Bevölkerung durch Wissenschaft und klassische Kunst äußert. Dem entgegengesetzt:

Zweitens, die Zunahme der Arbeitsproduktivkräfte mittels steigender Intensität des Realkapitals der grundlegenden Wirtschaftsinfrastruktur etwa zur Versorgung mit Wasser, Strom und weltweiten Transportmitteln für Menschen und Güter.

Drittens, die Steigerung der individuellen Geisteskräfte, die eine intensive Förderung des Fortschritts in Wissenschaft und klassischer Kultur ermöglichen.

In letzter Zeit war der dramatischste Ausdruck dieses dreifachen kulturellen Krieges, den die herrschenden Mächte unbarmherzig gegen Nationen und ihre Bevölkerungen führen, Präsident Obamas typisch britischer Vorstoß zur völligen Aufgabe der bemannten Erforschung des nahen Weltraums.

Die Rolle der „Geheimwirtschaft“

Der Grund, warum die meisten Vorstellungen über praktische Ökonomie scheitern, liegt im Unterschied zwischen jenen geistigen Funktionen von Individuen und Gesellschaft, die gewöhnlich Gegenstände der Sinneswahrnehmung sind, und jenen höheren Funktionen von Naturwissenschaft und klassisch-künstlerischer Komposition, die zwar von ihrem Wesen her ebenfalls experimentell sind, aber jenseits der Sphäre bloßer Sinneswahrnehmung als solcher liegen.

So schwer es vielen auch heute noch fallen mag, die kre-

Afghanische Abgeordnete: britische Truppen bildeten Experten für Opiumanbau in Helmand aus

Die afghanische Parlamentsabgeordnete Nasimeh Niazi erklärte am 20.4.2010 gegenüber der iranischen *Fars News Agency* (FNA), ausländische Streitkräfte, die in Afghanistan eingesetzt wurden, seien an Produktion und Handel von verbotenen Drogen im Land beteiligt gewesen. Die britischen Soldaten hätten sogar „Opium-Experten“ ausgebildet.

Großbritannien hat seit Anfang 2006 rund 7000 Soldaten in der Provinz Helmand im Einsatz. In Helmand, wo das meiste afghanische Opium produziert wird, konnte man seit 2006 ein gewaltiges Wachstum der Opium-Produktion registrieren. Im Jahr 2007 erreichte es einen Stand von 4.400 Tonnen, was fast dem gesamten Jahreskonsum weltweit entspricht. Aufgrund der britischen Forschung sei die Produktivität pro Hektar enorm gewachsen.

Frau Niazi betonte auch, die Provinz Helmand im Südwesten von Afghanistan sei umgewandelt worden in ein

profitables Zentrum, mit dem ausländische Nationen sich einen Fonds geschaffen hätten, um die Kosten ihres Einsatzes zu decken. Es gebe nun massenhaft Heroinlaboratorien in Helmand, die vor der Invasion 2001 nicht existierten, und diese arbeiteten nun ganz offen.

Sie wies auch darauf hin, daß mit der ausländischen „Experten-Hilfe“ die Verarbeitung von Opium in Heroin in Afghanistan um fast 30 % gestiegen ist. Bei ihrer letzten Reise in die Provinz Helmand sei ihr aufgefallen, daß ausländische Militärs „vortäuschten“, sie würden Schlafmohn-Farmen vernichten. Niazi: „Ich merkte jedoch, daß sie in Wirklichkeit nur einige kleine Farmen vernichteten, deren Eigentümer arme Bauern waren, die keine Macht hatten und ein oder zwei Hektar mit Schlafmohn bepflanzt hatten“, um zu überleben. Größere Opiumfelder von mehreren Hektar, deren „Besitzer mit den ausländischen Kräften und der Regierung zusammenarbeiteten, wurden grundsätzlich nicht zerstört“.

ativen Funktionen des menschlichen Geistes von gewöhnlichen Sinneswahrnehmungen zu unterscheiden, es bleibt eine unverrückbare Tatsache, daß gültige Entdeckungen grundlegender Prinzipien in der Naturwissenschaft wie in der klassischen Kunst den eigentlichen funktionellen Unterschied zwischen Menschen und Tieren ausmachen. Das zeigt sich in diesen Bereichen am deutlichsten im anhaltenden, erschreckenden Versagen der positivistischen Mathematik, im Gegensatz zu den Riemannschen Methoden, die Physiker/Chemiker wie Mendelejew, Max Planck, William Draper Harkins, W.I. Wernadskij und Albert Einstein oder auch die großen klassischen Komponisten von J.S. Bach bis Johannes Brahms verwendet haben.

Die sich daraus ergebenden praktischen Probleme lassen sich am besten anhand von Messungen realwirtschaftlicher Leistung verdeutlichen, indem man untersucht, in welcher Weise die wirtschaftliche Grundinfrastruktur in den transatlantischen Kulturen über die letzten Jahrhunderte relative Zugewinne und Verluste bestimmt hat. Ein gutes Beispiel ist die Rolle kreativen Erfindungsreichtums beim Aufbau von Binnenschiffahrtsnetzen aus Flüssen und Kanälen - etwa unter Karl dem Großen - oder später den transkontinentalen Eisenbahnnetzen, die für die Steigerung der Pro-Kopf-Arbeitsproduktivkraft ganzer Kulturen unverzichtbar waren. Die so erreichte Steigerung der Arbeitsproduktivkräfte pro Kopf und Quadratkilometer zeigt, wie sich die Menschen durch die Förderung der Wissenschaft und ähnlicher Formen individueller Kreativität grundsätzlich von den Tieren unterscheiden.

Gleichzeitig erleben wir die entgegengesetzte Wirkung von Opium und ähnlichen Formen der Abhängigkeit auf die wirtschaftliche Lebensfähigkeit von Nationen.

In den Vereinigten Staaten und in ganz Europa ist die qualitative Abnahme der Denkfähigkeit in der Bevölkerung insbesondere seit Ende der sechziger Jahre die wichtigste

Ursache des Einbruchs der Arbeitsproduktivkraft seit jener Wende, die mit dem Krieg der USA in Indochina und der sowjetischen Katastrophe in Afghanistan zusammenfiel. Daß es zu den kulturellen Katastrophen der letzten Jahrzehnte kommen konnte, zeigt uns, wie wichtig es ist, einen hohen moralischen Standard in der Bevölkerung zu erhalten, indem ein rascher Anstieg der Arbeitsproduktivkraft der nationalen Kulturen gefördert wird. Dies ist eine unbedingte Voraussetzung für eine Erholung des Planeten aus der Katastrophe, die jetzt die Zivilisation auf dem gesamten Planeten bedroht.

Die Tatsache, daß wir eine Drogenkultur tolerieren, ist tendenziell ein Merkmal dafür, daß wir als Völker zumindest zeitweise einen wesentlichen Teil unserer kulturellen Überlebensfähigkeit verloren haben.

Es ist notwendig, aber nicht hinreichend, schlechte kulturelle Einflüsse, wie die im Zusammenhang mit Drogenabhängigkeit, welche die geistigen und moralischen Kräfte der Menschen lähmt, nicht weiter zu tolerieren. Die souveränen Nationen müssen einen gemeinsamen Ausdruck und gemeinsame Ziele für das zukünftige Schicksal der Menschheit auf diesem Planeten und darüber hinaus finden.

Der Wille, solche gemeinsamen Ziele der ganzen Menschheit zu verfolgen - wie beispielsweise Präsident Roosevelts Absicht, den Planeten vom britischen und ähnlichem Imperialismus zu befreien -, muß zum gemeinsamen Band zwischen unterschiedlichen souveränen Staaten werden. Die Aussicht, daß die Menschheit im Laufe dieses Jahrhunderts die Hindernisse für eine Erforschung des Weltraums überwindet, sollte unser Ziel für diese Periode der Weltgeschichte werden.

Die Methoden und Ziele, die ich in meiner Schrift über die „Geheimwirtschaft“ zusammengefaßt habe - weg von den Torheiten eines Adam Smith und seinesgleichen -, weisen uns den Weg in diese Richtung.

LaRouche im Interview mit Zavtra:

Das imperiale System ist am Ende – Vier Mächte-Allianz jetzt!

Zavtra: Welche Reihenfolge des Zusammenbruchs ist momentan der wahrscheinlichste? Erst Europa, dann Asien und dann die USA? Oder würde es zuerst die USA, dann Europa und dann Asien treffen? Oder wird es eine Provokation im Nahen Osten geben und eine Unterdrückung der Krise durch administrative Maßnahmen?

LaRouche: Die Antwort auf diese Frage liegt im Bereich alternativer Sequenzen.

A. Wenn die USA jetzt die Glass-Steagall-Reform durchführt, wird der darauf folgende Zusammenbruch des britischen imperialen Systems die Nationen Europas, zum Beispiel Deutschland, in einen Block mit den USA zusammenbringen - unter Verträgen, welche die Reformen von Präsident Franklin Roosevelt, Glass-Steagall und die festen Wechselkurse des Bretton-Woods-Systems kombinieren. China wird zufrieden sein und für die Russen, die historisch ein natürlicher Verbündeter der US-Tradition von Franklin, Lincoln und Roosevelt sind, sollte das ein Gefühl der Erleichterung bringen.

B. Wenn die USA damit scheitern, in unmittelbarer Zukunft eine Rückkehr zum Glass-Steagall-Standard durch-

zuführen, wird das gesamte transatlantische System in eine Zusammenbruchphase stürzen. Das wird die russische Wirtschaft versenken, die bereits durch die Kontrolle der legendären karibischen Piraten ruiniert wurde, und dann China und Indien.

Zavtra: Was ist das wesentliche Ihres Programms und was ist der Kern des vorgeschlagenen Glass-Steagall-Plans?

LaRouche: Alles fiktive Kapital beseitigen, womit Hunderte von Billionen von nominellen US-Dollar-Verbindlichkeiten in den internationalen Märkten beseitigt werden, um somit eine solide, geschlossene Front von den Banken wiederherzustellen, die aus dem momentanen Wallstreet-System gerettet werden können. Das wird die USA befähigen, ein weitreichendes System von Kredit zu starten, welches dann, gemeinsam mit anderen Teilnehmern eines neuen Weltwirtschaftssystems, sofort eine beschleunigte Wachstumsrate globalen physischen Fortschritts im Laufe der zwei Generationen des kommenden halben Jahrhunderts in Gang setzen kann.

(Auszüge aus dem Interview mit Zavtra, 9.6.2010, www.bueso.de)

China, Rußland und Indien verstärken Zusammenarbeit bei der Drogenbekämpfung und der wirtschaftlichen Entwicklung Eurasiens

Am 12. März 2010 kamen China und Rußland überein, im Rahmen der Shanghai Cooperation Organization (SCO) ihre Anti-Drogen-Zusammenarbeit zu verstärken, um die Bevölkerung ihrer Länder und die soziale Stabilität zu schützen. Viktor Iwanow, Chef der russischen Drogenbehörde und der chinesische Botschafter in Rußland, Li Hui, die sich darüber einigten, forderten die internationale Gemeinschaft auf, die Drogenproduktion und -handel in Afghanistan zu stoppen.

Bei einer Pressekonferenz während des Chinesischen Volkskongresses bezeichnete der chinesische Außenminister Yang Jiechi die russisch-chinesischen Beziehungen als „Modell“ für die Beziehungen zwischen großen Nationen. Auch Alexander Lukin, Direktor des Zentrums für Ostasien und SCO Studien an der Moskauer Staatsuniversität für Internationale Beziehungen, pries die wachsende Kooperation zwischen China und Rußland, vor allem die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Chinas nordöstlichen Provinzen und dem Russischen Fernen Osten.

Entwicklung von Chinas Westen – strategische Bedeutung für Chinas Nachbarn

Währenddessen setzt die chinesische Regierung auf den massiven Ausbau der Infrastruktur in den westlichen Provinzen, womit wenigstens teilweise der Rückgang im Export durch die verstärkte Förderung der Binnenwirtschaft ausgeglichen werden soll. Die erfolgreiche Entwicklung dieser Region wird auch für die Nachbarstaaten von entscheidender Wichtigkeit sein. Ob Pakistan, Kirgistan, Tadschikistan, oder potentiell sogar das durch Krieg- und Drogen zerstörte Afghanistan - alle werden davon profitieren. Die Entwicklung des fernen Westens, speziell in Xinjiang ist von strategischer Bedeutung für Chinas Nachbarn in Zentral- und Südasiens.

Nach einer zweitägigen Sitzung der nationalen Entwicklungs- und Reformkommission unter Leitung von Präsident *Hu Jintao* und dem stellvertretenden Premierminister *Li Keqiang* am 5.-6. Juli in Beijing kündigte die Kommission an, daß man 686,6 Milliarden Yuan (etwa 100 Milliarden Dollar) beginnend in diesem Jahr investieren werde, um 23 neue Infrastrukturprojekte, einschließlich Eisenbahnen, Straßen, Flughäfen, Kohlebergwerke, Kernkraftwerke und Stromnetze im westlichen China zu bauen. Die Arbeit wird sich auf die Provinzen Xinjiang, Innere Mongolei, Tibet, Sichuan, und Yunnan konzentrieren. China startete das nationale Programm „Entwickelt den Westen“ im Jahre 2000. In der alten Seidenstraßenstadt Kashgar - jener Stadt, die am weitesten von jeder Küste entfernt liegt -- wird Chinas sechste Sonderwirtschaftszone, samt Transportknoten und Handelszentrum errichtet. Sechs neue Flughäfen, 3.600 km Schienenwege und über 7.000 km an neuen und erneuerten Straßen sollen bis 2020 gebaut werden. Das

Eisenbahnentwicklungsprogramm schließt den Bau von Strecken ein, die Xinjiang mit Pakistan, Usbekistan und Kirgistan verbinden. Dabei müssen einige der höchstgelegenen und ausgedehntesten Bergregionen dieser Erde überwunden werden. Der Bau der Karakorum-trasse, die Xinjiang mit Pakistan entlang des Karakorum-Highways verbinden soll, wird wahrscheinlich als erstes in Angriff genommen. Die pakistanische Presse berichtet, dass eine entsprechende Absichtserklärung während des gegenwärtigen Besuchs des pakistanischen Präsidenten Asif Ali Zardari in China unterzeichnet werden konnte. Machbarkeitsstudien für das Projekt wurden bereits vor einigen Jahren erstellt. (www.bueso.de, 9 Juli, 2010)

Indien und Rußland: gemeinsam gegen illegale Drogeninfrastruktur in Afghanistan

Auch Indien und Rußland haben ihre asiatisch-pazifische Kooperation ausgeweitet und legen den Schwerpunkt auf die Intensivierung ihrer strategischen Beziehungen „in der asiatisch-pazifischen Region“. Bereits am 7. 12.2009 unterzeichneten der russische Präsident Medwedew und der indische Premierminister Manmohan Singh eine entsprechende Erklärung im Rahmen des jährlichen Gipfeltreffens beider Nationen. Beide Länder erklärten, sie würden eng bei der Bekämpfung des Terrorismus zusammenarbeiten, besonders gegen die „illegale Drogeninfrastruktur in Afghanistan“.

Neben der bahnbrechenden Entscheidung zur verstärkten gemeinsamen zivilen Kernkraftentwicklung betonte die indische Presse die Bedeutung, die die russische Regierung der Erschließung der reichen russischen Ressourcen in Ost-Sibirien und dem russischen Fernen Osten zumißt. Ein unmittelbarer Schwerpunkt der russisch-indischen Zusammenarbeit liegt in der Entwicklung von Öl- und Gasvorkommen. Die gemeinsame Erklärung betonte die Wichtigkeit des Nationalstaates: „Der moderne Staat bleibt das Hauptinstrument, um das öffentliche Interesse in Übereinstimmung zu setzen mit der Sicherung der Rechte, Freiheiten und Interessen des einzelnen Bürgers. Er bleibt, inmitten der radikalen weltweiten Veränderungen, der Hauptbaustein internationaler Beziehungen.“ Beide Präsidenten bezogen sich auf die besonderen Beziehungen beider Länder seit der indischen Republikgründung 1947. Eine „effektive Antwort auf die kommenden regionalen und globalen Herausforderungen verlangt eine Stärkung der Strategischen Partnerschaft Indiens und Rußlands“.

Rußland sprach sich auch für eine Vollmitgliedschaft Indiens in der Shanghai Cooperation Organization (SCO) aus, die in der gemeinsamen Erklärung als außerordentlich wichtig gepriesen wird, denn sie umfasse auf einer großen Landmasse „kulturelle Vielheit, Kreativität und Ressourcen“.

IV. DOKUMENTATION:

RAUSCHGIFT, TERROR UND DAS EMPIRE

Gruppen wie die Taliban wurden durch massive finanzielle und organisatorische Unterstützung aus Saudi-Arabien und Großbritannien künstlich aufgebaut. (Auszüge eines Artikels von Ramtanu Maitra, auf deutsch zuerst in Neue Solidarität, 7.10.2009)

Das britisch-saudische Netzwerk hinter den Taliban

Die Taliban: ein Kunstprodukt

Nach der sowjetischen Invasion Afghanistans im Dezember 1979 tat sich die „freie Welt“ zusammen, um die Rote Armee zurückzudrängen und dem russischen Bären einen Schlag zu versetzen. Aus dem Westen und vom Golf floß viel Geld nach Afghanistan, um die Souveränität des Landes zu verteidigen, den Islam zu bewahren und die Kommunisten zu besiegen. Das lief über einen Zeitraum von zehn Jahren, in denen die westlichen Mächte eine sehr große Zahl von Mudschaheddin (religiöse Kämpfer) für und in Afghanistan bewaffneten und ausbildeten. Nach zehn Jahren zogen die Sowjets 1989 übel zugerichtet und gedemütigt aus Afghanistan ab. Anschließend fielen die verschiedenen vom Westen aufgebauten Mudschaheddin-Gruppen in einem Bürgerkrieg übereinander her, in dem Versuch, die Macht in Kabul zu erlangen.

Während der achtziger Jahre brachten die von den Saudis finanzierten radikalen Koranschulen (Madrasas) in Pakistan Tausende afghanische Fußtruppen für den von den USA und Saudi-Arabien finanzierten „Heiligen Krieg“ gegen die Sowjets hervor. Die Madrasas halfen auch, die auf Unabhängigkeit bedachten Paschtunen zum ersten Mal in der Geschichte enger an die pakistanische Zentralregierung zu binden. Das entschärfte die ständige akute Unsicherheit in Pakistan in Bezug auf Afghanistan und den umstrittenen Grenzverlauf zwischen beiden Ländern.

Es dauerte bis 1994, also fast 15 Jahre nach der sowjetischen Invasion, bis die Welt von einer aufsteigenden neuen Kraft namens „Taliban“ erfuhr. In Afghanistan selbst hatte es nie eine politisch-religiöse Gruppe dieses Namens gegeben, kein Afghane hatte vorher jemals von einer solchen Gruppe gehört.

Die Taliban wurden als Handlanger ausländischer Kräfte aufgebaut. Diese Kräfte waren im wesentlichen:

1. Saudi-Arabien, das eine größere Gruppe von Afghanen indoktrinierte, indem es die Einrichtung tausender Madrasas in Pakistan finanzierte;
2. der pakistanische Geheimdienst ISI (Inter-Services Intelligence), der im Auftrag der Regierung versuchte, über eine zwielfichtige Stellvertretergruppe die Kontrolle über Kabul zu erlangen; und
3. britische Geheimdienstkreise, die in den Taliban starke Verbündete britischer Interessen für das Ziel sahen, in Afghanistan und ganz Zentralasien die souveränen Nationalstaaten zu untergraben.

Washington verfolgte die Entwicklung meist wohlwollend und unterstützend aus der Distanz.

Klar gesagt: Die Taliban sind ein Kunstprodukt, das geschaffen wurde, um in der ganzen Region für Instabilität zu sorgen. Instabilität ist immer eine Voraussetzung für die Herrschaft von Imperien; wer mit der Geschichte des Britischen Empire im 18. und 19. Jahrhundert vertraut ist, erkennt diese Zusammenhänge ohne Mühe.

Pakistans ISI und Militär sorgten für die militärische Ausbildung dieser Gruppe islamischer Eiferer, die mit dem von den Saudis finanzierten Wahhabismus, einer ultrakonservativen Variante des sunnitischen Islam, indoktriniert waren. Ab 1994 gingen Pakistans Streitkräfte mit Hilfe dieser religiösen Eiferer gegen die kriegsmüden afghanischen Mudschaheddin vor. Mit der islamischen Flagge voran und der Schlagkraft der pakistanischen Soldaten überrannten die Taliban fast ganz Afghanistan.

Bis zum Jahr 2001, als die Vereinigten Staaten ihre Spezialeinheiten von Usbekistan aus einfliegen, hatte die Herrschaft der Taliban allerdings sehr an Stoßkraft verloren. Waren sie zunächst noch eine Einheit stiftende Kraft inmitten egoistischer, machthungriger Mudschaheddin-Führer gewesen, verloren die Taliban nach ihrer Machtergreifung schnell an Glaubwürdigkeit. Berichten zufolge unterstützten 2001 nicht mehr als 5% der Afghanen die Glaubenseiferer.

Als 2001 die US-Spezialeinheiten mit Unterstützung der sog. Nordallianz durch Afghanistan fegten und in nur sechs Wochen das ganze Land unter ihre Kontrolle brachten, stellte sich dann auch heraus, daß die Taliban nicht mehr in der Lage waren, ernsthaft dagegen zu kämpfen.

Aber obwohl die Regierung Bush es verheimlichte, sprach sich vor Ort bald herum, daß Washington der pakistanischen Regierung erlaubte, Tausende Kämpfer - afghanische Taliban, pakistanische Berater, Offiziere des ISI und der Armee, Al-Kaida-Freiwillige und Mitglieder der Islamischen Bewegung Usbekistans (IMU) - aus der nordafghanischen Stadt Kundus zu retten. Das erinnert sehr daran, wie Mitglieder der Familie Bin Laden wenige Stunden nach den Terrorattacken des 11. September aus den USA evakuiert wurden, obwohl für den gesamten Luftraum der USA Flugverbot galt.

Die geschlagenen Taliban und Al-Kaida waren nach Kundus geflohen, nachdem sie aus den Kämpfen überall im Norden Afghanistans als Verlierer hervorgegangen waren. Viele von ihnen kapitulierten. Doch dann geschah das Unerklärliche. Drei Tage lang waren pakistanische Militärflugzeuge in pausenlosem Einsatz, um über den noch von den Taliban kontrollierten Flugplatz von Kundus sämtliche führenden

Leute auszufliegen. Alle wichtigen Befehlshaber der Taliban und aus Pakistan entkamen über einen offenbar von den Amerikanern garantierten Flugkorridor. Die Kämpfer der Nordallianz waren außer sich vor Wut über diese organisierte Flucht, amerikanische Soldaten nannten es „die Luftbrücke des Bösen“. Die indische Regierung sandte Protestnoten an die Regierungen der USA und Großbritanniens.

Der Weltöffentlichkeit wurde die Geschichte dieser Luftbrücke von Kundus erst viel später bekannt, als der hohe CIA-Beamte Gary Berntsen, damals stellvertretender Befehlshaber der Operation, sie in seinem Buch *Jawbreaker* beschrieb. (Gary Berntsen & Ralph Pezzullo: *Jawbreaker: The attack on bin Laden and al-Qaeda. A personal account by the CIA's key field commander.* Crown Publishing Group, 2005)

Die Rolle Saudi-Arabiens

Als die Taliban 1996 Kabul eroberten, erkannten nur drei Staaten das Regime an: Saudi-Arabien, Pakistan und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) - allesamt enge Verbündete der Vereinigten Staaten. Besonders die Saudis hatten dafür gute Gründe.

Als die Sowjetunion zerfiel und Usbekistan, Tadschikistan, Kirgisistan, Kasachstan und Turkmenistan als unabhängige Republiken entstanden, pumpten die Saudis viel Geld in die neuen Staaten, um die Bevölkerung zu indoktrinieren. Sie lieferten das Geld - und die Briten das Personal, in Form einer religiösen Gruppe namens Hizb ut-Tahrir (HuT).

HuT hat ihr Hauptquartier in England und kann dort unbehelligt arbeiten, ist aber in vielen zentralasiatischen Staaten verboten. Fragte man Tony Blair oder Gordon Brown nach HuT, würde die Antwort lauten, daß die Gruppe „friedliebend“ sei. Beide Premierminister haben es abgelehnt, die Aktivitäten der Gruppe zu verbieten, obwohl viele in Großbritannien dies fordern.

Stellte man die gleiche Frage irgendeinem zentralasiatischen Staatschef, so würde er erklären, daß die gefährlichste militante Gruppe in Zentralasien die Islamische Bewegung Usbekistans (IMU) ist und daß so gut wie alle IMU-Mitglieder von HuT kommen. Beide Gruppen haben das Ziel, die islamischen souveränen Nationalstaaten abzuschaffen und durch ein Kalifat zu ersetzen. Das ist es, was Al-Kaida predigt, und das ist auch die Doktrin des saudischen Wahhabismus.

Die an der britischen Leine agierende HuT hat derzeit einen Stützpunkt in Lahore, der zweitgrößten Stadt Pakistans an der Grenze zu Indien. Die Londoner *Times* berichtete im Juli, Hizb ut-Tahrir bereite einen „unblutigen Militärputsch“ vor, um die Region, falls nötig, auch mit „militärischen Mitteln“ zu indoktrinieren. Mitglieder aus Lahore sagten, die Gruppe sei bereit, das islamische Kalifat „mit Krieg“ an die Macht zu bringen.

Als Afghanistan während der neunziger Jahre im Bürgerkrieg versank, begannen die Saudis mit der Finanzierung neuer *Madrasas* in Gebieten mit paschtunischer Mehrheit nahe der afghanischen Grenze wie auch in der Hafenstadt Karatschi und im ländlichen Punjab.

Die pakistanische Armee sah die große Zahl der in den Koranschulen ausgebildeten „Jihadis“ oder „Gotteskrieger“ als Aktivposten für ihre verdeckte Unterstützung der Taliban in Afghanistan, wie auch für ihren Stellvertreterkrieg mit Indien in Kaschmir. In Pakistans Nordwestlicher Grenzprovinz (NWFP), unweit des berühmten Khaiberpasses, lie-

ferten Koranschulen afghanische Flüchtlinge und Pakistanis als Kanonenfutter für die Taliban. Gleichzeitig bildeten die Binori-Koranschule in Karatschi und mit ihr verbundene Kreise die Basis für Deobandi-Gruppen (ähneln den Wahhabiten) wie Harkat ul-Mudschaheddin und Jaish e-Mohammed, die in Kaschmir die Arbeit der Armee tun wollten. Die vielen Ahle-Hadith-Seminare lieferten Salafi-(Wahhabiten-) Gruppen wie die Lashkar e-Taiba.

Arabische Scheichs finanzierten Koranschulen im Gebiet von Rahimyar Khan im ländlichen Punjab, die den harten Kern schiitenfeindlicher Dschihad-Gruppen wie Sipah e-Sahaba bzw. ihren noch militanteren Ableger Lashkar e-Jhangvi bildeten. All diese Gruppen benutzten unter den Augen des pakistanischen ISI die gleichen Lager und Einrichtungen.

Die Petrodollars der Saudis und vom Golf sorgten für ein wahhabitische Curriculum, in dessen Zentrum der Heilige Krieg stand. Berühmte Madrasas waren die Darul Uloom Haqqania in Akora Khattak in der Nordwestlichen Grenzprovinz und die Binori Madrasa in Karatschi. Die Haqqania rühmt sich, daß fast alle Taliban-Führer ihre Schüler waren, einschließlich des Anführers Mullah Omar, während die Madrasa von Binori, deren Führer Mufti Shamzai ermordet wurde, einmal als mögliches Versteck Osama bin Ladens galt. Dort sollen sich auch bin Laden und Mullah Omar getroffen haben, um die Partnerschaft zwischen Al Kaida und Taliban zu vereinbaren.

Gemeinsame britisch-saudische Unternehmung

Die saudischen Gelder kommen nicht aus dem Staatshaushalt, sondern von verschiedenen Wohltätigkeitsorganisationen. Eine dieser Organisationen ist Al-Haramain. Nachdem Al-Haramain in einer Liste saudischer Stiftungen auftauchte, die Washington nach dem 11. September der Finanzierung des Terrorismus beschuldigte, wurde sie 2005 in Saudi-Arabien geschlossen. Es wurde berichtet, Al-Haramain habe jährlich 45-50 Mio. \$ an Spenden bekommen und insgesamt etwa 300 Mio. \$ für humanitäre Arbeit im Ausland ausgegeben.

Bei den Geldgebern allerdings zeigten die amerikanischen Vorwürfe keine Wirkung. Die Stiftung und andere aufgelöste private Gruppen wurden mit ihren internationalen Aktivitäten und Vermögen in einer neuen Organisation zusammengefaßt, die den Namen „Nationale Saudische Kommission für Mildtätige Werke im Ausland“ bekam. Sie soll alle Mitarbeiter von Al-Haramain und anderen Stiftungen, die wegen ihrer Unterstützung für terroristische Gruppen geschlossen worden waren, wieder beschäftigen. Wie ein Sprichwort sagt: „Je mehr sich ändert, desto mehr bleibt alles beim alten.“

Das stärkste Zusammenwirken britischer und saudischer Operationen zeigt sich bei dem langjährigen „Al-Yamamah“-Schmiergeldfonds für verdeckte Operationen. Dieser Tauschhandel Öl gegen Waffen wurde von der Regierung Margaret Thatchers und dem saudischen Prinzen Bandar bin-Sultan 1985 eingefädelt und dauert immer noch an. Wie *EIR* exklusiv enthüllte, flossen aus dem Al-Yamamah-Geschäft Hunderte von Milliarden Dollar in schwarze Kassen in Steueroasen, die eine entscheidende Quelle für die anglo-saudische Finanzierung der afghanischen Mudschaheddin im Kampf gegen die Sowjets waren. 2006 schrieb Prinz Bandars Ghostwriter in seiner offiziellen Biographie,

Al-Yamamah sei eine geopolitische Partnerschaft zwischen London und Riad, um schwarze Kassen für den „Kampf gegen den Kommunismus“ zu schaffen.

2006 wurden solche Gelder für mehrere Staatsstreichversuche in Afrika eingesetzt, die allerdings nichts mit der Bekämpfung des Kommunismus zu tun hatten, dafür um so mehr mit der britischen Politik, den Kontinent in endlose massenmörderische Kriege zu verwickeln. Die anglo-saudischen Pläne für Südasien sind die gleichen, und es gibt gute Gründe für die Annahme, daß Al-Yamamah auch bei diesen laufenden Destabilisierungen eine Rolle spielt.

Das bringt uns zu der Frage der Beziehung zwischen den Saudis und Al-Kaida. Nach Angaben der US-Regierung waren 15 von 19 Terroristen des 11. September Saudis, aber obwohl die Entfernung zwischen Südafghanistan und Riad nur ein Bruchteil der Entfernung zwischen Kabul und Washington ist, hat kein US-Flugzeug jemals einen Palast oder ein Ölfeld in Saudi-Arabien bombardiert. Dagegen haben sich alle Terroranschläge, die in Saudi-Arabien stattfanden, gegen dortige US-Ziele gerichtet.

Wenn man sich vom falschen Bild der etablierten Medien nicht ablenken läßt, gibt es überhaupt keinen Zweifel, daß Riad und Al-Kaida unter einer Decke stecken. Eine der Hauptfiguren, die Verbindung zu den Taliban hielten und Al-Kaida deckten, war der an der Washingtoner Georgetown-Universität ausgebildete Prinz Turki bin Al-Feisal, der auch Botschafter in den Vereinigten Staaten war. 1993 wurde Prinz Turki beauftragt, zwischen den verfeindeten Fraktionen der afghanischen Mudschaheddin zu vermitteln. Ein Jahr später traten die Taliban auf. Prinz Turki arbeitete eng mit dem pakistanischen ISI zusammen und traf sich mit Mullah Omar in Afghanistan.

Turki bin Al-Feisal war von 1979 bis 2002 saudischer Geheimdienstchef. Das sind die entscheidenden Jahre, in denen die Taliban ausgebrütet wurden, Al Kaida nach Afghanistan kam und in den USA der 11. September passierte. Im Jahr 2002 ernannte der saudische König Prinz Turki zum Botschafter in Großbritannien. Diese Ernennung führte besonders in Geheimdienstkreisen zu Unruhe, aber Premierminister Tony Blair intervenierte persönlich, um die Akkreditierung durchzusetzen.

Briten am Steuer

Die Saudis und das pakistanische Militär waren zwar vor Ort wesentlich für die Unterstützung der Taliban und ihre Zusammenführung mit Al-Kaida, aber die Rolle der Briten beschränkte sich nicht auf das Bereitstellen indoktrinierender Terroristen im Gewand der „friedliebenden“ Hizb ut-Tahrir. Sie war und ist noch viel weitgehender, ganz besonders, seit sich US- und andere NATO-Truppen in Afghanistan befinden. Während ca. 9000 britische Soldaten Gefahr für Leib und Leben ausgesetzt wurden, unterhielten die Handlanger des Empire beste Beziehungen zu den Feinden, die britische Soldaten töteten.

Diese britischen Operationen kamen ans Licht, als der afghanische Präsident Hamid Karzai am 27. Dezember 2007 zwei MI6-Agenten auswies mit der Begründung, sie stellten eine Bedrohung für die nationale Sicherheit Afghanistans dar. Afghanische Regierungsvertreter gaben zu verstehen, daß die Ausweisung auf Geheiß der CIA erfolgte, nachdem die beiden Agenten dabei ertappt worden waren, daß sie Taliban-Einheiten bezahlten. Der eine, Mervyn Patterson,

arbeitete für die Vereinten Nationen, der zweite, Michael Semple, für die Europäische Union. Beide waren Afghanistan-Spezialisten und seit mehr als 20 Jahren im Land tätig, was bedeutet, daß sie im Auftrag Londons Kontakte zu den wichtigen Anführern von Al Kaida und Taliban gehabt haben mußten.

Ein namentlich nicht genannter Vertreter der afghanischen Regierung sagte dem Londoner *Sunday Telegraph*: „Diese Warnung“ - daß die Männer schon seit mindestens 10 Monaten den Taliban Geld gaben - „kam von den Amerikanern. Sie waren über die Unterstützung für die Taliban nicht glücklich. Sie gaben die Information unseren Geheimdiensten, die die Verhaftungen anordneten.“ Er fügte hinzu: „Die afghanische Regierung hätte niemals von sich aus entschieden, Offizielle von derart hohem Rang auszuweisen.“ Schon 2006 hatten amerikanische Militärkommandeure in Afghanistan laut gegen den britischen Beschluß protestiert, im Rahmen eines Abkommens mit lokalen Stammesführern Truppen aus Musa Qala zurückzuziehen, wodurch der Machtübernahme durch die Taliban in der Region Tūr und Tor geöffnet wurde.

Die Londoner *Times* schrieb, Patterson und Semple hätten bei ihrer Verhaftung 150.000 Dollar bei sich gehabt, die für die Taliban-Kommandeure in Musa Qala bestimmt waren. Weiter hieß es: „Britische Offizielle legen Wert auf eine Distanzierung der laufenden Gespräche des MI6 mit Taliban-Kommandeuren in Helmand von der Ausweisung von Michael Semple, dem irischen Leiter der EU-Mission, der weithin als Vertrauter des britischen Botschafters Sir Sherard Cowper-Coles bekannt ist, und Mervyn Patterson, einem britischen UN-Berater.“ Nicht erwähnt wurde, daß diese beiden MI6-Agenten in Helmand, dem Zentrum von Afghanistans riesiger Opium-Produktion, tätig waren. Waren Patterson und Semple nicht nur unterwegs, um eine probritische Fraktion innerhalb der Taliban aufzubauen, sondern um einen großen Opiumschmuggelring zu organisieren, der Geld für die Taschen der Londoner City und die Geheimdienste Ihrer Majestät liefert?

Die „Achse des Bösen“

Als Resultat unserer Untersuchungen bleibt festzuhalten, daß es die Taliban vor 1994 überhaupt nicht gab und sie nicht auf „natürliche“ Weise in Afghanistan entstanden sind. Die Taliban sind eine Bewegung, die sich um die wahhabitische Doktrin gruppiert, finanziert mit Geldern aus Saudi-Arabien, den Golfstaaten und den britisch-saudischen schwarzen Kassen von Al-Yamamah. Der pakistanische ISI und das pakistanische Militär haben sie ausgebildet und bewaffnet. Und die Londoner City und die Wall Street sind interessiert an dem Geld aus dem illegalen afghanischen Rauschgift-handel (weshalb Leute wie der Megaspekulant George Soros und sein Kumpan, der britische Minister Lord Malloch Brown, international für Drogenlegalisierung kämpfen).

Während Soldaten der USA und anderer NATO-Staaten ihr Leben opfern, um das „leibhaftige Böse“ Taliban und Al Kaida zu bekämpfen, erhält dieses „Böse“ jede Menge Unterstützung von den „besten“ Verbündeten der USA - Großbritannien, Saudi-Arabien, Pakistan, von der City und Wall Street ganz zu schweigen...

London: Zentrum des internationalen Terrorismus

(Das Material für diesen Beitrag stammt aus dem Artikel „Schließt den britischen Stall der imperialen Terroristen!“ von Michelle Steinberg, der auf deutsch in der Neuen Solidarität, Nr. 51/2009 erschien)

Die damalige US-Außenministerin Madeleine Albright erhielt am 11.1.2000 ein Memorandum des von Lyndon LaRouche gegründeten Nachrichtenmagazins *EIR*, in dem sie aufgefordert wurde, „Großbritannien auf die Liste der Terrorismus unterstützenden Staaten zu setzen“. Das Memorandum beruhte auf Informationen, die aus Ägypten und neun weiteren Staaten - Israel, Frankreich, Algerien, Peru, Türkei, Deutschland, Nigeria, Jemen und Rußland - stammten und deren Proteste gegenüber Großbritannien dokumentierten. Terroristen hatten in London Asyl, Geld und freie Hand zum Rekrutieren, Geldsammeln und zur Ausbildung bekommen. Das Memorandum wurde auch Vertretern des Verteidigungsministeriums, des Justizministeriums, dem FBI, der CIA und beiden Kammern des Kongresses übermittelt. Wäre das umfangreiche Dossier und LaRouches Warnungen ernstgenommen worden, hätten die Anschläge vom 11. September verhindert werden können.

Im Juli 2006, nach den blutigen Anschlägen auf die Mumbaier Eisenbahnen, bei denen 207 Menschen getötet und rund 600 verletzt wurden, konfrontierte der indische Premierminister Manmohan Singh den britischen Premierminister Tony Blair erneut beim Gipfeltreffen der G-8 in St. Petersburg wegen der in London ansässigen Terroristen.

Am 29. November 2008 veröffentlichte der *Indian Express* eine Titelgeschichte mit der Überschrift: „Dawood gab den Angreifern von Mumbai logistische Unterstützung“. Darin wird Dawood Ibrahim, eine zentrale Figur im Rauschgift-Schmuggel in Südasien, als wesentlicher logistischer Unterstützer hinter den Kleinkriegsattacken in der indischen Stadt Mumbai identifiziert.

Auch wenn Dawood Ibrahim derzeit seine Basis in Karatschi/Pakistan und in Dubai hat, war er jahrelang eine zentrale Figur des organisierten Verbrechens in Mumbai und in dem an Nepal angrenzenden indischen Bundesstaat Bihar. Er schmuggelte Gold von und nach Indien und hatte Verbindungen zu den großen Netzwerken des Opium-Schmuggels in Südasien. 1999 und erneut 2001 wurde Dawood Ibrahim mit großen Terroranschlägen in Verbindung gebracht wie der Entführung eines indischen Verkehrsflugzeugs (1999), das in das von den Taliban kontrollierte Kandahar/Afghanistan umgeleitet wurde, und dem Angriff auf das indische Parlament (2001) in Neu-Delhi. Seit 2003 steht Dawood Ibrahim wegen seiner Verbindungen zu Al-Kaida und den in Indien und Pakistan operierenden Laschkar e-Toiba (LeT) auf der vom US-Außenministerium geführten Liste der internationalen Terroristen; er gilt als Aktivposten der mit dem britischen MI-6 verbundenen Elemente des pakistanischen Geheimdienstes ISI.

Dawood Ibrahim's Goldschmuggel in Dubai ist Teil des britischen Offshore-Geldwäscheapparates, der seit der Zeit des Opiumkrieges der Britischen Ostindien-Gesellschaft im 19. Jahrhundert existiert. Aus amerikanischen Geheimdienstkreisen verlautete jüngst, daß die britischen Offshore-Ope-

rationen in der Karibik und auf der Insel Man im Ärmelkanal auf Dubai ausgeweitet wurden, um die Destabilisierung von Südwest- und Südasien zu erleichtern.

Die indischen Geheimdienste kamen nach dem Verhör mehrerer Attentäter von Mumbai zu dem Schluß, daß diese Anschläge nicht ohne die Unterstützung von „innen“ möglich gewesen seien. Inzwischen wurde nachgewiesen, daß immer noch mächtige Elemente des Apparats von Dawood Ibrahim, die in der Unterwelt von Mumbai eine dominierende Rolle spielen und mit Hilfe der „Bollywood“-Filmindustrie große Mengen illegalen Goldes waschen, eine wichtige Rolle bei den Anschlägen gespielt haben.

Die Rolle des Apparates der Rauschgift AG unter Dawood Ibrahim und seiner Verbindungen zu einer weiteren, von den Briten geförderten wichtigen Figur im Terrorapparat, Ahmed Omar Scheich, wurde von *EIR* schon seit fast einem Jahrzehnt hervorgehoben: Das Memorandum vom Januar 2000 wurde durch den Fall eben jenes LeT-Führers Omar Scheich veranlaßt. Die britische Rolle zeigte sich „bei der Entführung des Flugzeugs der Indian Airlines im Dezember 1999 und der Reaktion der britischen Regierung auf das Ersuchen eines der befreiten Terroristen aus dem Kaschmir, Ahmed Omar Scheich, freies Geleit nach England zu erhalten. Scheich, ein britischer Staatsbürger, wurde in Indien wegen seiner Rolle bei der Entführung von vier britischen Staatsbürgern und einem Amerikaner im Jahr 1995 angeklagt und verurteilt.“

Die Briten versprachen Scheich zunächst freies Geleit nach Großbritannien und daß sie ihn nicht vor Gericht stellen oder nach Indien ausliefern würden, änderten ihre Haltung jedoch auf internationalen Druck.

Ahmed Omar Scheich ist ein Geschöpf des britischen Geheimdienstes. Der Student der Forstschule und der London School of Economics (LSE) wurde nach Angaben amerikanischer und indischer Geheimdienste vom MI-6 rekrutiert und in Bosnien eingesetzt, bevor er in Südasien wieder auftauchte. Nachdem er vom Balkan nach Großbritannien zurückgekehrt war, verließ Scheich die LSE und flog in Trainingslager in Afghanistan, von wo aus er 1995 nach Indien ging, um sich an der Entführung zu beteiligen. Nachdem er durch die Entführung des indischen Flugzeugs freigekommen war, blieb er in Afghanistan; heute sitzt er in Pakistan in Haft wegen der Entführung, Folter und Ermordung des amerikanischen Journalisten Daniel Pearl. Scheich ist auch immer noch einer der Hauptverdächtigen als Organisator der Anschläge des 11. September.

Wer schützt die Rauschgift-AG?

Frühjahr 2008 - Journalisten der von Lyndon LaRouche gegründeten Nachrichtenagentur EIR enthüllen erstmals, daß USA und NATO das afghanische Opiumgeschäft systematisch schützen. Veteranen des Afghanistankrieges hatten ausführlich darüber berichtet, daß den Streitkräften in Afghanistan unter den aktuellen NATO-Vereinbarungen die militärische Bekämpfung der „Narko-Khane“ (Drogenbarone), von Opium- und Heroinlagern oder Drogenhändlern generell verboten ist.

Nur „Terroristen“ und „Aufständische“ gegen die Besetzung des Landes durch die anglo-amerikanischen und NATO-Kräfte dürfen demnach militärisch verfolgt werden. EIR wird davon unterrichtet, daß nur ein Beschluß des NATO-Rates diese Einsatzregeln ändern kann, und daß Bush, Cheney und Rumsfeld die britische Politik für den Schutz der Opiumhändler voll und ganz unterstützt haben. Schon 2006 erreichte die Jahresproduktion von Opium in Afghanistan die bis dahin beispiellose Menge von 8000 t - mehr als die gesamte Weltopiumproduktion jemals betragen hatte.

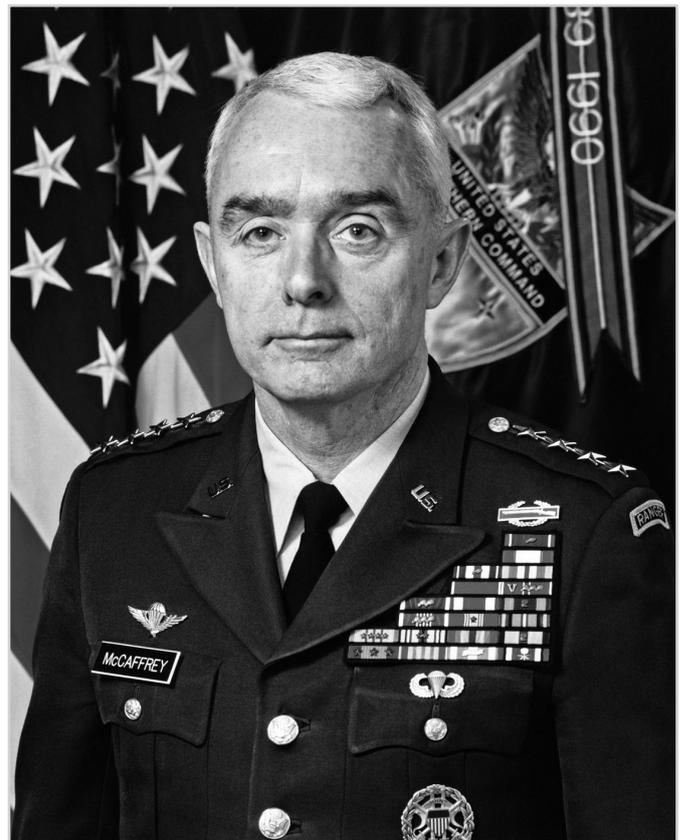
30. Juli 2008: Gen. a.D. Barry McCaffrey, der frühere Leiter des Amtes für Drogenbekämpfungspolitik unter Präsident Bill Clinton, legt Oberst Michael Meese von der Militärakademie West Point einen Bericht über Afghanistan vor.

7. August 2008: EIR unterstützt McCaffreys Feststellungen in einer Presseerklärung: „McCaffrey schreibt: ‚Afghanistan ist in Not.... 68% der Bevölkerung haben niemals Frieden erlebt, die Lebenserwartung liegt bei lediglich 44 Jahren, und Afghanistan hat die höchste Müttersterblichkeit der Welt... Die Atmosphäre des Terrors läßt sich allein mit militärischen Mitteln nicht bekämpfen. Wir können nicht durch einen Zermürbungskrieg gewinnen... Das Problem Afghanistan wird nicht gelöst, indem man zwei oder drei mehr Kampfbrigaden aus unserer ohnehin in schneller Auflösung befindlichen Armee einsetzt.’

Statt dessen, so McCaffrey, seien neben dem Aufbau der afghanischen Sicherheitskräfte auch wirtschaftliche Maßnahmen erforderlich. Er fordert den Einsatz einer Pionierbrigade aus fünf Bataillonen, um ein fünfjähriges Straßenbauprogramm durchzuführen, bei dem afghanische Unternehmen eingesetzt und afghanische Ingenieure ausgebildet und beraten werden. ‚Der Krieg wird dann gewonnen werden, wenn wir das System der afghanischen Landwirtschaft, das 82% der Bevölkerung beschäftigt, in Ordnung bringen... Der Krieg wird gewonnen werden, wenn die internationale Gemeinschaft die Ausrottung des Opium- und Cannabis-Anbaus verlangt und die Entwicklung alternativer wirtschaftlicher Aktivitäten nachdrücklich fördert.’

August 2008-Januar 2009: EIR veröffentlicht mehrere ausführliche Berichte, in denen die Verbindung des afghanischen Opium- und Heroinhandels zum Terrorismus dokumentiert sind, u.a. der Anschlag islamistischer Narkoterroristen in Mumbai im November 2008. Gleichzeitig wirbt die LaRouche-Bewegung bei Parlamentariern und Sicherheitsexperten für eine Änderung der NATO-Vorschriften für die Bekämpfung der Drogenhandels-Organisationen als das einzig wirksame Mittel, um die ständige weitere Stärkung der aufständischen Taliban/Al-Kaida-Netzwerke in Afghanistan und Pakistan zu beenden.

Januar 2009: Gen. Bantz John Craddock, der Oberkomman-



*Der frühere Drogenbeauftragte der US-Regierung,
Gen. Barry McCaffrey*

WHITE HOUSE PHOTO

deur der NATO in Europa (SACEUR), genehmigt militärische Operationen der NATO gegen die Drogenhändler, Drogenbarone, Rauschgiftlabors und -lager in Afghanistan. Aber dieser Sieg für eine wirksame Strategie ist von kurzer Dauer. Schon am 28. Januar 2009 wird dem Magazin *Der Spiegel* ein Geheimdokument der NATO zugespielt, in dem Craddock das gezielte Vorgehen gegen Drogenhändler und Bombenangriffe auf Rauschgiftlabors in Afghanistan genehmigt. Kurze Zeit später endet Craddocks Zeit als SACEUR und damit auch der Versuch, den Drogenanbau zu bekämpfen.

März 2009: Obamas Sondergesandter für Afghanistan und Pakistan, Richard Holbrooke, gibt in Brüssel bekannt, daß der Kampf gegen den Opiumanbau in Afghanistan eingestellt wurde, weil er zuviel koste und die afghanischen Landwirte, denen er die Existenzgrundlage entziehe, den Taliban in die Arme treibe. Holbrooke spielte die Bedeutung der Drogengelder für die Finanzierung des Aufstands herunter und log, die USA und die NATO würden ihre Bemühungen auf das Abfangen der Drogenlieferungen und die Bekämpfung der Geldwäsche konzentrieren. Aber eine solche Eskalation der Aktivitäten gegen die Rauschgiftlieferungen oder die Geldwäsche des afghanischen Rauschgift Handels fand nicht statt.

Die Internetseite der von George Soros unterstützten Rauschgiftlegalisierer www.stophthedrugwar.com begrüßte hämisch Holbrookes Äußerungen und beschrieb diese Entscheidung als einen Sieg auf dem Weg zur Legalisierung von Rauschgiften. Interessanterweise war Holbrooke einmal

Geschäftspartner von Soros in einem medizinisch-pharmazeutischen Unternehmen.

11. Mai 2009: Obama entläßt plötzlich den Kommandeur des Afghanistan-Einsatzes, Gen. David McKiernan, und ersetzt ihn durch Gen. Stanley McChrystal. Wie *EIR* erfuhr, hatte McKiernan Craddocks Entscheidung für ein Vorgehen gegen die Drogenhändler und -labors unterstützt.

April 2010: Aufgrund einer Entscheidung von US-Außenministerin Hillary Clinton beginnen US-Marineinfanteristen, in der Gegend von Marja in der afghanischen Provinz Helmand, die Opiumfelder kurz vor der Erntereife des Schlafmohns zu zerstören. Die betroffenen Bauern bekommen von den Marines 300 Dollar je Hektar vernichteten Schlafmohns. Gleichzeitig halten die Marineinfanteristen Wanderarbeiter, die als Hilfskräfte für die große Schlafmohnernete unabdingbar sind, von der Opiumregion fern. Außerdem werden die Opiumhändler daran gehindert, den Bauern die Ernte abzukaufen.

Laut LaRouche hatten mehrere Faktoren Hillary Clinton die Gelegenheit geboten, diesen nützlichen taktischen Zug durchzusetzen: Erstens herrschte im Weißen Haus offensichtlich ein politisches Vakuum. Zweitens brauchte Präsident Obama unbedingt einen „großen Erfolg“ in der Außenpolitik, in Form des mit dem russischen Präsidenten Dmitri Medwedjew unterzeichneten Abrüstungsvertrages über die Atomwaffen. Die Russen bestanden darauf, daß die USA etwas gegen das Opium und Heroin aus Afghanistan unternehmen müßten, weil es der Finanzierung und Logistik der jüngsten Terrorangriffe in Moskau und im Nordkaukasus dient - ganz zu schweigen von der Heroinabhängigkeit, die in Rußland epidemische Ausmaße erreicht. Der Chef der russischen Drogenbekämpfungsbehörde, Viktor Iwanow, war am 17. März in Kabul und hatte dort ein Programm vollständiger Opiumvernichtung verlangt. Eine Woche später stellte er bei einem Treffen des Rußland-NATO-Rats in Brüssel die gleiche Forderung auf. Am 30. März schickte Außenministerin Clinton eine Nach-

richt an die US-Botschaft in Kabul, in der sie grünes Licht für das Opiumvernichtungsprogramm in Marja gab; dies sei „angesichts einer Palette unvollkommener Optionen die beste Entscheidung“. Zwei Tage später kam die Leiterin der amerikanischen Drogenbekämpfungsbehörde DEA, Michele Leonhart, zu einem dreitägigen Besuch nach Kabul, um weiter auf die Durchführung des Opiumvernichtungsprogramms zu dringen.

Schon diese begrenzte Operation traf den Apparat der Rauschgift-AG Ihrer Majestät -einschließlich jener russischen „Mafija“-Elemente, die von britischen und niederländischen Offshore-Geldwäschezentren wie den Niederländischen Antillen aus arbeiten und Gegner der patriotischen Fraktion in Moskau um Putin, Iwanow und Jakunin sind.

23. Juni 2010: Präsident Obama feuert den militärischen Oberbefehlshaber General Stanley McChrystal, nachdem dieser in einem Interview mit der Zeitschrift *Rolling Stone* die Strategie der Regierung kritisiert hatte. Er wird durch den bisherigen Chef des US-Zentralkommandos, General David Petraeus ersetzt, der 2007/2008 Oberkommandierender der Alliierten Streitkräfte im Irak gewesen war und die gescheiterte Strategie der „Aufstandsbekämpfung“ weiterführen soll. Der inneramerikanische Widerstand gegen Obamas Vorgehen wird immer größer.

(Diese Aufstellung basiert auf Artikeln der Neuen Solidarität vom 7.4., 12.5. und 7.7.2010)

Guardian berichtet über Londons Rolle im internationalen Terrorismus

Die Interessensgemeinschaft des British Empire mit dem internationalen Terrorismus wurde am 5. Juli vom Londoner *Guardian* aufgegriffen. Der Autor, Mark Curtis, berichtete dort über ein seit Jahrzehnten bestehendes Geflecht von britischen Diensten mit militanten islamistischen Gruppen.

Curtis gibt zu, daß, obwohl Terrorismus als größte Gefahr für die Sicherheit des Landes dargestellt wird, das geheime Einverständnis zwischen Whitehall und dem radikalen Islam weitergehe. Der Autor enthüllt, daß zwei der vier London-Attentäter (7. Juli 2005) in pakistanischen Lagern ausgebildet wurden, die unter Kontrolle der Terroristengruppe *Harkat ul-Mujahideen* (HUM) stehen, einer Gruppe, die schon lange von Pakistan unterstützt wird, um indische Streitkräfte in Kaschmir zu bekämpfen. Großbritannien hat Pakistan dabei nicht allein durch Waffenlieferungen unterstützt, sondern man gewährte der HUM auch direkte Hilfe.

Es gäbe glaubwürdige Hinweise, daß Großbritannien

Freiwillige der HUM in den 1990er Jahren als Kämpfer nach Jugoslawien und Kosovo geschickt habe. Während der Bombardierung Restjugoslawiens 1999 habe die Blair-Regierung verdeckt mit der terroristischen KLA (*Kosovo Liberation Army*) zusammengearbeitet. Zuvor habe der Auslandsgeheimdienst MI6 schon verschiedene islamistische Gruppen in Afghanistan militärisch trainiert, um der sowjetischen Besatzung im Land zu begegnen. Viele HUM-Kämpfer wurden von Leuten instruiert, die ihrerseits vom Vereinigten Königreich verdeckt ausgebildet und mit Flugabwehrraketen ausgestattet wurden.

Der Artikel geht wohl akkurat auf die Vergangenheit ein, verschweigt aber, daß diese verdeckten Operationen weitergehen. So unterhalten zwei wichtige terroristische Gruppen, *Tabligh I Jamaat* und *Hizb ut-Tahrir*, nach wie vor ihren Sitz unbehelligt in Großbritannien und werden von London aus eingesetzt, um Rußland, China, Indien sowie auch andere Gegner des Britischen Imperiums ins Visier zu nehmen. *(www.bueso.de, 8. Juli 2010)*

200 Jahre britische Opiumkriege: Der Opiumkrieg des Britischen Empire gegen China

VON MIKE BILLINGTON

Um den Hintergrund der weltweiten narkoterroristischen Kriege und der Kampagnen für die Legalisierung von Rauschgiften zu verstehen, muß man die Geschichte der britischen Opiumkriege studieren.

Der gegenwärtige britisch-imperiale Rauschgiftkrieg gegen die Zivilisation insgesamt, dessen Epizentren in Afghanistan und in Südamerika liegen, ist nur eine Eskalation - wenn auch eine drastische - eines kontinuierlichen, 200jährigen Prozesses, der mit der Produktion von Opium in Britisch-Indien durch die Britische Ostindien-Gesellschaft („die Gesellschaft“) begann und zu dem zwanzigjährigen Opiumkrieg gegen China führte, um dort die Akzeptanz des britischen Freihandels mit dem todbringenden Opium in der 5000 Jahre alten chinesischen Kultur durchzusetzen.

Der Opiumkrieg von 1840-1860 bestand aus zwei Phasen direkter militärischer Feldzüge der Briten gegen China (die normalerweise als der erste und der zweite Opiumkrieg bezeichnet werden) und einem von den Briten gesteuerten Bauernaufstand, der sog. Taiping-Rebellion. Der erste Militärangriff verwüstete die Stadt Guangzhou (Canton) und andere Städte an der Südküste Chinas, während sich der zweite Angriff auf die im Norden gelegene Hauptstadt Beijing konzentrierte.

Die Taiping-Rebellion, die ganz dem imperialen Muster der von den Briten angestachelten, fundamentalistischen religiösen Bewegungen entsprach, zielte darauf ab, die nationale Einheit der Bevölkerung, gegen die sich der Angriff richtete, zu zerstören - so, wie die Briten die Moslem-Bruderschaft schufen, um den arabischen Nationalismus und damit die nationale Souveränität der betroffenen arabischen Völker zu unterminieren. Die Taiping, eine pseudochristliche Sekte, wurde von den Briten zu einer blutigen Revolte gegen die Qing-Dynastie verleitet, die während des britisch unterstützten Aufstands und seiner ebenfalls britisch unterstützten Niederschlagung insgesamt rund 20 Millionen Chinesen das Leben kostete.

Eine genauere Untersuchung dieser schwärzesten Seite in der Geschichte der Infamie des Britischen Empire wird zeigen, daß viele der führenden Figuren und Institutionen, die diese Kriege führten, eng verbunden oder sogar identisch sind mit denen, die für den heutigen Narkoterrorismus verantwortlich sind, für die Verwendung von Rauschgiftgeldern, um die produktiven Volkswirtschaften souveräner Staaten zu infizieren und zu unterminieren, und dafür, Millionen junger Opfer zum Massenkonsum verdummenden Rauschgifts zu verleiten, ein abscheuliches, geisttötendes Verbrechen.

Die Britische Ostindien-Gesellschaft

Das Rauschgift-Geschäft wird heute von privaten Institutionen gesteuert, aber mit direkter oder indirekter Unterstüt-

zung von Regierungen und ihren Streitkräften, insbesondere von London. So wurde auch im 18. und 19. Jahrhundert der privat gegründeten Britischen Ostindien-Gesellschaft eine königliche Lizenz gewährt, um den Handel und die damit verbundenen britischen Interessen im Fernen Osten zu steuern. Zunächst arbeitete die Gesellschaft durch Handelsvertretungen in ausgewählten indischen Städten, aber sie erweiterte ihren Einfluß schnell, bis sie schließlich ganz Indien kontrollierte. Dazu baute sie eine 150.000 Mann starke Privatarmee auf, um ihre besondere Sicht des „Freihandels“ durchzusetzen, mit der sie ihre koloniale Herrschaft und die Plünderung der Ressourcen rechtfertigte.

In China war die Gesellschaft jedoch weniger erfolgreich im Durchbrechen der bestehenden Barrieren gegen ausländische Einmischung und Handel, da die Herrscher der chinesischen Qing-Dynastie jede Präsenz und jeden Handel mit dem Ausland außerhalb des einzigen Handelsstützpunktes Guangzhou strikt untersagten.

Das war nicht immer so. Die Führer Chinas in der späten Ming-Dynastie (1368-1644) und der frühen Qing-Dynastie (1644-1911) hatten das Land im 17. und frühen 18. Jahrhundert den Jesuiten geöffnet. Diese waren, bewaffnet mit den Früchten der europäischen Renaissance, darunter Astronomie, Musik und neue Technologien, die für die Chinesen von großem Interesse waren, in das Land gekommen, aber sie hatten auch großes Interesse gezeigt, die chinesische Kultur kennenzulernen, die Städte hervorgebracht hatte, die um ein Mehrfaches größer waren als die in Europa, ihre landwirtschaftlichen und produktiven Technologien, die in einigen Fällen den westlichen überlegen waren, und ihre tief verwurzelte philosophische Tradition und Liebe zur Geschichte. Die Entwicklungen, die sich zur gleichen Zeit in Europa vollzogen, etwa die Entdeckungen Johannes Keplers und Gottfried Wilhelm Leibniz', wurden von den chinesischen Gelehrten, Beamten und sogar dem Kaiser selbst aufgegriffen. Die Lehren des Christentums, die man als religiöse Übernahme wissenschaftlicher Wahrheiten verstand, wurde von vielen chinesischen Intellektuellen und Führern zugelassen und sogar unterstützt.

Opium

Die Chinesen hatten das Opium 1729 verboten, ein Verbot, das 1799 angesichts des britischen Opium-Schmuggels aus Bengalen noch verschärft wurde. Die Briten ignorierten das Verbot jedoch und schlossen lukrative Bündnisse mit chinesischen Händlerfamilien in Guangzhou, die bereit waren, die Gesetze zu übertreten, während die Briten ihre

Schmuggelrouten auch auf andere Städte an der Südküste Chinas ausdehnten. Diese Operation wurde von William Jardine und James Matheson angeführt, deren berühmte Firma Jardine Matheson & Co. 1828 zum führenden Opium-Unternehmen der Welt aufstieg. Eng verbunden mit ihr war die Hongkong and Shanghai Bank, deren heutiger Nachkomme die HSBC ist. 1836 lieferte Jardine Matheson 30.000 Kisten Opium, genug, um damit 12 Mio. Opium-Raucher zu versorgen. Die Wirkung auf die Gesellschaft war verheerend und breitete sich rapide aus.

Dabei sollte man beachten, daß die Mitarbeit der chinesischen Händler einen direkten philosophischen Kampf in China selbst widerspiegelte - eine Tatsache, die den Briten sicher nicht unbekannt war, da sie sich schon immer darin hervortaten, die kulturellen Schwächen ihrer künftigen Opfer auszuspähen. Nach der Katastrophe des Ritenstreites und dem Abbruch der Beziehungen zwischen dem Osten und dem Westen 1715 wurde die hochentwickelte konfuzianische Kultur, wie sie von Zhu Xi entwickelt und vom Hof als grundlegende Philosophie übernommen worden war, durch eine materialistische, pragmatische Ideologie in Frage gestellt, die als „Han-Lehren“ bezeichnet wurde. Diese Schule orientierte sich an den Lehren der Han-Dynastie (206 v. Chr. - 220 n. Chr.), die dem Römischen Reich ähnelte, statt an den Klassikern von Konfuzius und Menzius, wie sie die Sung-Renaissance interpretiert hatte.

Es überrascht nicht, daß die Gelehrten der Han-Lehren von Händlern finanziert wurden und nicht vom Hof, und es waren in vielen Fällen die gleichen Händler, die sich mit den Briten verbündeten, um sich dadurch zu bereichern, daß sie ihre chinesischen Landsleute unter Drogen setzten. Der wichtigste britische Comprador in Guangzhou war Huang Yuan, der auch der führende Ideologe der Schule der Han-Lehren war. Huang Yuan war Generalgouverneur von Guangdong, der Provinz, in der auch die Stadt Guangzhou liegt.

Huang Yuans wichtigster Gegner war Fang Dong-shu, der führende konfuzianische Gelehrte des Südens. Fang widersetzte sich energisch der Annahme und Legalisierung des britischen Opiums und verlangte eine Ausrottung des Opiums und des britischen Opiumhandels. Über die Han-Schule schrieb Fang: „Sie haben wirklich nicht den Wunsch, die Wahrheit zu suchen oder die Tatsachen zu erfahren. Alles, was sie interessiert, ist, Theorien zu etablieren, die den Song-Konfuzianismus stürzen werden.“

Die Zerstörung der Nation durch Opium - sowohl durch das Abfließen des Silbergeldes als auch durch die Wirkung des Rauschgiftes an sich - wurde so stark, daß der Kaiser 1839 den führenden Gelehrten und Staatsmann des Landes, Li Zexu, mit dem Befehl nach Guangzhou schickte, den Opiumhandel zu zerschlagen. Li richtete sein Hauptquartier in der Schule Fang Dong-shus ein, verhaftete die chinesischen Opiumhändler, darunter auch Beamte, und konfiszierte alle Opium-Kisten der Briten. Begleitet von einem großen Volksfest, wurden 20.000 Kisten Opium vernichtet.

Bei dieser Gelegenheit schickte Li Zexu seinen berühmten Brief an Queen Viktoria, in dem er an ihr Gewissen appellierte und sie aufforderte, ihre Untertanen daran zu hindern, daß sie China durch ihr Opium zerstören. Die Queen weigerte sich bekanntlich, das zu tun, und folgte vielmehr der Empfehlung ihres Außenministers Lord Palmerston, die Ostindien-Gesellschaft und die Britische Marine zu unterstützen, „um das Prinzip des Freihandels zu verteidigen“ -

d.h., das Empire müsse Krieg führen, um nicht nur die „Freiheit“ seiner Händler, in Guangzhou Opium zu verkaufen, zu schützen, sondern auch das Recht britischer Händler, ihre üble Ware in ganz China „frei“ zu verkaufen.

1840 traf eine große britische Flotte ein, die sehr schnell die altmodischen Verteidigungsanlagen der Chinesen zerstörte. Als erstes wurde die Stadt Guangzhou bombardiert, bis sie sich unterwarf und ein Lösegeld zahlte. Dann zog die Flotte weiter, wiederholte dies in allen Küstenstädten, auch in Schanghai, und dann den Jangtse-Fluß hinauf nach Nanjing. Schließlich kapitulierte der Kaiser und bat um Frieden.

Im Vertrag von Nanjing, der am 29. August 1842 unterzeichnet wurde, trat China die Insel Hongkong für immer an Großbritannien ab, Schanghai, Ningbo, Xiamen und Fuzhou wurden für britische Händler geöffnet. Außerdem wurde britischen Kriegsschiffen erlaubt, diese Häfen anzusteuern, „wenn es das Interesse des Handels verlangt“.

Trotzdem war der Vertrag noch ein Kompromiß, denn die Chinesen gaben den Opiumhändlern keinen ungehinderten Zugang zu ihrem Territorium. Aber die teuflischen Missionare der Händler erhielten dieses Zugeständnis. Das verschaffte Lord Palmerston die nötige Munition, um die Phase II vorzubereiten - nämlich, das Land insgesamt zu übernehmen.

Die Taiping-Rebellion

Die Taiping Tianguo („Himmlisches Königreich des großen Friedens“) kontrollierten auf dem Höhepunkt ihres Aufstands, der von 1853 bis 1865 dauerte, fast die Hälfte des chinesischen Territoriums. Sie begannen in den 1840er Jahren als eine pseudoreligiöse Sekte in den ländlichen Gebieten um Guangzhou, inmitten der Ausbreitung des Opiums und der Demoralisierung nach Chinas Niederlage im Kampf gegen die britischen Opiumschmuggler 1842.

Nach einer Konfrontation mit Regierungsbeamten 1850 bewaffnete sich die Bewegung Hong Xiuquan [unter Führung von Hong Xiuquan und seinem Vetter Hong Rengan] und erklärte der Qing-Dynastie und der mandschurischen Rasse insgesamt den Krieg, die unter der Qing-Dynastie zur Vorherrschaft aufgestiegen war. Die demoralisierten Kräfte der Regierung, die gerade von den Briten gedemütigt worden waren, waren nicht in der Lage, die Armee der fanatischen Taiping-Bauern aufzuhalten. Hong's Kräfte gewannen schnell die Kontrolle über einen großen Teil der ländlichen Gebiete und Binnenstädte des Südens. 1853 eroberten sie Nanjing, das sie zu ihrer Hauptstadt machten. Mehrere Feldzüge, Beijing zu erobern, scheiterten nur knapp.

Hong Xiuquans Vetter Rengan war unterdessen in Hongkong, wo er von britischen Missionaren (und einigen amerikanischen Missionaren, die das repräsentierten, woraus sich später die Südstaaten entwickelten) intensiv ausgebildet wurde. Lord Palmerstons Offiziere, Händler und Missionare in Hongkong sahen die Gelegenheit, den chinesischen Widerstand gegen Rauschgift und Freihandel ein für allemal durch diese „christliche“ Bewegung zu brechen, oder, genauer gesagt, die Taiping nach alter imperialer Tradition als Werkzeug zu nutzen, um Beijing zu zwingen, daß es den britischen Forderungen nachgab. Als Hong Rengan 1859 in die Hauptstadt der Taiping zurückkehrte, übernahm er die Leitung der meisten Operationen. In einem Manifest schrieb er: „Gegenwärtig ist England, dank seiner überlege-

nen Gesetze, die mächtigste Nation der Welt. Die Engländer sind bekannt für ihre intellektuelle Macht und ihre nationale Stärke, sie haben einen stolzen Charakter und weigern sich, sich unterzuordnen.“

Hong Rengans wichtigster Lehrer in Hongkong war niemand anderes als James Legge, dessen Übersetzungen und Kommentare der chinesischen - konfuzianischen, buddhistischen und taoistischen - Klassiker bis heute noch als „autoritative“ Quelle anerkannt sind. Dieser Gelehrte arbeitete in der britisch-imperialen Tradition daran, die humanistische Tradition im chinesischen Konfuzianismus zu unterminieren und zu zerstören, mit besonderem Haß auf die konfuzianische Renaissance des 12. Jahrhunderts unter Zhu Xi, während er gleichzeitig den Führer eines Bauernaufstandes ausbildete, um die britische Herrschaft in China durchzusetzen. Lawrence von Arabien wäre stolz auf ihn gewesen.

Die britischen Missionare gingen daran, internationale Unterstützung für ihre „christlichen“ Freunde aufzubauen, indem sie Zeitungsartikel verbreiteten, in denen die Taiping als die große Hoffnung für Chinas Zukunft angepriesen wurden. Der anglikanische Primat an der chinesischen Küste, Rev. George Smith, schrieb: „Die Zukunft der englischen Hoffnungen ruhen in den Taiping, deren Kombination wesentlicher Wahrheiten mit partiellen Irrtümern ein Drittel der Menschheit aufgewühlt hat.“ Eine Gruppe britischer Missionare jubelte im *North China Herald*, die Taiping „versprechen eine Öffnung der 18 Provinzen für den Handel“...

Die westlichen Mächte waren im Bürgerkrieg zwischen der Qing-Regierung und den Taiping offiziell neutral, aber, wie wir gesehen haben, war ihre globale Propaganda für die Taiping eine klare Botschaft an Beijing, während die britischen Diplomaten Beijing drohten, sie würden die Taiping offiziell anerkennen, wenn die Regierung nicht alle britischen Forderungen für einen neuen Vertrag akzeptierte.

Der zweite Opiumkrieg

Als der Nanjing-Vertrag 1856 auslief und Beijing den neuen Forderungen nach einer völligen Unterwerfung unter die Barbaren (die bewiesen hatten, daß sie diese in China übliche Bezeichnung verdienten) nicht nachgegeben hatte, starteten die Briten eine zweite Militäroperation, diesmal mit französischer Unterstützung. Aber den Briten kam dabei der Sepoy-Aufstand in die Quere, der 1857 in Bengalen/Indien ausbrach. Die für die Armee der Britischen Ostindien-Gesellschaft angeworbenen Inder rebellierten und gewannen in diesem „ersten indischen Unabhängigkeitskrieg“ große Unterstützung im Volk. Lord Palmerston, der inzwischen zum Premierminister aufgestiegen war, entließ das Parlament, unterstellte die Ostindien-Gesellschaft der Regierung, schlug den indischen Aufstand nieder und ging wieder daran, das chinesische Volk unter Drogen zu setzen und zu plündern.

Die Briten und Franzosen drangen unter Vorwänden, gegen die Dick Cheneys Lügen über die „Massenvernichtungswaffen des Irak“ noch ehrlich erscheinen, nach Guangzhou vor und besetzten die Stadt. Dann drangen sie an der Küste entlang nach Tianjin vor, dessen Festung sie trotz großen Widerstands der Chinesen besetzten. 1860, während die britisch gesteuerte „Konföderation der Südstaaten“ versuchte, die Vereinigten Staaten zu spalten, waren die Briten und die Franzosen in Beijing, wo sie unter Lord Elgin (dessen Vater Thomas Bruce die berühmten „Elgin Marbels“ vom

Parthenon der Akropolis entfernte, die nie an Griechenland zurückgegeben wurden) große Teile der Stadt plünderten und niederbrannten, darunter den sagenhaft schönen Sommerpalast.

Schließlich kapitulierten die Chinesen. Das Opium wurde legalisiert und sogar im eigenen Land angebaut, so daß es am Ende des Jahrhunderts schätzungsweise 30-40 Millionen Opium-Abhängige in China gab (soviel zu George Soros' Argument, eine Legalisierung werde nicht zu einer Ausweitung des Verbrauchs führen). Die Zollstationen wurden von den Briten übernommen, ganz nach dem kühlen Rat Mayer Amschel Rothschilds, der in den 1790er Jahren gesagt hatte: „Laß mich das Geld einer Nation kontrollieren, dann ist mir egal, wer die Gesetze schreibt.“

Nachdem die Regierung in Beijing unter britische Kontrolle gefallen war, blieb den Briten noch die Aufgabe, das Durcheinander aufzuräumen, das sie durch ihre Unterstützung des Taiping-Aufstandes angerichtet hatten, der nun nicht mehr als Druckmittel gegen Beijing gebraucht wurde und nur noch lästig war. Die Briten schickten also ihre Streitkräfte unter der Führung von Charles „Chinese“ Gordon aus, die gerade den Sommerpalast abgebrannt hatten, um gemeinsam mit der Qing-Armee eines der größten Massaker der Menschheitsgeschichte anzurichten. Fast alle verbliebenen Anhänger der Taiping wurden umgebracht. Man schätzt, daß in dem Jahrzehnt des Taiping-Krieges insgesamt 20 Millionen Menschen umgebracht wurden.

Die Briten hatten nun die verfallende Qing-Dynastie finanziell, militärisch und politisch vollkommen in der Hand. Erst als Sun Yatsen 1911 eine republikanische Revolution auf der Grundlage des Amerikanischen Systems der physischen Wirtschaft anführte, inspiriert durch Abraham Lincolns Sieg über den britischen Versuch, die Vereinigten Staaten zu spalten, war China in der Lage, den langen und harten Kampf zur Rückgewinnung seiner Souveränität aufzunehmen.

Als 1997 der Pachtvertrag über einen Teil des britischen Rauschgift- und Bankenhauptquartiers Hongkong ablief, bestanden die Chinesen darauf, daß das gesamte Territorium von Hongkong zurückgegeben würde. Trotz eines erbitterten Ringens um diese Frage war die britische Premierministerin Margaret Thatcher nicht in der Lage, einen neuen Opiumkrieg der traditionellen Art zu führen, so daß sie der Übergabe zustimmte. Trotzdem ist bekannt, daß heute wieder Rauschgift aus dem britisch besetzten Afghanistan China überflutet.

Anläßlich der Rückgabe von Hongkong am 1. Juli 1997 produzierten die Chinesen einen Film mit dem Titel *Der Opiumkrieg* über den ursprünglichen Konflikt von 1839-1840 in Guangzhou. Dieser Film mit wunderbaren Aufnahmen konzentrierte sich auf die verlogenen Behauptungen der Briten, sie hätten mit ihren Verbrechen nur den Freihandel verteidigt. Obwohl der Film nicht nur in Canton-Chinesisch, sondern auch in englischer Sprache publiziert wurde, wurde er in den Vereinigten Staaten nie veröffentlicht, und ist heute leider vergriffen.

ABONNIEREN SIE DIE *Neue Solidarität*

In der *Neuen Solidarität* finden Sie mehr als die gängigen Nachrichten-Bits und bekannten Standard-Meinungen. Wir behandeln die politischen, wirtschaftlichen und geistigen Entwicklungen heute, wie sonst nur der Historiker von morgen, der auf sie zurückblickt. Über die Gegenwart als gegenwärtig stattfindende Geschichte kann aber nur der schreiben, der aktiv in sie eingreift. Das tun wir, und deswegen wird die *Neue Solidarität* von Woche zu Woche interessanter.

Um neuen Lesern mit Internet-Zugang den „Einstieg“ zu erleichtern, bieten wir ein **dreimonatiges Einstiegsabo** der *Neuen Solidarität* zum Preis von **15 Euro** an.

Ich abonniere die *Neue Solidarität*:

- | | | |
|---------------------------|-------------------------------------|------------------|
| Jahresabonnements: | | |
| <input type="radio"/> | Inland Druckausgabe | 78,- Euro |
| <input type="radio"/> | Europäisches Ausland | 104,- Euro |
| <input type="radio"/> | Außerhalb Europas | 130,- Euro |
| <input type="radio"/> | Inkl. Online-Abo jeweils zusätzlich | 10,- Euro |
| <input type="radio"/> | Nur Online-Abonnement | 50,- Euro |
| <input type="radio"/> | Einstiegsabo 3 Monate Online | 15,- Euro |

Vorname, Name _____

Straße, Hausnummer _____

PLZ, Stadt _____

Telefon, Email _____

Datum, Unterschrift _____

Die Weltlandbrücke wird Realität

Der Wiederaufbau nach dem Finanzkrach

Die Konferenz des Schiller-Instituts
vom 15./16. September 2007

Taschenbuch, 320 S., davon 16 Farbtafeln,

ISBN 978-3-925 725-55-5, Euro 10,-

Bestellungen an:

E.I.R. GmbH, Postfach 1611, 65006 Wiesbaden,
Tel. 0611-7365-0, Fax 0611-7365-380,
E-mail: bestell@solidaritaet.com



Das Kurzprogramm der BüSo

Wiederaufbau der Realwirtschaft

Infrastruktur erhalten und ausbauen

Unterlassene Investitionen in die Infrastruktur von Kommunen und Bund haben zu einem „Investitionsstau“ von mittlerweile mindestens 1000 Mrd. Euro geführt. Jetzt muß nicht nur dieser Rückstand beseitigt, sondern außerdem in neue Projekte wie CargoCap, RailCab und grenzübergreifende Transrapidstrecken investiert werden.

Neue Märkte sind zu erschließen durch ein System produktiver, zwischenstaatlicher Kredite für große, länderübergreifende Infrastrukturprojekte mit staatlichen (Hermes-) Bürgschaften.

Im Rahmen solcher Projekte kann auch ein großer Teil des Autosektors zur Produktion nützlicher Güter wie Transrapid, CargoCap, Kernkraftwerken, Traktoren, Erntemaschinen etc. umgerüstet und so wertvolle Arbeitsplätze und Kapazitäten erhalten werden.

Eurasische Landbrücke als Friedensordnung

Die Zukunft Europas liegt in der Zusammenarbeit souveräner Nationen für eine gemeinsame Mission des Gemeinwohls und nicht in einem militarisierten, neuen EU-Empire. Die Eurasische Landbrücke, die nicht nur aus einem Netz von Transrapidstrecken, Pipelines, Kernkraftwerken und Entwicklungskorridoren über den ganzen Doppelkontinent besteht, schafft auch die Grundlage für eine Friedensordnung im Sinne des Westfälischen Friedens von 1648, in der die Nationen jeweils auch den „Vorteil des anderen“ fördern.

Die Entwicklung Afrikas ist eine dringliche, gemeinsame Mission Europas.

Kernkraft statt Windräder

Ausstieg aus der Subventionierung der unrentablen Wind- und Solarenergie, Aufhebung des energieverteuernden Energieeinspeisungsgesetzes.

Wiedereinstieg im großen Stil in die Kernenergie, Bau des inhärent sicheren Hochtemperaturreaktors. Mehr Mittel für die Kernfusion und den ITER-Forschungsreaktor.

Nein zum Schwindel der „menschengemachten Klimaerwärmung“; kein CO₂-Zertifikatehandel!

Paritätspreise für die Landwirtschaft

Kostendeckende Erzeugerpreise sind Grundvoraussetzung für Nahrungsmittelsicherheit. Die Nahrungsmittelproduktion muß weltweit verdoppelt werden, damit eine wachsende Weltbevölkerung ernährt werden kann. Abschaffung der WTO! Keine Produktion von Nahrungsmitteln für Biosprit und keine Patentierung von Saatgut oder Nutztieren durch Agrarkartelle.

Gesundheitswesen retten: Keine Nazipolitik durch Leistungskürzungen!

Das einst vorbildliche deutsche Gesundheitswesen muß wiederhergestellt werden! Weg mit dem Gesundheitsfonds! Nein zu Deckelung, Kürzung von Leistungen oder Prioritätenlisten für Behandlungen. Eine Zweiklassenmedizin, bei der das Einkommen die Lebenserwartung bestimmt und mit der politisch mörderische Sparprogramme zugunsten der Rettung von Finanzspekulanten durchgedrückt werden, ist mit dem Grundgesetz unvereinbar.

Gerade in Deutschland darf die Idee, es könnte „zu teure, zu alte, zu kranke“ Patienten geben, nicht noch einmal toleriert werden! Abschaffung der unnötigen kostspieligen Bürokratie, die durch die diversen „Gesundheitsreformen“ geschaffen wurde; statt dessen ordentliche Bezahlung für Ärzte, Krankenschwestern und andere im medizinischen Bereich tätigen Personen. Die Solidargemeinschaft der Versicherten und das Gemeinwohl muß wieder Richtschnur im Gesundheitswesen werden.

Renten sichern durch Wirtschaftswachstum

Keine Privatisierung der Gesetzlichen Rentenversicherung. Das akute Defizit in der Rentenkasse wird sofort verschwinden, wenn die Investitionsoffensive Millionen Menschen wieder in Arbeit bringt. Auch das demographische Problem ist lösbar durch eine wachsende Produktivität der Gesamtwirtschaft, die u.a. in höheren Realeinkommen zum Ausdruck kommt.

Bildung und Kultur wiederbeleben

Forschen für die Welt von morgen

Damit die besten Köpfe im Lande bleiben, müssen sie auch etwas zu tun bekommen: Wichtige Zukunftsbereiche: Welt-raumforschung, Terraforming, Kernfusion, Nanotechnik, eine „Biologische Verteidigungsinitiative“ zur Erforschung von AIDS u.a. Krankheiten. Die Gefahr neuer bedrohlicher Pandemien wie der Schweine- und Vogelgrippe zeigt, daß diese medizinischen Forschungsprojekte eine Überlebensfrage für die Menschheit sind.

Humboldts Bildungswesen zum Vorbild nehmen

Mehr denken, lernen, forschen und erfinden! Schüler sollen in der Schule nicht nur dies und das auswendig lernen, sondern schöpferisches Denken üben, ihre Talente entdecken und eine Idee davon bekommen, was wirkliches Wissen und ein „schöner Charakter“ ist. Verbot von Killerspielen!

Renaissance der klassischen Kultur

Wenn wir die Ideen von großen Menschen wie Platon, Nikolaus von Kues, Leibniz, Mendelssohn, Schiller, Humboldt, Bach, Mozart, Beethoven, Gauß, Riemann und Einstein wieder lebendig werden lassen, können wir wieder zum Volk der Dichter und Denker werden.

Europa der souveränen Staaten

Nein zum Lissabon-Vertrag – Hände weg vom Grundgesetz!

Eine Verfassung ist dazu da, gerade in Krisenzeiten Richtschnur und Maßstab der Politik zu sein. Deshalb Nein zum grundgesetzwidrigen und diktatorischen Lissabon-Vertrag! Auch Gesetze wie Hartz IV, die das Wesen der Bundesrepublik als sozialer und auf dem Gemeinwohl basierenden Republik zerstören, sind abzulehnen.

Dasselbe gilt für neue Gesetze, die angeblich der Abwehr des Terrorismus dienen. Keine Beteiligung an Angriffskriegen, kein Einsatz der Bundeswehr im Innern als Polizeiersatz. Nein zum Kampfeinsatz in Afghanistan! Statt dessen Beteiligung an einer effektiven Bekämpfung von internationalem Drogenhandel und Geldwäsche.

Erst kommen die Menschen!

Das Kurzprogramm der BüSo

Sofortmaßnahmen zur Lösung der Krise

Ordentliches Insolvenzverfahren der Banken auf nationaler Ebene

Keine weiteren Milliarden an Steuergeldern oder aus den Druckerpressen der Notenbanken für den Giftmüll bankrotter Banken oder Spekulanten, sondern ein ordentliches Insolvenzverfahren der betroffenen Banken.

Zeitweise Nationalisierung der Banken, um die rechtlichen Grundlagen dafür zu schaffen, den Giftmüll abzuschreiben, die Bilanzen in Ordnung zu bringen bzw. nicht überlebensfähige Banken zu schließen. Zu diesem Zweck Einsetzung kompetenter Industriebanker statt Manager, die versagt haben.

Der Schutz der Einlagen und die Aufrechterhaltung der volkswirtschaftlich wesentlichen Funktionen staatlich regulierter Banken muß gesichert werden.

Ersatz des monetären Systems durch ein Kreditsystem, in dem staatliche Kredite für Infrastruktur und andere die Produktivität der Wirtschaft steigernde Bereiche ausgegeben werden, die dann über die öffentlichen Banken an die Firmen weitergereicht werden, die an diesen Investitionen beteiligt sind.

Für eine „Pecora“-Untersuchungskommission

Wir brauchen eine schonungslose Untersuchung der Ursachen der Krise, um durch entsprechende Gesetze eine Wiederholung zu verhindern. Die verantwortlichen Personen müssen identifiziert und zur Rechenschaft gezogen werden.

Sofortige Notkonferenz souveräner Staaten für ein neues Bretton-Woods-System

Wir befinden uns mitten im Systemkollaps der globalisierten Finanzmärkte. Gegen einen chaotischen Zusammenbruch hilft nur eine Reorganisation des Weltfinanzsystems auf Veranlassung maßgeblicher Regierungen. Eine Gipfelkonferenz ähnlich wie 1944 in Bretton Woods muß ein neues Kreditsystem schaffen, das sich auf den Wiederaufbau der Realwirtschaft auf nationaler und internationaler Ebene konzentriert, die Sozialsysteme erhält, den Kapitalverkehr regelt, die Spekulation unterbindet und einen Großteil der Schulden abschreibt.

Zu den nötigen Maßnahmen gehören: feste Wechselkurse, die Schaffung einer Nationalbank und souveräne Kontrolle

über die eigene Währung nach den Prinzipien der Physischen Ökonomie, wie sie Lyndon LaRouche vertritt.

Neue Weltwirtschaftsordnung statt „Globalisierung“

Globalisierung ist ein brutaler Mechanismus zur Senkung des Lebensstandards und Zerstörung der Sozialsysteme in den alten Industriestaaten, ohne daß dieses Produktivpotential in den Billiglohnländern entsprechend aufgebaut würde. Die Alternative zu diesem neuen Feudalismus ist die Zusammenarbeit der Nationalstaaten in einer neuen Weltwirtschaftsordnung. Die jetzt tonangebenden Finanzinstitutionen wie IWF und Weltbank müssen durch ein System von Nationalbanken unter der Kontrolle souveräner nationaler Regierungen ersetzt werden. Nein zu einer neuen imperialen „Weltwährung“ wie den Sonderziehungsrechten.

Währungshoheit wiederherstellen

Da mit dem Scheitern der EU-Verfassung die EU keine Geschäftsgrundlage mehr hat und die EZB als Notenbank privater Finanzinteressen die notwendige Investitionspolitik in den einzelnen Ländern blockiert, kündigen wir den Maastrichter Vertrag, führen die D-Mark wieder ein und behalten den Euro nur als Verrechnungseinheit.

Produktive Kreditschöpfung für 10 Mio. Arbeitsplätze

Oberster Kreditgeber in einem souveränen Deutschland ist eine dem Gemeinwohl verpflichtete Bundesbank, die in eine Nationalbank umgewandelt werden muß. Die Landesbanken müssen ihrer ursprünglichen Aufgabe gemäß öffentliche Projekte finanzieren. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau soll über langfristige, niedrigverzinsten Infrastrukturanleihen privates Kapital mobilisieren und so, wie nach dem Krieg, Kredite an mittelständische Unternehmen finanzieren.

Stabilitätsgesetz von 1967 anwenden

Vollbeschäftigung ist machbar, wenn wir das Stabilitätsgesetz von 1967 konsequent anwenden. Mit jährlich 200 Mrd. Euro (400 Mrd. DM) öffentlicher Infrastrukturinvestitionen werden private Investitionen in vergleichbarer Höhe angeschoben und in wenigen Jahren 10 Mio. produktive, gut bezahlte Arbeitsplätze geschaffen. Vorbild ist der Wiederaufbau in den 50er Jahren oder F.D. Roosevelts „New Deal“.

Seien Sie dabei, unterstützen Sie die Aktivitäten der BüSo!

- Ja, ich will Mitglied der BüSo werden.
Bitte schicken Sie mir Unterlagen.
- Ja, ich will die Arbeit der BüSo durch Spenden unterstützen: Bürgerrechtsbewegung Solidarität,
Postbank Ludwigshafen, BLZ: 545 100 67,
Kto.Nr.: 166 027 676
- Ich will Flugblätter verteilen und Treffen organisieren.

Name, Vorname: _____

PLZ, Ort: _____

Straße, Hausnr.: _____

Telefon: _____

E-mail: _____

Melden Sie sich bei info@bueso.de oder senden Sie diesen Coupon an die
Bürgerrechtsbewegung Solidarität - Postfach 22 11 28 - 55050 Mainz